

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Schwerpunktthema: Jugend

Nr. 240 Januar / Februar / März 2026 3,- €

Aktuelle Politische Lage Das Ringen um Demokratie im Mittleren Osten Fabian Priermaier, Journalist	4	Syrien: Das Abkommen vom 10. März Chancen der Umsetzung von Ferhad Hemmi Cihad Hammy, Forscher	37
Schwerpunktthema: Jugend Über den globalen Widerstand junger Menschen im 21. Jahrhundert Gen Z vereint Herausgeber:innen-Kollektiv der Lêgerîn	10	Der Kampf gegen Vertreibung und Assimilation ist internationalistisch Vertreibung mit System Raman Bilal	40
Schwerpunktthema: Jugend Die Perspektive junger Internationalistinnen Die freie Frau ist das Fundament des demokratischen Sozialismus Internationalistische junge Frauen Kommune	14	Die Bedeutung zweisprachiger Erziehung für die kurdische Sprache Bilinguale Erziehung Rabia Mereto, Grundschullehrerin und Sozialpädagogin	44
Schwerpunktthema: Jugend Digitale Räume und politische Selbstorganisation in der Diaspora Kurdische Jugend, Diaspora und digitale Räume Dilan Karacadag, Journalistin und Podcasterin	18	Soziologie der Freiheit – Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage Gesellschaftlicher Sexismus, Familien-, Frauen- und Bevölkerungsfrage Abdullah Öcalan	47
Schwerpunktthema: Jugend Die Herrschaft der Alten über Jugend, Kinder und Frauen Gerontokratie Abdullah Öcalan	20	Rolle der Frauen im Friedensprozess und Öcalans einzigartiger Ansatz von Meral Çiçek, Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung und Journalistin	50
Wasserforum in Amed Zivilgesellschaftliche Strategien gegen den Ökozid im Euphrat-Tigris-Becken Şermin Güven, Doktorandin, Krisen- und Katastrophenforschungsstelle, FU Berlin	23	Die Prozessklärung von Mehmet Karaca vor dem Oberlandesgericht in Berlin »Der Friedensprozess zeigt, dass sich die Zeit verändert hat« Mehmet Karaca	55
Politische, soziale, humanitäre und ökologische Krisen und systematische Menschenrechtsverletzungen im Iran und in Rojhilat (Ostkurdistan) Iran und Ostkurdistan am Scheideweg Von Zegrus Enderyarî, kurdischer Aktivist aus Ostkurdistan	28	Mustafa Nazif Aktaş – Ein Porträt Der erste Pariser Mord von Hêvî Koçero	57
Israels Syrienpolitik im Kontext von Hegemonie und Zivilisationskrise Machtpolitik statt regionale Stabilität Sinan Cudî, Journalist und Dokumentarfilmer	32	Den neuen Imperialismus brechen – von Kurdistan bis Deutschland Das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« Simon Levi, freier Journalist	59
		Aktuelle Lage in Peru und deren historischer Hintergrund Strohhut-Piraten vs. Fujimori Von Jimena, Studentin an der Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP) in Lima	62



Die Nachrichtenagentur ANF News bietet ihren Service auch in deutscher Sprache an. Bereits 2005 gegründet, verfügt die Agentur über ein breites Netzwerk von Journalist:innen, die von überall in Kurdistan, dem Mittleren Osten und Europa über die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen berichten. Neben der deutschen Sprache können die aktuellen Ereignisse auf der Homepage von ANF in Kurmancî, Kirmanckî, Sorani, türkischer, englischer, arabischer, persischer, russischer und spanischer Sprache verfolgt werden.
<https://anfdeutsch.com> | Twitter: @FiratNews_DE | Mail: info@anfdeutsch.com



»Lieber ne 6 in Bio als T1 in der Musterung« steht auf dem Banner der Schulstreikenden in Berlin am 5. Dezember 2025. | Foto: YUNA Demokratische Jugend



Der Hoffnung der Syrer:innen, dass der Sturz Assads den Beginn einer neuen Phase markieren und die mehr als vierzehn Jahre Krieg beenden würde, stehen auch ein Jahr nach dem Sturz des Baath-Regimes verschiedenste Faktoren entgegen. | Foto: Mezopotamya



Nach der Ausrufung ihres Waffenstillstandes im März 2025 hat die PKK sich im November 2025 aus Teilen des Zap in Nordkurdistan zurückgezogen. Tatsächlich gab es zumindest in den letzten Monaten des Jahres 2025 nur wenige Angriffe von Seiten der Türkei. | Foto: Mezopotamya

Liebe Leser:innen,

in dieser Ausgabe wollen wir uns mit der Jugend beschäftigen. Häufig wird die Jugend als faul und aufmüpfig bezeichnet und abgewertet. Das ist kein neues Phänomen, sondern nimmt bereits dort seinen Anfang, wo wir die ersten schriftlichen Überlieferungen haben: im sumerischen Reich um 3000 v. Chr. Dort heißt es auf einer Tontafel: »Die Jugend achtet das Alter nicht mehr, zeigt bewusst ein ungepflegtes Aussehen, sinnt auf Umsturz, zeigt keine Lernbereitschaft und ist ablehnend gegen übernommene Werte« (nach Keller, 1989). Ähnlich heißt es im babylonischen Reich um 1000 v. Chr., dass »die heutige Jugend von Grund auf verdorben [ist], sie ist böse, gottlos und faul. Sie wird niemals so sein wie die Jugend vorher, und es wird ihr niemals gelingen, unsere Kultur zu erhalten« (nach Watzlawick, 1992). Später, um 1530 heißt es bei dem christlichen Reformator Melanchthon: »Der grenzenlose Mutwille der Jugend ist ein Zeichen, daß der Weltuntergang nah bevorsteht«. Im Jahr 2010 heißt es in einer Studie, dass unsere Gesellschaft und die Wirtschaft eine allgemeine Abnahme von Wert- und Moralvorstellungen, sowie fehlende soziale und personale Kompetenzen bemängeln (vgl. DIHK, 2010).

Dass dies kein Zufall, sondern ein Resultat des mehr als 5000 Jahre alten patriarchalen Zivilisationssystems ist, erklärt Abdullah Öcalan in seinen Verteidigungsschriften. Darin spricht er von der Herrschaft der männlichen Alten über die Jugend, der sogenannten Gerontokratie: »Während einerseits die Alten durch ihre Erfahrung stärker werden, nimmt ihre physische Kraft mit zunehmendem Alter ab. Das bringt sie dazu, die Jungen in ihren Dienst zu stellen [...]. Die Alten benutzen Körperkraft der Jungen, um sie das tun zu lassen, was sie selber wollen. Bis heute wird die Jugend auf diese Weise abhängig gemacht. Die Vorherrschaft von Erfahrung und Ideologie ist nicht leicht zu durchbrechen. Der Drang der Jugend nach Freiheit hat seinen Ursprung in diesem historischen Phänomen.«

Diesen Drang nach Freiheit sehen wir nicht nur in den Anfängen der PKK, die selbst als eine Jugendbewegung ihren Anfang nahm, sondern auch in der jüngeren Geschichte. So zum Beispiel in den Jin-Jiyan-Azadi-Protesten in Rojhilat und dem Iran, die maßgeblich von jungen Frauen angeführt wurden oder die globale Fridays for Future-Bewegung der vergangenen Jahre. In den letzten Monaten hat die Jugend weltweit Proteste entfacht, die sich zum Teil mit der Selbstbezeichnung »Generation Z« oder der Piratenflagge aus dem Manga »One Piece« aufeinander beziehen. Auch in Deutschland konnten wir sehen, wie die Jugend angesichts einer zunehmenden Militarisierung nicht stillsteht, sondern am 5. Dezember in über 90 Städten insgesamt rund 50.000 Jugendliche auf die Straße gingen, um deutlich zu machen, dass sie sich nicht in die Kriege der Herrschenden einspannen lassen.

Wir freuen uns besonders, den Abonnent:innen die erste Ausgabe der Zeitung der Jungen Frauen Kommunen beilegen zu können. Die Jungen Frauen Kommunen legen ihren Fokus auf die Identität der jungen Frauen, die, so analysieren sie, im Westen durch den Liberalismus und die Homogenisierung Tag für Tag verloren geht. In der Zeitung wollen sie die verschleierte Angriffe durch den Staat sichtbar machen und eine Ethik der jungen Frauen aufzeigen.

Darüber hinaus könnt ihr euch wie immer auf viele weitere Themen in dieser Ausgabe des Kurdistan Reports freuen.

Eure Redaktion

Aktuelle Politische Lage

Das Ringen um Demokratie im Mittleren Osten

Fabian Priermaier, Journalist

Im Laufe der vergangenen Jahre hat sich das globale politische Gleichgewicht stark gewandelt. Dies lässt sich in vielem erkennen: das sich wandelnde Verhältnis zwischen den USA und Europa durch den Krieg in der Ukraine, die verminderte Handlungsfähigkeit von internationalen Institutionen wie G7, G20 oder der Vereinten Nationen. Stattdessen erstarken Bündnisse im globalen Süden, vor allem im asiatischen Raum, viele neue Korridorprojekte schaffen neue wirtschaftliche Routen, und neue geopolitische Lager entstehen – allen voran die Neue Seidenstraße, der »Wirtschaftskorridor Indien-Nahost-Europa« (IMEEC), die Nordostpassage, und der Sangesur-Korridor.

Mit dem Abschluss des Abraham-Abkommens im Jahre 2020 wurde auch im Mittleren Osten eine Neuordnung angestoßen, die als das nächste Kapitel des »Greater Middle East Projects« verstanden werden kann. Es ist ein Kapitel, in dem das krisengeplagte Nationalstaatsmodell in der Region aufgebrochen wird und die beiden klassischen Regionalmächte – die Türkei und der Iran – durch eine neue, von Israel angeführte Allianz ersetzt werden. In der Neuordnung des Mittleren Osten kommt insbesondere der kurdischen Nation eine entscheidende Rolle zu, da sie sich im Zentrum der Region befindet und im Gegensatz zu hundert Jahre zuvor, als der Mittlere Osten zuletzt neu geordnet wurde, heute eine starke und organisierte politische Kraft darstellt. Im Folgenden wollen wir uns deshalb mit der aktuellen politischen Lage in den vier Staaten auseinandersetzen, in denen sich die traditionellen kurdischen Siedlungsgebiete befinden, dem Irak, Iran, Syrien und der Türkei.

Balancepolitik des Irak

Im Kontext der sich grundlegend verändernden geopolitischen Lage im Mittleren Osten, den aktuellen Spannungen auf Zypern und in der Türkei, sowie den militärischen Eskalationen der vergangenen Jahre in Israel, Palästina, Libanon, Syrien und Iran, ist der Irak bisher weitestgehend unberührt geblieben. Doch auch wenn der Irak im aktuellen geopolitischen Geflecht zunächst relativ stabil erscheinen mag, so zeigten die im November 2025 abgehaltenen sechsten Parlamentswahlen, wie instabil das Kräftegleichgewicht im Land tatsächlich ist.

Für die seit Jahren in dem Vielvölkerstaat schwelenden gesellschaftlich-politischen Konflikte werden keine Lösungen entwickelt. Während das System dieses Staates von weit verbreiteter Korruption unterminiert ist, ist die Sicherheitslage des Landes weiterhin ein großes Problemfeld. Die noch immer essentiell auf die Förderung fossiler Brennstoffe ausgerichtete Wirtschaft ist und bleibt eine tickende Zeitbombe. Darüber hinaus befindet sich das Land in einer akuten Wasserkrise, die von Jahr zu Jahr bedrohlicher wird.

Auch die Einflüsse der regionalen wie internationalen politischen Player auf den Irak zeigten sich einmal mehr im Vorfeld der Wahlen. Sie versuchen die Geschicke im Land nach ihrem eigenem Interesse zu leiten. Die Türkei, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi Arabien tun dies mit ökonomischen Mitteln, Iran durch seine militärischen Kräfte und die USA auf diplomatisch-politischer Ebene.

Die Parlamentswahl selbst konnte ohne größere Zwischenfälle stattfinden, wenn es auch im Vorfeld zu Gewalt gekommen war. Ein sunnitische Kandidat wurde einige Wochen vor dem 11. November durch eine Autobombe getötet, und am Morgen der Wahlen selbst kamen bei einem Feuergefecht vor dem Büro eines Kandidaten in Kerkûk zwei Polizeioffiziere ums Leben.

Wie von den meisten Beobachter:innen erwartet, brachten die Parlamentswahlen keine großen Veränderungen im politischen Gleichgewicht mit sich. Weiterhin ist der schiitische Block der dominierende, und er wird voraussichtlich unter dem pro-iranischen »Schiitischen Koordinierungsrahmen« versuchen die Regierung zu formen. Das kann jener allerdings nicht aus eigener Kraft heraus schaffen, weshalb ein lähmender Prozess schwieriger Koalitionsverhandlungen begonnen hat. Auch an der Stärke der anderen beiden politischen Blöcke im Land hat sich wenig geändert. Der sunnitische Block wird vermutlich in Form der »Fortschrittsallianz« (Taqaddum-Allianz) die Opposition im Parlament Bagdads führen. Der kurdische Block stellt auch eine entscheidende Kraft in Bagdad dar, hemmt sich allerdings selbst durch die tiefen Gräben zwischen den kurdischen Parteien und seinen Fokus auf die Autonome Region im Norden des Landes. Während alle kurdischen Parteien in

ihren jeweiligen Regionen, auf Kosten der Kleinstparteien, an Stimmen gewinnen konnten, verlor die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) vier Sitze, und auch die Neue Generation büßte massiv an Stimmen ein.

Laut Verfassung muss innerhalb von 15 Tagen nach der offiziellen Anerkennung der Wahlergebnisse das Parlament zusammentreten, alle Parlamentarier:innen müssen vereidigt und der Präsident/die Präsidentin des Repräsentantenrats¹ sowie seine/ihre beiden Stellvertreter:innen müssen gewählt werden. Innerhalb von 30 Tagen müssen der Präsident/die Präsidentin des Irak² und innerhalb von 120 Tagen der Premierminister/die Premierministerin³ bestimmt werden. In Anbetracht der Erfahrungen vergangener Wahlen und den Einschätzungen einiger Politolog:innen, ist es aber durchaus wahrscheinlich, dass sich die Regierungsbildung bis Ende 2026 hinziehen wird.

Lediglich 56% der circa 21 Millionen Wahlberechtigten im Land gaben schließlich ihre Stimmen ab. Die niedrige Beteiligung speist sich aus der Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung über das politische Modell des Iraks und aus dem Boykott einiger politischer Kräfte, wobei allen voran der schiitische Geistliche Muktada al-Sadr mit seiner »Nationalen Bewegung« zu nennen ist. In der Wahl vor vier Jahren wurde er mit seiner Bewegung noch die stärkste Kraft im Parlament mit 73 Sitzen. Er zog sich damals aber mit allen Parlamentarier:innen zurück, als es ihnen nicht gelang gemeinsam mit der PDK und der Taqaddum Allianz von Muhammad al-Halbusi die Regierung zu bilden. Zu den jetzigen Wahlen schrieb al-Sadr, dass man sie nicht behindert, sondern lediglich boykottiert habe um ihre Legitimität anzugreifen. Er fügte aber auch hinzu, dass sie »in Zukunft nicht schweigen« und sich für »die Befreiung des Iraks von der Zerstörung« einsetzen würden.

Ob die neue Regierung des Irak wieder von Mohammed Schia' as-Sudani geführt werden wird, scheint zwar wahrscheinlich, ist aber alles andere als gesichert. So oder so wird aber seine politische Linie mit aller Wahrscheinlichkeit fortgesetzt werden. Diese zeichnete eine geschickte Balancepolitik aus zwischen den USA und dem Iran, zwischen den anderen aktiven politischen Kräften der Region und zwischen den diversen politischen Kräften im Land. Ein wirkliches Interesse an einer grundsätzlichen Veränderung des Kräftegleichgewichts im Lande scheint aktuell keine der entscheidenden Kräfte zu haben, da das Potential der daraus entstehenden Eskalation ein Loose-Loose-Szenario für alle, allen voran für die Gesellschaft,

mit sich bringen würde. Eine Lösung für entscheidende gesellschaftliche Probleme wird somit weiter hinausgezögert und die Gefahr, dass das Land eines Tages durch eine Krise in sich zusammenbrechen könnte, wächst dadurch weiter. Die Proteste von 2019/2020 (auch als »Tishreen Proteste« bezeichnet), die sich damals vor allem gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und ausländische Einmischung richteten und die Proteste 2022, als die Anhänger von al-Sadr den Regierungspalast sowie die Grüne Zone in Bagdad stürmten, sind klare Anzeichen dafür.

Anhaltende Proteste und Instabilität im Iran

Während der Irak mit seiner heiklen Balancepolitik darum bemüht ist, in seinen Grenzen den Status Quo aufrecht zu erhalten, sieht die Lage bei seinem Nachbarn ganz anders aus. Der Iran, einer der ältesten Staaten nicht nur des Mittleren Ostens, sondern der Welt, befindet sich in einem historischen Umbruch. War Persien über Jahrhunderte hinweg die dominierende Großmacht der Region und herrschte zeitweise von Thrakien bis nach Nordwestindien und Ägypten, teilte es sich die Rolle der führenden Regionalmacht im Mittleren Osten im vergangenen Jahrhundert mit der Türkei. Doch die geopolitische Lage hat sich in den vergangenen Jahren massiv gewandelt.

Israel hat unter der schützenden Hand der westlichen Welt, allen voran der USA, einen massiven Aufstieg an militärischer, politischer, wirtschaftlicher und geheimdienstlicher Bedeutung erlebt, und hat ab 2020 mit der Unterzeichnung des Abraham-Abkommens eine neue Phase des berüchtigten »Greater Middle East Projects« begonnen. Jahrzehnte alte Konflikte mit den arabischen Staaten wurden im Interesse von Staats- und Wirtschaftspolitik beigelegt und eine Offensive zur Neuordnung des geopolitischen Geflechts wurde initiiert. Den brutalen Angriff der islamistischen Hamas vom 7. Oktober 2023 als Vorwand nutzend, wurde erst ein Genozid in Gaza begonnen und die Hamas gebrochen, die Hisbollah im Libanon zerschlagen und schließlich das Assad-Regime in Syrien gestürzt. Das bedeutete das endgültige Aus der Baath-Herrschaft im Mittleren Osten. Daraufhin wurden gezielt die Proxy-Strukturen, durch die der Iran seinen Einfluss auf die gesamte Region gewahrt hatte, ins Visier genommen. Schließlich erfolgte der direkte Angriff auf den Iran im Juni 2025 in Form des 12-Tage-Krieges. Es war das erste Mal, dass Israel und die USA das Land direkt angriffen.

Die Veränderungen im Machtgefüge des Mittleren Ostens, die die Islamische Republik in eine schwierige Lage bringen, sind aber nur die eine Seite der Medaille. Denn andererseits

IM KONTEXT DER SICH GRUNDLEGENDE
VERÄNDERNDEN GEOPOLITISCHEN
LAGE IM MITTLEREN OSTEN IST
DER IRAK BISHER WEITESTGEHEND
UNBERÜHRT GEBLIEBEN.

1 Laut Verfassung muss es ein Sunnit bzw. eine Sunnitin sein

2 Laut Verfassung muss es ein Kurde bzw. eine Kurdin sein

3 Laut Verfassung muss es ein Schiit bzw. eine Schiitin sein

ist die Lage im Land selbst auch überaus angespannt. Die »Jin, Jiyan, Azadi«-Aufstände, die ihren Höhepunkt 2022/2023 fanden, waren dabei nur ein anfänglicher Höhepunkt des Ausdrucks des Frusts über das Mullah-Regime, zeigten aber auch den Mut und die Hoffnung auf eine Alternative, die in der neuen Generation keimt, allen voran in den Frauen. Auch wenn es zur Zeit nicht immer einfach ist, aktuelle Informationen aus dem Iran bzw. aus Rojhilat zu erhalten, zeichnet sich doch das klare Bild ab, dass die Proteste und der Widerstand nicht aufgehört haben, sondern im Alltag fortgeführt werden.

Das Regime reagiert darauf zunehmend mit massiver Gewalt und Repression. Von Januar bis Ende Oktober diesen Jahres hat das Regime bereits 1460 Menschen hinrichten lassen, über 280 Menschen allein im Oktober. Aber auch hier regt sich der Widerstand der Gesellschaft. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels befindet sich die Kampagne »Dienstags gegen Hinrichtungen« bereits in ihrer 95. Woche. Seit 95 Wochen verweigern Inhaftierte jeden Dienstag die Nahrungsaufnahme und protestieren damit gegen die Hinrichtung als Strafe. Mit der Teilnahme von Gefangenen im Tirtcheh-Gefängnis in Borudscherd (Borujerd) und im Gefängnis von Ilam, hat sich der Protest mittlerweile auf über 50 Gefängnisse ausgeweitet. Es gibt auch Berichte über Hinrichtungen, die durch den Widerstand der Mitgefangenen verhindert oder zumindest verzögert werden konnten. In der Folge hat das Regime in mehreren Fälle noch am Tag der Verhängung der Todesurteile die Hinrichtungen vollstrecken lassen. Es braucht oft den Druck der Gesellschaft auf der Straße, um die Leichname der Hingerichteten zu erhalten und sie so vor dem Verschwinden zu bewahren.

Neben der gesellschaftlich-politischen Krise, ist das Land auch mit einer gravierenden Wasserkrise konfrontiert. Die staatliche Nachrichtenagentur Irna spricht vom »trockensten Herbst seit 50 Jahren«. Doch handelt es sich längst nicht mehr um eine einmalige Dürre, sondern um eine allgemeine Austrocknung des Landes. Das Regime begnügt sich mit populistischer Symbolpolitik und ruft z.B. dazu auf für Regen zu beten, führt sogenannte Cloud-Seeding-Flüge über dem Urmiye-See durch oder droht, die Bevölkerung aus Teheran zu vertreiben. Die eigentlich zugrundeliegenden Probleme, nämlich die massive Verstädterung und die Bevölkerungskonzentration auf Teheran, in dessen Metropolregion ca. 20 Millionen Menschen (über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Irans) leben, und jahrelange Misswirtschaft im Umgang mit den Wasserressourcen werden nicht angegangen. Das ist typisch für das Regime, Symptome werden bekämpft und Symbolpolitik betrieben, um vorzugaukeln, die Lage sei unter Kontrolle.

DER IRAN, EINER DER ÄLTESTEN
STAATEN NICHT NUR DES
MITTLEREN OSTENS, SONDERN DER
WELT, BEFINDET SICH IN EINEM
HISTORISCHEN UMBRUCH.

Die Islamische Republik befindet sich am Scheideweg und wird nicht wie bisher weiter machen können. Israel und die USA wollen nicht, dass der Staat zerfällt. Man will einen hörigen Staat schaffen, der keine Bestrebungen zeigt, eigenständigen Einfluss in der Region aufzubauen und braucht ihn gleichzeitig als Stabilitätsfaktor im größeren Konflikt mit dem Fernen Osten. Sollte das aktuelle Regime zu diesem Umbruch nicht bereit sein, wird eine erneute Angriffswelle folgen. Dass Israel und USA dazu fähig und bereit sind, haben sie im Juni 2025 deutlich gezeigt. Dass das Regime sich dabei keine Hoffnung zu machen braucht, Unterstützung von anderen globalen Playern, vor allem von Russland oder China, zu erhalten, hat sich dabei ebenfalls gezeigt.

Es gibt aber auch einen anderen möglichen Weg für den Iran. Dieser führt über eine Einbeziehung der Gesellschaft, insbesondere der Frauen, in die Politik, über eine Dezentralisierung der Republik sowie über eine Demokratisierung des Landes. Dabei richten sich die Augen der Menschen zunehmend auf die anderen Teile Kurdistans, in denen aktuell Prozesse laufen, die zum Vorbild für eine Demokratische Republik Iran werden können.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich eindrucksvoll gezeigt: Wer sich weigert, sich an die veränderten Realitäten anzupassen und sich vor allem an ein überkommenes zentralistisches Nationalstaatsmodell festklammert, wird daran zerbrechen. Baschar al-Assad ist hierfür nur das populärste Beispiel.

Entwicklungen in Syrien

Ein Jahr ist es nun her, dass jener Baschar al-Assad von Syrien aus nach Russland flüchten musste. An seiner Stelle nahm Ahmed al-Scharaa mit seiner Miliz, der »Hai'at Tahrir asch-Scham« (HTŞ), eine der Nachfolgeorganisationen der al-Nusra-Front, dessen Platz in Damaskus ein. Nach einer komplexen Annäherungsphase markierte das am 10. März 2025 von al-Scharaa, als Präsident der syrischen Übergangsregierung, und Mazlum Abdi, im Namen der Demokratischen Selbstverwaltung der Region Nord- & Ostsyrien (DAANES), gemeinsam in Damaskus unterzeichnete »Abkommen über die Zukunft Syriens« den Auftakt zu bilateralen Gesprächen über den Aufbau des neuen Syrien. In dem Abkommen einigte man sich unter anderem auf die »Einrichtung von Exekutivausschüssen« um das Abkommens bis Ende des laufenden Jahres (2025) umzusetzen. Ein Punkt, den Abdi zuletzt bei seiner Rede in Duhok aufgriff: Er deutete an, dass es nicht mehr das Ziel sei, den Prozess bis Ende diesen Jahres zum Abschluss zu bringen,

sondern bis dahin den Prozess in eine Bahn zu bringen, von der es kein Zurück mehr in das alte zentralistisch-baathistische Syrien gebe.

An den Gesprächen beteiligte Kreise sprechen davon, dass der Prozess aktuell zwar sehr langsam laufe, aber er laufe. Dass großes Misstrauen zwischen Damaskus und der DAANES besteht, ist kein Geheimnis. Beide Seiten sind sich durchaus bewusst, dass Dialog der einzig mögliche Weg ist, um aus dem 15 Jahre dauernden Bürgerkrieg auszubrechen und um ein stabiles System zu schaffen. Es sind wenige politische Akteure, wie Israel und vor allem die Türkei, die gezielt durch direkte eigene Angriffe, bzw. durch ihre Proxies im Land, versuchen zu provozieren um eine Stabilisierung des Landes zu verhindern. Denn eine solche Stabilisierung würde sie wichtigen Einfluss kosten.

Nach einigen Wochen des scheinbaren Stillstandes der Gespräche, nach Scharaas Reise in die USA und internen Diskussionen in der DAANES wurden die Verhandlungen wieder fortgeführt, mit scheinbar aufgeweichter Annäherung. Berichten zufolge sei man auf militärischer, wie sicherheitspolitischer Ebene zu ersten Einverständnissen gekommen. Unter anderem wurde durchgestochen, dass es bei den Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) konkrete Schritte der Vorbereitung gebe, sich in eine gesamtsyrische Armee zu integrieren. Allerdings wurde betont, dass die »Frauenverteidigungseinheiten« (YPJ) ihre Autonomie behalten würden.

Neben vielen anderen Themen stehen aktuell vor allem die Frage der sicheren Rückkehr der Binnenflüchtlinge und das Bildungssystem zur Diskussion. Der essentielle Streitpunkt beider Parteien ist aber die allgemeine Staatsform des neuen Syrien. Al-Scharaa und die ihn entscheidend leitenden USA beharren auf einer zentralistisch auf Damaskus ausgerichteten Republik, während die DAANES auf eine dezentrale demokratische Republik pocht. Der Dezentralismus ist nicht nur für die Selbstverwaltung im Norden und Osten des Landes, sondern auch für die drusische Minderheit im Süden sowie die alawitische Minderheit im Westen des Landes ein essentieller Punkt, auf den bestanden wird.

Während die Selbstverwaltung auf bald 15 Jahre Erfahrung zurückblicken kann und Rückhalt in weiten Teilen der Bevölkerung hat, befindet sich al-Scharaa weiterhin in einer schwierigen Position. Auf der einen Seite ist er darum bemüht, sich der internationalen Gemeinschaft anzubiedern, er versucht zu kaschieren, woher er kommt und bindet sich eine schein-demokratische Krawatte um. Aber auf der anderen Seite muss er auch die Ansprüche seiner ehemaligen militärischen Kreise befriedigen. Die HTS ist bei weitem keine homogene militärische Kraft. Insbesondere die dschihadistischen Kräfte haben großes Gewicht und zeigen sich mit den aktuellen politischen Entwicklungen unzufrieden. So fühlte sich bspw.

der Justizminister der Übergangsregierung, Madhhar al-Wais, dazu genötigt sich zu rechtfertigen, warum man der Anti-IS-Koalition beigetreten sei. Der Beitritt zur Koalition sei »keine Kapitulation« und bedeute auch keine »Unterwerfung gegenüber Amerika oder einer anderen ausländischen Kraft«. Die Stellvertreterwahlen vom 5. Oktober sollten al-Scharaa wieder mehr Legitimität verschaffen, doch zeigt sich zunehmend seine Abhängigkeit von einem zeitnahen grundlegenden Übereinkommen mit der Demokratischen Selbstverwaltung.

Weg zum Frieden in der Türkei

Im engen geopolitischen Geflecht des Mittleren Ostens hat die Entwicklung in einem Land zwangsläufig auch einen direkten Einfluss auf die gesamte Region. Besonders zutreffend ist das für Entwicklungen in den traditionellen kurdischen Siedlungsgebieten. Das bedeutet vor allem, dass die aktuellen Prozesse in Syrien und in der Türkei, auch wenn sie unabhängig voneinander laufen, einen entscheidenden Einfluss aufeinander haben. Allgemein gesprochen wird die neue Form, die der Mittlere Osten erhält, massiv durch den kurdischen Faktor mitentschieden werden. Einerseits versucht Israel, die Kurd:innen auf seine Seite zu ziehen, um die beiden bisherigen Regionalmächte im klassischen Nationalstaatssystem, Iran und Türkei, zu schwächen. Andererseits befindet sich die Türkei in einem Umdenken, die eigene Abhängigkeit von den Kurd:innen als politischen, militärischen, wie auch wirtschaftlichen Faktor anzuerkennen. Gleiches gilt für den Iran. Die traditionellen kurdischen Siedlungsgebiete markieren das Kerngebiet der Region, die sich in einem massiven Wandel befindet, und die Kurd:innen sind nicht mehr unorganisiert, wie damals in der Phase zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Sie sind kein Spielball zwischen den globalen Mächten mehr, sondern verfügen heute über ein historisches Bewusstsein, blicken zurück auf einen großen Erfahrungsschatz in der Politik und Diplomatie der Region und haben sich ein einflussreiches Netzwerk geschaffen. In diesem Sinne ist der Blick aller politischen Akteure im Mittleren Osten aktuell auf die Türkei gerichtet, wo der von Devlet Bahçeli und Abdullah Öcalan initiierte Friedensprozess die Laufform der kommenden politischen Entwicklungen vorgibt.

Eine Rekapitulation des bisherigen Verlaufs des seit nunmehr über ein Jahr laufenden Prozesses ist dabei notwendig, um verstehen zu können, in welche Richtung sich dieser erneute Versuch einen dauerhaften Frieden zu erreichen, entwickelt.

Eingeleitet wurde der Prozess durch eine überraschende Initiative von Devlet Bahçeli, dem führenden Kopf der Ultrationalisten von der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP). Im türkischen Parlament streckte er den Vertreter:innen der Partei der Völker für Gleichheit und De-

mokratie (DEM) die Hand entgegen und rief in einer Rede Öcalan dazu auf die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) aufzulösen, um dann im Parlament sprechen zu können und eine gemeinsame Lösung zu entwickeln. Es folgten die ersten vereinzelten Besuche von Delegationen auf der Gefängnisinsel İmralı bei Abdullah Öcalan, der Bahçelisi Aufruf beantwortete, indem er ausrichten ließ: »Wenn die Bedingungen gegeben sind, habe ich die theoretische und praktische Kraft, diesen Prozess von einem Konflikt- und Gewaltfeld auf ein rechtliches und politisches Feld zu verlagern.« Damit war die Marschrichtung gesetzt. Nachdem zwischenzeitlich wieder Besuchsverbote auf İmralı ausgesprochen wurden und es andere Versuche der Sabotage des Prozesses gab, folgte am 27. Februar der historische »Aufruf für Frieden und eine Demokratische Gesellschaft« von Öcalan. Dieser brachte darin zum Ausdruck, dass die PKK ihre Aufgabe erfüllt habe und, dass nun die Zeit gekommen sei, dem bewaffneten Kampf ein Ende zu setzen und sich aufzulösen, um den Weg für die Fortsetzung des Kampfes mit demokratischen Mitteln zu ebnen.

Der Aufruf wurde wenige Tage darauf von der PKK beantwortet, die einen einseitigen Waffenstillstand ausrief und bekanntgab, dass sie sich auf die Durchführung ihres 12. Kongresses vorbereiten werde. Jener fand dann Anfang Mai statt. Man brachte die eigene Unterstützung für Öcalan als zentralen Verhandlungspartner zum Ausdruck und folgte einstimmig seinem Aufruf. Im Juli folgte dann eine Zeremonie in Südkurdistan, bei der eine Gruppe von Guerillakämpfer:innen symbolisch die eigenen Waffen verbrannte. Darauf folgte eine Pressekonzferenz im Oktober, bei der eine weitere Gruppe bekanntgab, dass sich die Guerilla vollkommen aus Nordkurdistan und der Türkei zurückgezogen habe, um mögliche Konfrontationen und Provokationen zu vermeiden. Aus demselben Grund wurde im November bekannt gegeben, dass sich die Guerilla auch aus dem in den letzten Jahren heiß umkämpften Grenzgebiet Zap zurückgezogen habe.

Bei den genannten Schritten betonte die kurdische Freiheitsbewegung stets, dass es sich um einseitige Schritte handle, die man gegangen sei, ohne dass es konkrete Versprechen seitens des türkischen Staates gegeben habe. Dies begründete sie damit, dass man die Notwendigkeit einer Veränderung des eigenen Kampfes sehe und davon überzeugt sei, dass der bisherige Weg zwar viel positive Entwicklung mit sich gebracht habe, aber er in Anbetracht der sich verändernden geopolitischen Lage sowie der sich wandelnden Realität in der militärischen Auseinandersetzung letztlich nicht mehr der richtige gewesen sei, um das erstrebte Ziel zu erreichen.

Der türkische Staat auf der anderen Seite diskutierte im Sommer über die Einrichtung einer von der Kurdischen Freiheitsbewegung geforderten Kommission im Parlament, die sich mit der demokratischen Lösung der kurdischen Frage befassen sollte.

Die »Kommission für nationale Solidarität, Geschwisterlichkeit und Demokratie« trat schließlich, nach einem intensiven Austausch zwischen den verschiedenen politischen Akteuren im Land, am 5. August das erste Mal zusammen. Mittlerweile haben 18 Sitzungen stattgefunden bei denen diskutiert wurde und verschiedene gesellschaftliche Gruppen angehört wurden z.B. Familienangehörige getöteter Guerillakämpfer:innen, Soldaten, ehemalige Parlamentspräsidenten und Mitglieder der Regierung.

Zuletzt stand dabei vor allem der stets von der kurdischen Freiheitsbewegung geforderte Besuch der Kommission auf İmralı bei Abdullah Öcalan auf der Agenda. Zunehmend wurden Vorwürfe laut, die Kommission lasse sich als Instrument vom türkischen Staat benutzen, um den Prozess zu verzögern und konkrete Ergebnisse hinauszuzögern. Wiederum war es eine Initiative von Devlet Bahçeli, die den Besuch auf İmralı tatsächlich auf die offizielle Agenda der Kommission gesetzt hat.

Am Montag, dem 24. November 2025 war es dann soweit. Per Hubschrauber flogen Vertreter:innen der Parteien MHP, AKP, DEM, EMEP und TIP auf die Insel İmralı, um sich mit Abdullah Öcalan im Hochsicherheitsgefängnis zu besprechen. Die CHP hatte ihre Teilnahme am Besuch verweigert. Nur wenige Details des Gesprächs sind an die Öffentlichkeit gedrungen, und die Aufzeichnungen sollen für 10 Jahre unter Verschluss bleiben. Wieder können wir Öcalans Stimme nicht ungefiltert hören. Einige Themen wurden schon im Vorfeld bekannt: Auflösung und Entwaffnung der PKK, Eingliederung der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) in die syrische Armee, eine Stellungnahme Öcalans zu dem von ihm am 27. Februar veröffentlichten »Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft«.

Öffentlich geäußerte Bewertungen nach dem Besuch klangen positiv und hoffnungsvoll. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Partei der Völker für Gleichheit und Demokratie (DEM), Gülistan Kılıç Koçyiği sieht in der Begegnung auf İmralı das Potenzial, neue Perspektiven für einen inklusiven politischen Dialog zu eröffnen. İlham Ehmeds Worte (Korrespondent der Demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien) klingen optimistisch: »Was die Auswirkungen dieses Prozesses auf Rojava und ganz Syrien angeht, können wir definitiv sagen, dass sie positiv waren«, und auch das Parlamentspräsidium des türkischen Parlaments findet anerkennende Worte.

Hoffen wir, Genaueres zu erfahren, wenn am 4. Dezember die Parlamentskommission in ihrer 19. Sitzung das Treffen auswertet oder auf der Friedenskonferenz, zu der die Partei der Völker für Gleichheit und Demokratie (DEM) am 6. und 7. Dezember in Istanbul einlädt.

Der 28. November markiert jetzt die Frist für alle an der Kommission beteiligten Parteien, Berichte und Vorschläge einzubringen, die dann in einer gemeinsamen Diskussion in einem Abschlussbericht zusammengefasst werden. Die Vorschläge für rechtlich-politische Beschlüsse werden dann dem Parlament zur praktischen Umsetzung vorgelegt. Bahçeli und Erdoğan sprechen beide davon, dass nicht nur die Arbeit der Kommission, sondern der Prozess insgesamt gegen Ende des Kalenderjahres seinen Abschluss finden werde.

Neben der eingerichteten Kommission für nationale Solidarität, Geschwisterlichkeit und Demokratie gab es kaum Schritte von Seiten des türkischen Staates. Seit einigen Monaten heißt es zwar, dass keine militärischen Angriffe mehr stattfinden und ein de-facto zweiseitiger Waffenstillstand herrsche, offizielle Stellungnahmen des türkischen Staates oder der Armee gibt es dazu allerdings nicht. Es heißt auch, dass es Absprachen zwischen der türkischen Armee und der Guerilla über bestimmte Stellungen und den Austausch von Gefangenen bzw. Leichnamen gab, wozu sich allerdings beide Seiten ausschweigen, wie auch dazu, dass es mehrfach den direkten Austausch zwischen Öcalan und der Freiheitsbewegung gegeben habe. Die wenigen Schritte die der türkische Staat gegangen ist, und die auch öffentlich wurden, war die Verlegung von drei politischen Gefangenen nach İmralı, um Öcalan bei seinen Arbeiten dort zu unterstützen. Außerdem wurde Veysi Aktaş nach über zehn Jahren auf der Insel und insgesamt über dreißig Jahren im Gefängnis freigelassen. Es bleibt zu vermuten, dass es weitere Zugeständnisse gab, die allerdings nicht öffentlich bekanntgegeben wurden.

Der Prozess in der Türkei ist in vielen Aspekten wegweisend; nicht nur aufgrund der historischen Schritte die bisher gegangen wurden, sondern auch weil die Möglichkeit besteht, dass man nach einem Jahrhundert von Unterdrückung und Assimilation, das gezeichnet war von etlichen blutigen Massakern, übergeht in eine Phase der friedlichen Koexistenz nicht nur der kurdischen und türkischen Gesellschaft, sondern auch aller anderen kulturellen und ethnischen Gemeinschaften in Anatolien und Mesopotamien.

Es überrascht wenig, dass der türkische Staat im Prinzip bisher keinen praktischen Schritt gegangen ist, sich auch in der Rhetorik der herrschenden AKP nichts geändert hat und sich kein Mentalitätswandel abzeichnet. Ein prominentes Beispiel dafür sind die Friedensmütter, die daran gehindert wurden in ihrer kurdischen Muttersprache zu sprechen, als sie vor die Kommission getreten sind. Es gibt große Zweifel gegenüber

dem Staat, es gibt Vorwürfe, dass der Prozess auf Kosten der Republikanischen Volkspartei (CHP) geführt werde, dass Erdoğan die Kurd:innen für die Wahlen ausnutzen wolle, dass es der kurdischen Freiheitsbewegung nur darum gehe die Revolution in Rojava zu retten nachdem die PKK sowieso militärisch am Ende sei etc. Es handelt sich dabei um Bedenken und Vorwürfe, die im vergangenen Jahrzehnt immer wieder gebetsmühlenartig hervorgebracht wurden, wann immer die kurdische Freiheitsbewegung unter der Führung von Abdullah Öcalan die Initiative ergriff, nach einem Ausweg zu suchen. Vor allem seit den Offensiven von 2017 und 2021 musste auch der türkische Staat zunehmend erkennen, dass man sich immer mehr in eine zähe Sackgasse begab und musste schließlich den Initiativen von Öcalan folgen. Es handelt sich um einen ungewöhnlichen Prozess, der der Einzigartigkeit des Problems entspricht. Es gibt viele Kräfte innerhalb und außerhalb des Staates, die ein Interesse daran haben, dass der Prozess scheitert.

WER SICH WEIGERT, SICH AN
DIE VERÄNDERTEN REALITÄTEN
ANZUPASSEN UND SICH VOR ALLEM AN
EIN ÜBERKOMMENES ZENTRALISTISCHES
NATIONALSTAATSMODELL
FESTKLAMMERT, DER WIRD
DARAN ZERBRECHEN.

Da ist Israel, das eine starke Türkei als Konkurrenz im eigenen Bestreben um eine Dominanz in der Region sieht. Dann ist da der Iran, der Angst davor hat, dass ein Ende des bewaffneten Konflikts in Nord- und Südkurdistan, bzw. in der Türkei und im Irak, der Gesellschaft im eigenen Land Mut macht, nach Alternativen zu suchen. Die iranische Regierung fürchtet auch,

dass die bewaffneten Kräfte ihren Fokus auf den Iran legen könnten. Und auch im globalen Rahmen, vor allem in Europa und Nordamerika, begrüßt man zwar auf dem Papier den Prozess, doch zeigt deren Praxis dass man wenig Interesse daran hat, die eigene Kurdistan-Politik zu verändern.

Es gibt viele mögliche Szenarien, wohin dieser Prozess das Land und die Region führen wird. Sicher ist, dass er eine große Chance, wenn nicht sogar die einzige Chance bietet. Öcalan selbst spricht davon, dass ein Scheitern des Prozesses die Türkei und Kurdistan in ein vergleichbares Szenario wie das, das die Welt in Gaza gesehen hat, führen würde. Die Augen sind nun darauf gerichtet, was sich aus den Arbeiten der Kommission im Parlament entwickeln wird: Ob die Forderung erfüllt wird, dass Öcalan frei politisch wird agieren können, ob die Kämpfer:innen aus den Bergen werden zurückkommen können, um sich an der demokratischen Politik zu beteiligen und ob eine demokratische Integration wird stattfinden können. Im Frühling 2026 wird sich in der Praxis zeigen, welche konkrete Form der Prozess annehmen wird, ob er die Hoffnungen vieler erfüllt oder ob die Regierung erneut, wie nach 2016, auf eine Politik der totalen Vernichtung setzen wird.



Über den globalen Widerstand junger Menschen im 21. Jahrhundert

Gen Z vereint

Herausgeber:innen-Kollektiv der Lêgerîn

Der Dritte Weltkrieg, beginnend in der 1990er Jahren, ist ein Krieg aller Nationalstaaten für Ressourcen, ihre Vormacht und einen Platz in der multipolaren Weltordnung. Er formt unsere heutige Zeit. Korruption, Zwangs- und Kinderarbeit, Feminizide, Genozide, die Manipulation der Gesellschaft, Todesstrafen und Ermordungen, Wehrdienst, Rassismus, ökologischer Zusammenbruch und Massenabschiebungen sind Ausdrücke der momentanen Kriegsphase. Demgegenüber stehen im ständigen Kampf die Jugend, Frauen, unterdrückte Völker und Minderheiten sowie das Internet und digitale Medien, sofern sie demokratisch genutzt werden, Straßenblockaden und Druck durch Massenproteste. Die treibende Kraft dafür wurde vor nicht langer Zeit »Gen Z« genannt, meist durch Mainstream-Medien, die sich darüber lustig machten oder Stereotype verbreiten wollten.

Aber sie wussten nicht, was für eine Kraft in dieser Generation steckt. Diese Gen-Z-Jugend führt nun Massenproteste für Freiheit und Gerechtigkeit in aller Welt an.

Gen-Z-Proteste weltweit

Die Geschichte dieser Protestwelle kann auf den ersten Aufstand in Sri Lanka im Jahr 2022 zurückgeführt werden, wo die Jugend Vetternwirtschaft, Korruption und Elitismus innerhalb der Regierung anklagte und den Rücktritt des Präsidenten forderte. Im Jahr 2024 folgte die Jugend in Bangladesch und in Kenia. Im Juni 2024 begannen Proteste in Kenia, ausgelöst durch eine Steuererhöhung, und ungefähr zur gleichen Zeit brachen Demonstrationen durch Student:innen in Bangladesch los, als Reaktion auf die erneute Einführung einer Quote von Nachfahren von Freiheitskämpfern in öffentlichen Verwaltungsgämtern. Diese Gesetze, gepaart mit der offensichtlichen Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems, waren Funken, die das Feuer von Unzufriedenheit und Rebellion der Jugend entfachten.

Weniger als ein Jahr später, im August 2025, gab es eine Protestwelle in Indonesien und seinen kolonisierten Gebieten. Sie wurde zuerst durch eine Steuererhöhung ausgelöst und wurde stärker, nachdem ein Jugendlicher in den Protesten von der

Polizei getötet worden war. Am 7. September setzte die nepalesische Jugend ihr Parlament in Flammen. Der Premierminister Nepals musste aus Angst vor der Jugend aus dem Land fliehen. Denn diese hatte die Korruption und die Zurschaustellung von Reichtum in der Regierung satt. Diesen Protesten folgend gab es Mitte September 2025 studierendengeführte Aufstände in Dili, der Hauptstadt von Timor-Leste, welche das Ende der Lebenszeitpensionen und Luxusinvestitionen für Politiker:innen forderten.

Zum Ende desselben Monats begannen die Proteste in Marokko nach dem Tod von acht Frauen nach Kaiserschnitten in Agadir. Die Proteste wurden im Netz organisiert und verbreiteten sich über das gesamte Land. Sie waren auch mit Unmut über Korruption, Arbeitslosigkeit und schlechte Dienstleistungen verbunden. Im Oktober starteten Aufstände in Madagaskar. Wie in Nepal, musste der Präsident die Regierung auflösen und das Land verlassen. Dieser Widerstand begann aufgrund der Verhaftung von Politiker:innen, die Proteste gegen Wasser- und Stromkürzungen organisierten.

Wie schon einige Monate zuvor, gingen in der Türkei türkische und kurdische Jugendliche auf die Straße, um die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu anzuprangern, dem Bürgermeister von Istanbul und stärksten Widersacher Erdogans in der Präsidentschaftswahl.

In Tansania entfachte sich das Feuer nach den gefälschten Wahlen Ende Oktober, in denen die vorige Präsidentin angeblich mit hoher Stimmzahl wiedergewählt worden war. In der darauffolgenden brutalen Repression wurden mindestens 700 Menschen durch den Staat getötet. Wie auch in Nepal wurde das Internet abgeschaltet, welches das zentrale Organisationswerkzeug der Jugend darstellte.

Im Westen bewegte die Völker die Gleichgültigkeit, Arroganz und Gewalt der herrschenden Klasse. Dies können wir in der Solidaritätsbewegung für Palästina in Italien und mit »Bloquons tout«, der Bewegung des 10. September, in Frankreich sehen oder auch in Aktionen gegen die ICE-Abschiebungsbehörde in den USA.



Ein Mädchen bei den Protesten in Peru 2025. Foto: Munay García

Eine Bedrohung für das System der Dominanz

Die genannten sind nur einige der Aufstände, die von der Gen Z weltweit geführt werden. Die heutige Situation kann mit der 68er-Bewegung oder später dem Arabischen Frühling im Jahr 2010 verglichen werden. Wie im Arabischen Frühling findet die Jugend keinen Platz in den hierarchischen Strukturen oder diktatorischen Regimen, die auf ungerechter Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten für die dominierende Elite beruhen. Es ist kein temporäres Feuer, sondern das Ergebnis von Jahren der Unterdrückung, der Unzufriedenheit, der Proteste und Widerstände. Die Energie der Jugend, die nach Gerechtigkeit und Freiheit sucht, setzt jetzt eine große Welle in Gang, die die Welt mit sich nimmt.

Diese Energie ist eine existenzielle Bedrohung für das System der Dominanz, und so wird sie mit unbeschreiblicher Gewalt zu ersticken versucht. In fast jedem Land wurden viele Demonstrant:innen von der Polizei getötet. Es wird ein Krieg gegen die Gesellschaft und gegen junge Menschen geführt. Im Sudan, im Kongo, in Palästina, Syrien und Kurdistan verantworten die imperialistischen Interessen der westlichen und regionalen Mächte die Tode Tausender. In Europa werden migrantische Jugendliche regelmäßig von der Polizei getötet, während viele andere in Abschiebezentren sterben.

Das System der kapitalistischen Moderne streicht aktiv die arme Bevölkerung aus und attackiert besonders die Jugend

und die Frauen, um sich Platz für die eigenen Interessen zu schaffen, wie wir im Genozid an den Palästinenser:innen seit über zwei Jahren beobachten können. Das palästinensische Volk leistete über Jahrzehnte Widerstand gegen Massaker und kolonialistische Siedler:innen. Und während Tausende Familien und Kinder sterben, hat es die Hoffnung auf ein Ende des Völkermords nicht aufgegeben. In der Stärke des palästinensischen Volkes liegt der Funke für einen internationalen Aufstand und ein Zusammenkommen aller Länder weltweit, um einen Waffenstillstand und Freiheit für die Palästinenser:innen zu fordern.

Überall auf der Welt begegnen wir der Korruption von Regierungen, der Armut und der Unterdrückung mit intensiviertem gesellschaftlichen Widerstand. Die Menschen verließen die Straßen nicht, sondern verstärkten im Gegenteil ihren Kampf. Dies zeigt sich beispielsweise darin, wie die Ermordung eines indonesischen Jugendlichen die Proteste und den Willen zum Kampf erneut auflodern ließ.

Warum die Jugend?

Eine Eigenschaft jeder Generation Jugendlicher ist die Suche nach Selbstbestimmung. Niemand sonst kann vorhersehen, was unsere Identität sein wird, nur wir selbst. Daher stellt diese Eigenschaft uns direkt den hegemonialen Mächten gegenüber, die den Status Quo aufrecht erhalten wollen. Wir werden erzogen, zu glauben, dass die Krisen und Kriege um

uns herum normal seien und wir verlernen, den Wahnsinn zu sehen. Doch solange es die Jugend gibt, gibt es Hoffnung. Wir können die Jugend als immer suchende, nie ruhende Kraft verstehen, die die Gesellschaft immer wieder zu neuen Formen und Erfahrungen bewegt. Die Jugend ist wirklich eine Flamme, die, wohin auch immer sie geht, flackernde Lichter in alle dunklen Ecken wirft. Sie ist eine Praxis. Die Ungerechtigkeit zu sehen und es zu unserer eigenen Lebensaufgabe machen, sie umzukehren, ist die Praxis der Jugend.

Gen Z heißt auch, den Ausdruck unserer Generation zu finden. In Nepal steht der weiße blutige Turnschuh als Symbol für den Widerstand der Jugend: In einem Protest wurde einem jungen Mann ins Bein geschossen, und er ließ seinen blutgetränkten Schuh zurück. Jetzt steht dieser für die Träume der Jugend und für das Blut der Gefallenen, die ihr Leben im Kampf ließen. Denn wenn nicht wir die Aufgabe des Aufbaus unserer Zukunft annehmen, wer dann? Es ist der Sozialismus, der uns unseren Willen, unsere Liebe für das freie Leben und unseren Schmerz für die Menschheit ausleben lässt.

Großindustrien, Firmen und korrupte Politiker:innen wollen unsere Länder spalten, schließen Verträge und fassen Beschlüsse über unser Land und uns. Ganz vorne stehen die USA und Westeuropa, die in Länder eindringen, Menschen bombardieren und Massaker verüben, ganze Städte und Realitäten zerstören. Es ist Zeit für die Erkenntnis, dass die Kolonisierung nie wirklich geendet hat und wir uns über die ganzen Jahre weiterhin im Krieg befinden. Wir müssen uns neu positionieren: In der Tradition der sozialistischen Jugend und derer, die vor uns Antworten fanden und Widerstand leisteten.

Welche Lösungen können wir finden?

Wir erkennen mehr und mehr, dass unsere Kämpfe den gleichen Ursprung haben. Das liegt daran, dass viele Menschen ihr Leben in die Verbindung der Kämpfe gaben und zu Brücken zwischen den Völkern wurden. Um diesen Sinn für internationale Solidarität weiterzuführen und zu erweitern, müssen wir den Austausch von Perspektiven, Ansichten, Kritiken und Strategien organisieren. Es ist nicht genug, in einem Land aufzustehen ohne auf unsere Nachbarländer zu blicken. Wir sehen viele Proteste und Demonstrationen auf der Welt, aber wir müssen uns kritisieren: Wenn wir uns organisiert gegen das System richten wollen, brauchen wir eine Idee dessen, was danach zu tun ist und wie wir eine Alternative zur Quelle unseres Problems entwickeln können.

Wenn wir all diese Kämpfe evaluieren (und es gibt noch viele mehr als wir genannt haben), können wir erkennen, dass sie eigentlich Teil eines geteilten Widerstandes sind, den die Jugend und Frauen anführen. Von Kathmandu bis Gaza, vom Kongo

bis nach Kurdistan sind die Ähnlichkeiten deutlich. Die Völker stehen an der Front der globalen Bewegung für Freiheit und Leben gegen Ausbeutung und Imperialismus. Die Nationalstaaten zensieren regelmäßig Medien und digitale Nachrichten, was zeigt, dass diese eine starke Waffe der Gen Z sind. Um weiterzukämpfen, wird unsere stärkste Kraft die kollektive Organisation und die Verbindung zwischen uns darstellen.

Dieser Krieg ist international, also muss es unser Widerstand auch sein!

Die Gen-Z-Aufstände sind oft vernetzt mit dekolonialen Kämpfen, Kämpfen für die Existenz und das Überleben von Kultur, wie der westpapuanischen Jugend in Indonesien.

Die Sahrawis in Marokko, die Massai in Tansania, kämpfen seit Jahren gegen die durch Nationalstaaten aufgezwängte Unterdrückung und Gewalt. Ein Bündnis zwischen den Völkern, welches die Trennung durch Staatsgrenzen überwindet, ist unser Weg, diesen Kampf zu gewinnen.

Als Jugend tragen wir die Verantwortung, eine koordinierte und weltweite Antwort auf die Angriffe des globalisierten kapitalistischen Systems zu geben. Um das »Manifest der Jugend«, geschrieben von der kurdischen Jugendbewegung, zu zitieren:

»Die Organisation des globalen Aufstands der Massen gegen die kapitalistische Globalisierung mit Schwerpunkt im Westen ist äußerst wichtig und sinnvoll.«

Die heutigen Aufstände finden auf globaler Ebene statt, also ist es Zeit, sie auch auf globaler Ebene zu organisieren. Die Allianzen, die manchmal schon existieren, müssen strategische (Langzeit-)Allianzen werden. Machtveränderungen wie in Nepal und Madagaskar sind sehr große Leistungen der Jugend, aber sie allein bilden keine nachhaltige Lösung für die Probleme der Gesellschaft. Wie wir heute in europäischen liberalen Demokratien sehen, kann ein eher demokratischer Staat ohne organisierte Gesellschaft bald wieder zu einem faschistischen und militaristischen Regime werden.

Was wir vorschlagen, ist die Gründung eines demokratischen Weltkonföderalismus der Jugend, als Vorreiter:innenschaft einer generellen Organisation aller Bereiche der Gesellschaft. Diese konföderale Struktur ist ein Körper, dem, um zu funktionieren, Leben durch einen Geist gegeben werden muss, durch die demokratische Nation der Jugend.

»Die globale Konföderation der demokratischen Nation kann Form annehmen [...] als globale Einheit der demokratischen Nationen.« Die Unterschiede unserer Kulturen und Geschichte respektierend und wertschätzend, können wir von unseren



Kurdische Jugendliche demonstrieren zu Newroz in Nisêbin (tr. Nusaybin). Foto: Archiv

Gemeinsamkeiten ausgehen, um eine Einheit, eine gemeinsame Kultur der Jugend zu entwickeln. Wir sehen diesen Wunsch nach Einheit in der One-Piece-Flagge, die als Symbol der Gen-Z-Proteste im Himmel aller Kontinente wehte. Es gibt diese Grundlage für die Bildung eines gemeinsamen Bewusstseins der Jugend, wenn wir den Willen haben, daran zu arbeiten.

Unsere Generation kann aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Die kurdische Jugendbewegung analysiert den Arabischen Frühling und die Gezi-Park-Proteste in der Türkei. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass beim Arabischen Frühling das Fehlen einer bestimmten Führung, einer Organisation sowie politischer Diskurse und Programme ausschlaggebend waren. Daher entwickelte sich alles erst spontan durch die sozialen Medien. Auch bei den Gezi-Park-Protesten fehlte es an einer konsistenten Kraft, die ein alternatives soziopolitisches Modell hätte zeigen können.

Im Gegensatz dazu sind das weite politische Bewusstsein, das Organisationsniveau und die Organisierung mit einem klaren Plan, das, was die Rojava-Revolution möglich machte. Diese Revolution vereint die Völker des Nordens und Ostens Syriens unter demselben Ideal der Freiheit. Die revolutionäre Jugendbewegung Kurdistans erklärte, dass ihre größte Utopie ist, »niemals von ihren Träumen getrennt zu sein, mit all den

unzähligen oppositionellen Bewegungen und Gruppen mit Betonung des Anti-Kapitalismus zusammenzukommen und mit dem internationalen revolutionären Jugendgeist eine zweite 1968er-Revolution zu erschaffen.«

Der demokratische Konföderalismus, die Freiheit der Frauen und die Ökologie werden die entscheidenden Prinzipien für den Erfolg der politischen Anstrengungen unserer Zeit sein. Rêber Apo als Wegbereiter dieser Ideen ist auch im Jahre 2025 noch immer inhaftiert. Dieses Jahr zum letzten seiner Gefängnisjahre zu machen ist unsere Pflicht als globale Jugend! Allein aufgrund seines Mutes und seines Optimismus fanden Millionen von Menschen auf der Welt zu ihrer Identität zurück und folgten in den Rängen der internationalistischen Revolution. Sie erlauben uns, den nächsten Schritt zu gehen und den demokratischen Jugendkonföderalismus aufzubauen.

Lasst uns unsere Rolle einnehmen!

Die Jugend hat den Kampf bereits begonnen, und wir werden nicht umkehren!



Die Perspektive junger Internationalistinnen

Die freie Frau ist das Fundament des demokratischen Sozialismus

Internationalistische junge Frauen Kommune

In diesem persönlichen Bericht beschreiben junge Internationalistinnen ihre Perspektive auf die Realität junger Frauen in der deutschen Gesellschaft. Dieser stellen sie den demokratischen Sozialismus als gesellschaftliche Alternative gegenüber, deren kleinste Einheit die Kommune darstellt. Mittels dieses Blicks in die Zukunft und historischer Bezüge sollen Antworten auf Fragen im Hier und Jetzt gegeben werden.

Wir beginnen diese Perspektive mit einem Gedenken an die großen Anstrengungen, die viele Frauen im Laufe unserer Geschichte unternommen haben, damit wir leben und den Kampf für die Befreiung der Frauen, für Freiheit und soziale Gerechtigkeit fortsetzen können. Die Frauen, die im Kampf für die Befreiung der Frauen zu Märtyrerinnen wurden, die ihr Leben der sozialistischen Sache gewidmet haben, dem Aufbau einer freien und gleichberechtigten Gesellschaft für uns alle – ihnen widmen wir diese Perspektive auf den Sozialismus.

Vielleicht lesen Sie diese Perspektive gerade, während Sie Musik hören, und jeder Song handelt von Frauen als Trophäe oder Eigentum, als Objekt, das man zusammen mit Geld und Waffen besitzen kann, oder vielleicht beziehen sie sich auf uns nur als sexuelle Objekte, die dazu dienen, die tiefe Leere zu füllen, die das System in den Menschen schafft.

Oder vielleicht gehen Sie auf der Straße spazieren, um sich mit Freund:innen zu treffen oder zur Schule zu gehen, und an jeder Ecke gibt es eine Werbung mit einer Frau, meist halbnackt, zusammen mit Reinigungsmitteln, Lebensmitteln, Autos oder anderen Waren, die auf dem Markt verkauft werden können.

Oder nehmen wir an, Sie gehen nach einem schönen Abend mit Ihren Freund:innen nach Hause und hoffen bei jedem Schritt, dass Sie keinem Mann begegnen, damit Sie nicht die Straßenseite wechseln und schneller gehen müssen oder die

Hausschlüssel in die Hand nehmen müssen, um sich zu verteidigen, und den Atem anhalten müssen, bis er verschwunden ist.

Oder vielleicht befinden Sie sich beim Lesen dieser Perspektive in keiner dieser Situationen, aber Sie wissen, dass Sie sie morgen erleben werden – denn das ist die Realität, in der wir als Frauen wegen des sexistischen kapitalistischen Systems jeden Tag leben müssen. Deshalb richten wir diese Perspektive an Sie, egal ob Sie zur Schule oder zur Universität gehen, ob Sie gerade ein Studium der Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften oder vielleicht Physik beginnen.

Oder vielleicht hatten Sie keine andere Wahl als zu arbeiten. Vielleicht als Kellnerin in einem Restaurant, als Pflegekraft oder im Logistikbereich eines Unternehmens, das Ihnen in den meisten Fällen keine Arbeitsplatzsicherheit bietet, sondern Sie in prekären und unsicheren Verhältnissen zurücklässt. Ganz zu schweigen vom Gehalt, das, wenn Sie Glück haben, gerade so reicht, um über die Runden zu kommen, aber auf keinen Fall den Wert Ihrer Zeit und Ihrer Arbeit widerspiegelt. Ob Sie nun in einer Familie leben, die von Ihnen erwartet, dass Sie einen Mann an Ihrer Seite haben, und Sie davon überzeugen will, dass Sie nur auf den Richtigen warten müssen, oder dass Sie sich bemühen müssen, einen Mann zu lieben oder sich für einen Mann zu verändern. Wie auch immer Ihre Situation aussieht, wir richten diese Perspektive an Sie alle, an alle jungen Frauen, die auf vielfältige Weise Widerstand leisten und für die Befreiung von uns allen kämpfen.

An diesem Punkt Ihres Lebens fragen Sie sich vielleicht: »Wer werde ich werden?« Oder, was vielleicht noch wichtiger ist: »Was werde ich tun?« Wir möchten versuchen, in den nächsten Zeilen eine Antwort auf diese Fragen zu geben.

Über den demokratischen Sozialismus

Wir als junge Frauen befinden uns in einer dramatischen Situation. Angesichts der systemischen Angriffe, denen wir täglich ausgesetzt sind, kann die Lösung für uns nur der Auf-

bau eines neuen globalen Systems sein, das sexistische Regeln radikal ablehnt und sich auf die Freiheit der gesamten Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit der Frau konzentriert. Wir nennen dieses System ein sozialistisches System. Wenn wir hier von Sozialismus sprechen, meinen wir damit kein System der Herrschaft oder eine utopische Realität; diese haben nichts mit der Realität des demokratischen Sozialismus zu tun, den der kurdische Philosoph Abdullah Öcalan entwickelt hat.

Der demokratische Sozialismus ist weder ein der Gesellschaft aufgezwungenes Konstrukt noch ein Konzept, das von der sozialen Natur des Menschen entfremdet ist. Er ist eine konkrete Lebensweise, die auf Freiheit, Gemeinschaftlichkeit und Vielfalt basiert. Er steht im Gegensatz zum Kapitalismus, der auf Ausbeutung und Gewalt basiert, und auch zum Liberalismus, der sich auf individuelle und falsche Freiheit konzentriert. Im sozialistischen Verständnis spielen sowohl das Individuum als auch das Kollektiv eine Rolle in der Gesellschaft und stehen in einem organischen Gleichgewicht zueinander. Der demokratische Sozialismus ist gerade für uns als junge Frauen von zentraler Bedeutung, weil er mit unserer Geschichte verwoben und Teil unserer Identität ist.



Alexandra Kollontai ebenso wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg kamen der Wahrheit des Sozialismus näher als Karl Marx oder andere männliche Vordenker.
Foto: Archiv

Wie sind wir zum heutigen Stand gekommen?

Mitte des 19. Jahrhunderts führten die Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels zur Entwicklung einer neuen Form des Sozialismus, dem sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus. Sie verstanden die Realität der Gesellschaft in der Gegenwart und in der Geschichte als einen Kampf zwischen Klassen mit gegensätzlichen Interessen, nämlich dem Proletariat und der Bourgeoisie. Grundlage dieser Analysen und der Ziele des sozialen Aufbaus ist hierbei die materielle Situation der Gesellschaft, insbesondere die Produktionsverhältnisse.

Diese Erkenntnisse waren bahnbrechend und führten zu historisch bedeutsamen Schritten. Aber die auf Marx' Ideen basierende Lösung kratzte nur an der Oberfläche und konnte den grundlegenden sozialen Widerspruch nie wirklich lösen. Tatsächlich wurde die Unterdrückung der Frauen im realen Sozialismus weder zerstört noch gelöst. Zwar verbesserte sich die Situation der Frauen, so wurde in vielen Ländern beispielsweise das Recht auf Abtreibung eingeführt, aber auch die sowjetischen Revolutionär:innen waren sich des Problems bewusst: Die Beziehungen zwischen Männern und Frauen waren so sexistisch, dass sie sogar das Klassenbewusstsein untergruben. Damals wurde das Klassenbewusstsein als Grundlage für den gemeinsamen Kampf angesehen; die Geschichte hat uns gezeigt, dass dies nicht die Wurzel des Problems berührt.

Wie Alexandra Kollontai selbst analysierte:

»Die Interessen der Arbeiterklasse verlangen, dass neue, kameradschaftliche und gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Arbeiterklasse, den männlichen und weiblichen Arbeitern, hergestellt werden. [Zum Beispiel] verhindert die Prostitution dies. Ein Mann, der die Zuneigung einer Frau gekauft hat, kann sie niemals als »Kameradin« betrachten. Daraus folgt, dass die Prostitution die Entwicklung und das Wachstum der Solidarität unter den Mitgliedern der Arbeiterklasse zerstört und daher die neue kommunistische Moral die Prostitution nur verurteilen kann.«¹

Alexandra Kollontai unternahm ebenso wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg wichtige Schritte. Sie kamen der Wahrheit des Sozialismus näher. Über den Widerspruch der Klassen hinaus verstanden sie die Beziehung zwischen den Geschlechtern als das Hauptproblem. Dabei stießen sie immer wieder auf Widerstand seitens der vorherrschenden männlichen Mentalität. Vor der Oktoberrevolution in Russland wurden Frauen als Anhängsel der Männer angesehen, nicht als revolutionäre Persönlichkeiten, obwohl sie die treibende Kraft der Gesellschaft waren. So war beispielsweise der Streik der Frauen, die am internationalen Frauentag 1917 in Sankt Petersburg Brot forderten, letztlich der

¹ Alexandra Kollontai, Brief an die arbeitende Jugend, 1922.

Ausgangspunkt der Oktoberrevolution, und es waren Frauen, die zur treibenden Kraft der Russischen Revolution wurden.

Auch die feministischen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre machten bedeutende Fortschritte in dieser Frage. Bereits damals gelang es ihnen, in der Gesellschaft die Erkenntnis zu verbreiten, dass »das Persönliche politisch ist«. Alles, was wir erleben, jede Ungerechtigkeit, jede Unterdrückung und Gewalt ist nicht nur etwas Individuelles oder Gelegentliches, sondern dieselbe Ungerechtigkeit erleben täglich Tausende junger Frauen.

Wie bauen wir einen demokratischen Sozialismus auf?

Abdullah Öcalan schreibt in seinem Brief zum 8. März 2025:

»Solange die Vergewaltigungskultur nicht überwunden ist, kann die soziale Realität in den Bereichen Philosophie, Wissenschaft, Ästhetik, Ethik und Religion nicht offenbart werden. Wie der Marxismus beweist, wird die Verwirklichung des Sozialismus nicht möglich sein, solange die neue Ära nicht die tief in der Gesellschaft verwurzelte männlich dominierte Kultur zerstört. Der Sozialismus kann durch die Befreiung der Frauen erreicht werden. Ohne die Freiheit der Frauen kann man kein Sozialist sein. Es kann keinen Sozialismus geben. Ohne Demokratie kann man nicht zum Sozialismus gelangen.«²

Die Erkenntnisse, zu denen Öcalan heute gelangt ist, beweisen, dass das, was viele revolutionäre Frauen in den vergangenen Jahrhunderten zu erklären versuchten, richtig war. Das soziale Problem der Prostitution, das Alexandra Kollontai vor einem Jahrhundert ans Licht brachte, hat heute alle Ebenen und Bereiche der Gesellschaft in brutalster Form erreicht. Gerade im Zeitalter der digitalen Medien und des Finanzkapitalismus werden junge Frauen am stärksten hyperästhetisiert und hypersexualisiert.

Wir werden ständig dazu gebracht, uns an ästhetische und soziale Normen, die auf Sexismus und Vergewaltigungskultur basieren, anzupassen oder auf sie zu reagieren. Aus diesem Grund besteht der erste Schritt zum Aufbau eines demokratischen Sozialismus darin, in uns selbst eine starke sozialistische Persönlichkeit zu entwickeln, die in der Lage ist, durch den Aufbau von Kommunen, Genossenschaften, Räten und anderen Formen autonomer Organisationen, die Sexismus entschieden ablehnen, eine organisierte Gesellschaft um sich herum zu schaffen.

² Abdullah Öcalan, Brief vom 8. März 2025.

Das Beharren auf den moralischen Werten der Menschheit bedeutet gleichzeitig die Schaffung einer demokratischen und sozialistischen Kultur, und als junge Frauen tragen wir diese Werte besonders stark in uns. Diese Prinzipien gelten jedoch nicht nur für uns Frauen, sondern sind auch für Männer von grundlegender Bedeutung. Wie Abdullah Öcalan sagt: »Ein Mann kann sich nur dann als Sozialist bezeichnen, wenn er in der Lage ist, richtig mit Frauen zu leben.«³

Kommune ist Gesellschaft, und Gesellschaftlichkeit ist Sozialismus.

Wir haben die Kommune als eine Form der Organisation der Gesellschaft erwähnt, aber sie ist nicht nur das; sie spielt eine zentrale Rolle beim Aufbau des demokratischen Sozialismus. In den frühen 1800er Jahren machten archäologische Forschungen neue Entdeckungen über den Ursprung demokratischer Gesellschaften und Systeme. Zu dieser Zeit konnten Marx und Engels diese Entdeckungen noch nicht in ihren Theorien über Sozialismus und Kommunismus berücksichtigen. Das haben sie selbst erkannt.⁴ Erst später wurde der Menschheit durch die Erkenntnisse aus der Pariser Kommune von 1871 und archäologische Forschungen, die Licht auf das Gemeinschaftsleben zur Zeit der Naturgesellschaft warfen, klar, dass die Kommune eine zentrale Leitlinie für das Verständnis der demokratischen Geschichte ist.

Gegen Ende seines Lebens hat auch Marx dies verstanden. Die Kommune ist die natürlichste und grundlegendste Organisationsform der demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Sie kann als Jugendkommune oder sogar als Kinderkommune, als Frauenkommune oder als Studierendenkommune existieren.

Innerhalb der Kommune kann jeder Teil der Gesellschaft politisch werden und so die Fähigkeit entwickeln, sich autonom zu organisieren, Entscheidungen zu treffen und ein Lebenssystem zu entwickeln, das auf den Bedürfnissen jeder Gruppe oder Gemeinschaft basiert. Außerdem kann eine Kommune die Fähigkeit entwickeln, sich gegen physische, psychische, wirtschaftliche und jede Art von Angriffen zu verteidigen, die vom Staat und vom System ausgehen.

»Revolutionäre müssen sich im Volk bewegen wie die Fische im Wasser« – Mao Zedong⁵

³ Abdullah Öcalan, Brief an die Jineoloji-Akademie, Juni 2025.

⁴ Friedrich Engels, in der ersten Fußnote zur Ausgabe des Kommunistischen Manifests von 1888, 40 Jahre nach dessen Erstveröffentlichung.

⁵ Aus dem »Roten Buch«, einer Sprüchesammlung von Mao Zedong, die von seinem Weggefährten Lin Biao gesammelt wurde und Mitte der 1960er Jahre in einer Massenaufgabe verbreitet wurde.



Bei einer Demonstration im Zuge des Schulstreiks gegen die Wehrpflicht im Dezember 2025 hält eine junge Frau ein Schild mit der Frage: »Wann wurden wir gefragt, was wir wollen?«. Foto: Archiv

Nun kommt es auf uns an: Was können wir tun?

Auch für uns junge Frauen ist die Kommune die erste Struktur, in der wir uns organisieren können. Das heißt, in der wir wir selbst werden können, unsere Identität entdecken, Schwesternschaft aufbauen, uns gegenseitig unterstützen, die Grundlage für ein demokratisches sozialistisches System schaffen und vor allem uns selbst verteidigen können. Wenn wir Sozialistinnen werden und einen Ausweg aus der aktuellen Weltkrise finden wollen, müssen wir uns als Einheit, als Kommune verstehen; das heißt, wir müssen uns als eins sehen.

Wenn eine Frau nicht an sich glaubt oder sich selbst nicht als wertvoll empfindet, ist es auch unsere Verantwortung, dieses Vertrauen gemeinsam mit ihr aufzubauen. Wenn eine Frau mit der Frage ringt, ob sie genug Kraft oder Mut hat, um revolutionär zu sein, müssen wir uns in dieser Frage wiedererkennen und gemeinsam jede Angst und jedes Hindernis überwinden. Wenn eine Frau auf der Straße von einem Mann belästigt wird oder häuslicher Gewalt in der Familie oder am Arbeitsplatz ausgesetzt ist, müssen wir diese Gewalt so empfinden, als wäre sie gegen uns selbst gerichtet.

Wir wissen jetzt, dass sie, wenn sie eine von uns angreifen, die Identität der Frau als Ganzes angreifen und damit uns

alle angreifen. Und so können wir, wenn wir das nächste Mal ein sexistisches Lied im Radio hören oder eine Werbung auf der Straße sehen, die uns als Verkaufsobjekt darstellt, in uns selbst und in unseren Schwestern die Kraft finden, diese Kultur abzulehnen, dieses System abzulehnen, den Radiosender zu wechseln, diese Werbung zu zerstören und gemeinsam mit anderen jungen Frauen unser eigenes System, unsere eigene Selbstverteidigung zu organisieren.

Die Welt verändert sich, die Jugend erhebt sich überall, und wir sind nicht mehr allein. Es gibt eine ganze Organisation von Frauen, die uns den Rücken stärkt und bereit ist, Seite an Seite mit uns für den Aufbau einer freien Gesellschaft auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus zu kämpfen.

Wenn wir uns das nächste Mal fragen: »Wer werde ich einmal sein?«, haben wir alle notwendigen Mittel, um uns selbst die richtige Antwort zu geben. Wie Fred Hampton, der revolutionäre Führer der Black Panther Party, einmal sagte: »Wenn du Angst vor dem Sozialismus hast, dann hast du Angst vor dir selbst.«



Digitale Räume und politische Selbstorganisation in der Diaspora

Kurdische Jugend, Diaspora und digitale Räume

Dîlan Karacadag, Journalistin und Podcasterin

Die digitale Vernetzung hat die politische Selbstorganisation der kurdischen Jugend in der Diaspora grundlegend verändert. Sie schafft neue Räume für Mobilisierung, kulturelle Praxis und Wissensaustausch. Gleichzeitig entstehen jedoch Dynamiken, die die Glaubwürdigkeit und politische Ernsthaftigkeit kurdischer Bewegungen im digitalen Raum unter Druck setzen. Die zentrale Frage lautet daher: Wie können digitale Möglichkeiten produktiv genutzt werden, ohne die politische Integrität zu gefährden?

Digitale Öffentlichkeit und diasporische Identität

Die kurdische Diaspora ist ein Ergebnis jahrzehntelanger Migration, die durch politische Verfolgung, Krieg und wirtschaftliche Not ausgelöst wurde. Besonders in Deutschland, Schweden und der Schweiz entwickelte sich seit den 1980er Jahren eine Generation junger Kurd:innen, die zwar in europäischen Gesellschaften sozialisiert wurde, aber weiterhin eine starke emotionale und politische Bindung an Kurdistan empfindet. Für viele von ihnen sind digitale Räume zu zentralen Orten geworden, an denen sie Identität, Zugehörigkeit und politische Haltung artikulieren können.

Die zweite und dritte Generation der Diaspora nutzt soziale Medien nicht nur, um sich zu vernetzen, sondern auch, um eine Form kultureller Selbstbehauptung zu praktizieren. Sprache, Musik, Literatur und politische Symbole werden in Memes, Videos oder Diskussionsforen geteilt und weiterentwickelt. Dadurch entsteht eine neue digitale Öffentlichkeit, die weder vollständig kurdisch noch vollständig europäisch ist, sondern eine hybride Form, in der Zugehörigkeit ständig neu interpretiert wird.

Doch genau in dieser Dynamik liegt eine Spannung: Während digitale Plattformen Identität zugänglich und sichtbar machen, verwandeln sie sie zugleich in ein Produkt. Die Logik der Algorithmen, Aufmerksamkeit, Wiedererkennbarkeit und

Geschwindigkeit steht im Widerspruch zur politischen Tiefe, die Organisation und Bildung erfordern.

Ästhetisierung und Oberflächlichkeit

Ein wesentlicher Faktor ist die zunehmende Verbreitung von Fehlinformationen und oberflächlichen Identitätsdarstellungen. Auf Plattformen wie TikTok, Instagram oder Threads treten zahlreiche Profile als vermeintliche Vertreter der »kurdischen Sache« auf, ohne über sprachliche, historische oder politische Verortung zu verfügen. Die kurdische Bewegung wird dort häufig ästhetisiert und in Form trendbasierter Symbolik reproduziert. Inhalte werden nicht produziert, um politische Bildung zu fördern, sondern um Reichweite zu generieren. Politik erscheint somit als »visuelles Accessoire«, nicht als Ergebnis von Auseinandersetzung, Verantwortung und kollektiver Praxis.

Die politische Haltung wird zum Bild, das geteilt, geliked und vergessen wird. Eine Form des symbolischen und performativen Aktivismus, die kurzfristig Empathie erzeugt, aber selten strukturelle Wirkung entfaltet.

Besonders sichtbar wird dies in Bezug auf Krisengebiete in Kurdistan. Während in diesen Regionen weiterhin Verfolgung, Repression und humanitäre Krisen herrschen, werden in digitalen Räumen Bilder von Kämpfenden, Landschaften oder Symbolen oft isoliert und emotionalisiert genutzt. Die politische Komplexität, historische Entwicklung und alltägliche Realität vor Ort treten in den Hintergrund. Eine solche Dramatisierung verzerrt nicht nur die Wahrnehmung von Kurdistan, sondern verstärkt zudem die Tendenz, die kurdische Bewegung als ästhetischen Trend statt als politisches Projekt zu rezipieren.

Individualisierung und »digitale Kleinbürgerlichkeit«

Hinzu kommen gezielte Fehlinformationen und Fake-Accounts, die Symbole kurdischer Bewegungen instrumentalisie-

ren, ohne eine politische Haltung zu vertreten. Diese Profile gefährden nicht nur die Genauigkeit der Informationen, sondern untergraben Vertrauen in journalistische und aktivistische Quellen, die tatsächliche Arbeit leisten. Besonders junge Menschen, die kein politisches Zuhause haben; die also keine politische Sozialisation im familiären oder organisatorischen Kontext erfahren haben –, laufen Gefahr, quantitative Resonanz (Klicks, Likes, Viralität) mit politischem Einfluss zu verwechseln.

Dadurch wird politisches Handeln zunehmend individualisiert. Kämpfe, die historisch kollektiv getragen wurden, erscheinen als individuelle Selbstinszenierung. Diese Tendenz führt zu einer Form digitaler Kleinbürgerlichkeit: einer illusionären Gleichsetzung von Aufmerksamkeit mit Anerkennung und Wirkung. Der »Like« ersetzt das Gespräch, der »Post« ersetzt die Organisation, und die ästhetische Haltung ersetzt das politische Risiko.

Positive Perspektiven und konstruktive Entwicklungen

Gleichzeitig haben digitale Netzwerke das Potenzial, verbindende und nachhaltige politische Strukturen zu stärken. Ein bedeutendes Beispiel ist die Gründung eines bundesweiten Zusammenschlusses kurdischer Studierender im Mai 2025 in Frankfurt am Main. Über 500 Studierende aus verschiedenen Städten kamen zusammen, um ein Netzwerk für politische Bildung, kulturelle Praxis und solidarische Unterstützung aufzubauen. Die digitale Vernetzung wirkte hier als Grundlage für reale organisatorische Arbeit und gemeinsame Zukunftsperspektiven.

Ein weiteres Beispiel zeigt sich im November 2016. Als mehrere Abgeordnete der HDP in der Türkei verhaftet wurden, verbreiteten Journalist:innen und Aktivist:innen die Nachricht innerhalb kurzer Zeit über soziale Medien. Die digitale Kommunikation ermöglichte eine schnelle, koordinierte Reaktion. Innerhalb weniger Stunden fanden Demonstrationen in mehreren deutschen Städten statt. Dieser Moment verdeutlichte, dass digitale Räume entscheidend sein können, um Solidarität herzustellen und öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen.

Darüber hinaus trägt die digitale Vernetzung dazu bei, kulturelle Identität in der Diaspora zu stärken. Online-Plattformen für kurdische Literatur, Musik, traditionelle Kleidung oder Bildungsprojekte ermöglichen es jungen Menschen, kulturelle Bezüge aufrechtzuerhalten und weiterzugeben. Eine global verbundene kurdische Identität, die nationale Grenzen überschreitet, kann so entstehen. Online-Seminare zu Geschichte und Sprache Kurdistans zeigen, dass digitale Räume nicht

zwangsläufig oberflächlich sein müssen, sondern auch Orte des Lernens und der Selbstermächtigung sein können.

Die Bedeutung persönlicher politischer Räume

Zahlreiche Studien der Sozial- und Kommunikationspsychologie zeigen, dass nonverbale Kommunikation eine zentrale Rolle für gegenseitiges Verständnis und politische Bindung spielt. Mimik, Gestik, Stimme und Präsenz schaffen Vertrauens- und Beziehungsebenen, die digitale Kommunikation nur eingeschränkt wiedergeben kann. Politische Bewegungen benötigen reale Räume. Gemeinschaft, Solidarität und langfristige Organisation entstehen durch persönliche Begegnung.

Gerade in der kurdischen Diaspora sind kulturelle Zentren, politische Vereine, Studierendengruppen oder Festivals deshalb von zentraler Bedeutung. Dort wird diskutiert, gestritten, gelernt – dort entstehen kollektive Erinnerungen und gemeinsame Perspektiven. Digitale Vernetzung kann diesen Prozess unterstützen, aber sie darf ihn nicht ersetzen. Ohne physische Gemeinschaft droht politische Arbeit zu einer endlosen Abfolge performativer Gesten zu werden.

Verantwortung und Perspektive

Die digitale Vernetzung bietet Chancen, verlangt jedoch klare Verantwortung im Umgang mit Informationen. Politische Bildung, das Lesen und Verbreiten wissenschaftlicher Literatur sowie die aktive Beschäftigung mit Geschichte und Gegenwart Kurdistans sind wesentliche Voraussetzungen für eine reflektierte und solidarische Diasporabewegung.

Entscheidend ist daher nicht nur, wie Kurd:innen online sichtbar sind, sondern wie sie sich real organisieren, miteinander lernen und gemeinsam handeln. Die Zukunft digitaler kurdischer Öffentlichkeit hängt davon ab, ob es gelingt, Wissen, Ethik und Organisation zu verbinden.

Eine digitale kurdische Bewegung der Zukunft könnte mehr sein als eine Bühne für Symbole: Sie kann ein Raum sein, in dem Wissen geteilt, Sprachen belebt, Erfahrungen dokumentiert und politische Visionen kollektiv entwickelt werden. Dafür braucht es Mut zur Selbstkritik, Medienkompetenz und die Bereitschaft, die digitale Sichtbarkeit mit realer Verantwortung zu verbinden.

Die Herausforderung besteht darin, politische Tiefe im Zeitalter der schnellen Bilder zu bewahren – und die Möglichkeiten des Digitalen als Mittel kollektiver Emanzipation, nicht als Ersatz für sie zu begreifen.



Die Herrschaft der Alten über Jugend, Kinder und Frauen

Gerontokratie

Abdullah Öcalan

Mit seiner Verteidigungsschrift »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« legte Abdullah Öcalan 2004 aus dem Gefängnis heraus eine neue Vision von einer kommunal organisierten, basisdemokratischen und ökologischen Gesellschaft dar. Auch die spezielle Form der Herrschaft über die Jugend spart er darin nicht aus. Der folgende Text ist ein Ausschnitt aus diesem Buch (Seite 23–27).

Wir müssen auch vom Druck und von der Abhängigkeit sprechen, in der die erfahrenen Alten in der hierarchischen Gesellschaft die Jungen halten. Diese wird als Gerontokratie bezeichnet. Während einerseits die Alten durch ihre Erfahrung stärker werden, nimmt ihre physische Kraft mit zunehmendem Alter ab. Das bringt sie dazu, die Jungen in ihren Dienst zu stellen. Indem sie sie geistig unter ihren Einfluss bringen, machen sie all deren Tun von sich abhängig. Auch dieses Phänomen ist eine wichtige Stütze des Patriarchats. Die Alten benutzen Körperkraft der Jungen, um sie das tun zu lassen, was sie selber wollen. Bis heute wird die Jugend auf diese Weise abhängig gemacht. Die Vorherrschaft von Erfahrung und Ideologie ist nicht leicht zu durchbrechen. Der Drang der Jugend nach Freiheit hat seinen Ursprung in diesem historischen Phänomen.

Seit den alten Weisen bis hin zu den heutigen Wissenschaftlern und ihren Institutionen wird der Jugend der entscheidende Teil des Wissens, den man strategisch oder vital nennt, vorenthalten. Die Informationen, die die Jugend erhält, sind vielmehr diejenigen, die sie einschläfern und betäuben und ihre Abhängigkeit dauerhaft machen. Wenn Wissen vermittelt wird, werden die Mittel zu seiner Umsetzung zurückgehalten. Eine konstante Herrschaftstaktik ist die des Hinhaltens. Die Strategien und Taktiken und das System von Druck und Ideologie, die gegen die Frau gerichtet sind, gelten ebenso für die Jugend. Der Freiheitsdrang der Jugend ist nicht ihrem physischen Alter, sondern diesem spezifischen gesellschaftlichen Druck geschuldet. Begriffe wie »Grünschnäbel« oder »Halb-

starke« sind erniedrigende Propagandabegriffe. In den gleichen Zusammenhang fallen auch die Bemühungen, zu verhindern, dass sich die Energie der Jugend gegen das System richtet. Dazu und zur Aufrechterhaltung der Ordnung dienen die frühe Ausrichtung auf die Sexualität und das Einbläuen starrer Dogmen.

Es ist schwer, eine Jugend aufzuhalten, die zur Freiheit drängt. Die Jugend ist diejenige gesellschaftliche Gruppe, die mehr als alle anderen für die Systeme ein potenzielles Ärgernis darstellt. Weil dies den Herrschenden immer bekannt war, wurde im Namen der »Erziehung« der Jugend nichts erspart, von Menschenopfern von Jugendlichen bis hin zu noch unbegreiflicheren Praktiken. Bei der Entstehung der hierarchischen Gesellschaft spielte diese Unterwerfung der Jugend nach jener der Frau die entscheidende Rolle.

Doch auch alle späteren etatistischen Gesellschaften verfahren ähnlich mit der Jugend. Nicht umsonst hält sich das System für das stärkste, das die Jugend unter seiner Kontrolle hat.

Eine solche gehirngewaschene Jugend kann man jede Arbeit tun lassen. Sie übernimmt die schwersten Berufe, einschließlich des Kriegshandwerks. Immer noch wird die Jugend in Abhängigkeit und unter Kontrolle gehalten, was im Grunde

aus der Schwäche der Alten resultiert. Immer noch spielt dieses Verhältnis eine bedeutende Rolle dabei, die herrschenden Systeme aufrecht zu erhalten. Ich muss es noch einmal betonen: Jugend ist ebenso wie Weiblichkeit kein physisches, sondern ein gesellschaftliches Phänomen. Eine wesentliche Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften müsste sein, diese beiden Phänomene von den Verzerrungen zu befreien, die sie überlagern.

Auch die Kinder dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Wer die Frau und die Jugend gefangen nimmt, hat ohnehin indirekt auch die Kinder in das gewünschte System einbezogen. Es ist wichtig, die verzerrte Haltung der hierarchischen und etatistischen Gesellschaft zu Kindern offen zu legen. Dass die Kinder wegen der Versklavung der Mutter nicht richtig erzogen werden, sorgt für eine verzerrte und verlogene gesellschaftliche Weiterentwicklung. Auch über die

DIE ALTEN BENUTZEN KÖRPERKRAFT DER JUNGEN, UM SIE DAS TUN ZU LASSEN, WAS SIE SELBER WOLLEN.



Die Jugendbewegung YDG-H 2013 in Nordkurdistan. Foto: Archiv

Kinder wurde ein Ausbildungssystem errichtet, das letztlich auf Repression und Lügen basiert.

Man versucht mit verschiedenen Methoden schon ab der Wiege, die Kinder vom System abhängig zu machen. Man lässt den Kindern die Sehnsucht nach der Freiheit der natürlichen Gesellschaft, erlaubt ihnen aber niemals, diesen Traum zu leben. Ein hohes Ziel ist, die Kinder ihren Träumen gemäß leben zu lassen.

Ich möchte es noch einmal betonen: Wir dürfen es nicht als zwangsläufig ansehen, dass die patriarchalen Verhältnisse an Macht gewonnen haben. Es handelte sich nicht um eine quasi naturgesetzliche Entwicklung. Es gilt besonders, aufzuzeigen, dass es sich um einen fundamental wichtigen Abschnitt auf dem Weg zur Herausbildung von Klassen und des Staates gehandelt hat. Es entsprach dem Wesen der natürlichen Gesellschaft, dass sich die Beziehungen im Umfeld der Frau und Mutter nicht auf Macht und Autorität gründeten, sondern von organischer und solidarischer Art waren. Sie waren keine Verirrung oder Abweichung, die letztlich in staatliche Autorität mündete. Wegen ihrer organischen Herausbildung hatte es die Frau nicht nötig, sich auf Gewalt und Lüge zu stützen. Dieser Punkt erklärt auch, warum der Schamanismus ein überwiegend männlich geprägtes religiöses Phänomen ist.

**DIE STRATEGIEN UND TAKTIKEN
UND DAS SYSTEM VON DRUCK
UND IDEOLOGIE, DIE GEGEN DIE
FRAU GERICHTET SIND, GELTEN
EBENSO FÜR DIE JUGEND.**

Wenn man den Schamanismus genau betrachtet, sieht man sofort, dass es sich um eine Tätigkeit handelt, bei der Illusion und Machtdemonstration eine große Rolle spielen. Hier wurde sorgfältig die Macht und jene Mythologie vorbereitet, die sich listig über die Unschuld der natürlichen Gesellschaft legen wird. Der Schamane war auf dem Weg zur Priesterschaft, zum Kleriker. Er strebte ein Bündnis mit dem Ältesten an. Um die Herrschaft zu vervollständigen, brauchten die beiden die Hilfe des starken Jägers. Die stärksten und fähigsten Jäger transformierten sich nach und nach in erste militärische

Einheiten. Dieses Trio erwirbt nach und nach Werte und Fähigkeiten. Durch List und Tücke wurde das System der natürlichen Autorität der Frau nach und nach demontiert. War früher die Frau die Einflussreiche, deren Wort auch bei den Männern etwas galt, geriet sie nun langsam unter die Herrschaft und die Kontrolle der neuen Autorität.

Es war kein Zufall, dass die erste starke Autorität über die Frau errichtet wurde. Die Frau bildete das Rückgrat der organischen Gesellschaft. Ohne sie zu beseitigen, hätte das Patriarchat nicht siegen können. Es wäre auch niemals möglich gewesen, die Institutionen eines Staates zu etablieren. Es war also von strategischer Bedeutung, die Macht der Frau zu beseitigen. Aus den Informationen, die uns von den Sumerern

überliefert sind, wird klar, dass dieser Prozess sehr konfliktreich vor sich gegangen ist.

Die Frauenbilder von Lilith und Eva, die in die monotheistischen Religionen hineinwirken, repräsentieren diesen Prozess besonders prägnant. Lilith¹ repräsentiert die unbeugsame Frau, Eva dagegen die Frau, die kapituliert hat. Die Behauptung, sie sei aus der Rippe des Mannes geschaffen worden, ist ein Maß für die Abhängigkeit, in die sie gebracht wurde. Auf der anderen Seite belegen die Bezeichnungen von Lilith als aufrührerische, verfluchte Hexe, Freundin des Satans und ähnliche Verwünschungen, dass ein großer Konflikt stattgefunden hat. Dies ist entlarvend für die Kultur der nachfolgenden Jahrtausende, ihre Überzeugungen und Glaubenssätze.

Ohne den gesellschaftlichen Abstieg der Frau zu untersuchen, kann man die grundlegenden Besonderheiten in der Kultur des Patriarchats nicht verstehen, geschweige denn die gesellschaftliche Konstruktion von Männlichkeit. Ohne die gesellschaftliche Konstruktion von Männlichkeit zu verstehen, kann man auch die Institution Staat nicht verstehen. Man kann dann die Kultur von Krieg und Macht nicht richtig definieren. Ich gehe deshalb so intensiv auf dieses Thema ein, um wirkliche Klarheit über die grauenhaften »göttlichen Persönlichkeiten«, und alle Arten von Ausgrenzung, Ausbeutung und Massakern zu erlangen, die infolge der späteren Herausbildung von Klassen entstanden. Der Paradigmenwechsel, die politische Macht und der Staat, diesen Fluch der Menschheit, als heilig zu betrachten, bedeutet die schmutzigste geistige Konterrevolution in der Geschichte der Menschheit. Doch sie hat sich tatsächlich ereignet. Diese Konterrevolution als zwangsläufige Folge des Fortschritts zu bezeichnen, ist ein gefährlicher Irrtum, dem auch der Marxismus verfallen ist. Wenn wir diese Interpretation der Geschichte nicht aus diesem Blickwinkel heraus kritisch überprüfen und korrigieren, wird jede Revolution sich unvermeidlich innerhalb kürzester Zeit in eine Konterrevolution verwandeln.

Während zuerst die Welt der natürlichen Gesellschaft, die kreative Kraft der Frau und damit die der Jugend und der Kinder zerstört wurde und an ihrer Stelle eine Hierarchie, die auf Stärke und Lüge in Form der Mythologie basierte, zur herrschenden Form der neuen Gesellschaft wurde, ereignete sich parallel dazu noch eine zweite Konterrevolution: Der Prozess

DASS DIE KINDER WEGEN DER
VERSKLAVUNG DER MUTTER
NICHT RICHTIG ERZOGEN WERDEN,
SORGT FÜR EINE VERZERRTE UND
VERLOGENE GESELLSCHAFTLICHE
WEITERENTWICKLUNG.

der Entfremdung von der Natur, der Prozess ihrer beginnenden Zerstörung.

Zum Sammeln von Pflanzen und Früchten kam die Jagd und damit das planmäßige und gezielte Töten. Nicht nur die materiellen, vor allem die ideellen Folgen einer Kultur des Tötens sind schwerwiegend. Eine Gemeinschaft, in der sich das Töten von Tieren und Angehörigen der eigenen Art über notwendige Verteidigung hinaus zu einer Kultur entwickelt, wird sich schließlich daran machen, alle notwendigen Geräte und Institutionen für eine Kriegsmaschinerie zu entwickeln. Während auf der einen Seite der Staat als das grundlegende Machtinstrument ausgebaut wurde, entwickelte man immer neue und bessere Kriegspfeile, Speere und Beile, die als die wertvollsten Werkzeuge galten. Die Entwicklung der patriarchalen Gesellschaft aus der natürlichen Muttergesellschaft heraus als gefährlichste Verirrung der Geschichte legte demnach auch den Grundstein für alle späteren abscheulichen Formen des Tötens und der Unterdrückung. Dies war weder Schicksal noch eine notwendige Bedingung für Fortschritt, sondern ganz im Gegenteil ein schrecklicher Irrweg.

Die Jagd- und Kriegskultur führte letztlich zur militärischen Organisierung. Militärische Organisierung entwickelte sich in dem Maße, in dem die natürliche, ethische Gesellschaft zerfiel. Während die Frau vorwiegend Beziehungen in Zusammenhang mit Abstammung, Familie, Sippe und Verwandtschaft aufbaut, steht bei der militärischen Organisierung der davon losgelöste starke Mann im Vordergrund. Es ist klar, dass letztlich keine natürliche Gesellschaftsform gegen diese Macht bestehen konnte. Die gesellschaftliche Gewalt hat Einzug in die gesellschaftlichen Verhältnisse gehalten – das nennt man dann Zivilisation. Die entscheidende Macht besitzt dabei derjenige, der über die Gewalt gebietet.

So wurde auch der Boden für das Privateigentum geebnet. Es leuchtet ein, dass die Gewalt die Basis für das Eigentum ist. Bevor die Herrschaft Teil der zwischenmenschlichen Beziehungen wurde, konnte das Mittel der Gewalt nicht entwickelt und angewandt werden. Herrschaft hingegen hat mit Besitz zu tun. Beherrschen beinhaltet »besitzen« in einer dialektischen Beziehung. Das Besitzverhältnis ist der Kern aller Eigentumsordnungen. Eine neue Ära hatte begonnen. In ihr wurden die Gemeinschaft, Frauen, Kinder und die Jugendlichen, wie auch ergiebige Jagdgründe und Sammelstellen als Eigentum betrachtet. Der starke Mann trat immer mehr in den Vordergrund.

¹ In der jüdischen Mythologie gilt Lilith als die erste Frau Adams, die er verstieß, weil sie, so eine Überlieferung, beim Geschlechtsverkehr oben liegen wollte. Vorläufer dieser Figur sind aus der sumerischen Kultur nachweisbar.



Wasserforum in Amed

Zivilgesellschaftliche Strategien gegen den Ökozid im Euphrat-Tigris-Becken

Şermin Güven, Doktorandin, Krisen- und Katastrophenforschungsstelle, FU Berlin

Beim zweiten Wasserforum Mesopotamiens erprobten im Oktober in Amed Aktivist:innen, Wissenschaftler:innen und lokale Gemeinden Mesopotamiens neue Wege der ökologischen Diplomatie.

**Zwischen Dürre und Diplomatie:
Das Forum von Amed**

Vom 17. bis 19. Oktober 2025 fand in Amed (tr. Diyarbakır) das zweite Mesopotamia Water Forum (MWF) statt. Vertreter:innen von Gemeinden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Umweltinitiativen und wissenschaftlichen Einrichtungen aus dem gesamten Gebiet Mesopotamiens kamen zusammen, begleitet von solidarischen Gruppen aus Europa. Thema des Treffens war: Wasser, Gerechtigkeit und die Zukunft ökologischer Diplomatie.

Sechs Jahre nach dem ersten Forum in Silêmanî (ar. Sulaymaniyah) in Südkurdistan stand die inzwischen noch drängendere Frage im Zentrum:

Wie lässt sich in einer Region, in der Wasser zur Waffe geworden ist, ökologische Gerechtigkeit wiederherstellen – und wie kann eine alternative Wasser-Diplomatie den Frieden aktiv mitgestalten?

Wasserkrise als Strategie des Krieges

»Das, was wir heute Klimakrise nennen, ist im Kern eine Wasserkrise.« Mit diesem Satz eröffnete eine Aktivistin das Forum und brachte damit die politische Dimension des Themas auf den Punkt.¹ Im Euphrat-Tigris- und Xabûr-Becken zeigt sich diese Krise in besonderer Schärfe: Sie ist nicht nur das Resultat klimatischer Veränderungen, sondern Ausdruck jahrzehntelanger Kriege, geopolitischer Machtkämpfe und struktureller Ungleichheit.

¹ ANF English (2025): Water Crisis Deepens: It Has Become a Strategy of War. <https://english.anf-news.com/ecology/water-crisis-deepens-it-has-become-a-strategy-of-war-81793>

In alternativen Foren wie dem MWF herrscht Einigkeit: Krieg und Ökozid sind die zentralen Begriffe, um die Wechselwirkungen zwischen Umweltzerstörung, kolonialen Kontinuitäten und militärischer Gewalt zu beschreiben. Im Gegensatz dazu entpolitisiert die internationale Klimadiplomatie – etwa in UN-Konferenzen – ökologische Krisen häufig, indem sie sie auf technische oder administrative Probleme reduziert. Fragen nach Verantwortung, Macht und Gerechtigkeit bleiben dort weitgehend ausgespart.

Die Folgen dieser Entpolitisierung sind in Mesopotamien sichtbar: Dürreperioden dauern länger, Regenzeiten bleiben aus, Flüsse trocknen früher aus, und ganze Agrarregionen verlieren ihre Lebensgrundlagen. Laut einem Bericht der UN-ESCWA² sind die Pegelstände von Euphrat und Tigris in den letzten 20 Jahren um mehr als 50 Prozent gesunken.³ Dennoch treiben Regierungen weiterhin großflächige Staudammprojekte voran, deren Auswirkungen kaum transnational abgestimmt sind.

Wasser ist zum geopolitischen Werkzeug geworden. Die türkische Staudampolitik an den Oberläufen von Euphrat und Tigris, die Wasserknappheit in Syrien und im Irak sowie die zunehmende Abhängigkeit ganzer Dörfer von staatlich kontrollierten Zufuhren bestätigen: Wasser ist ein Mittel der Macht.⁴ Die Teilnehmenden des Forums beschrieben dies als eine Form »stillen Krieges« – geführt mit Dämmen, Umleitungen und Trockenlegungen statt mit Waffen.⁵

Langanhaltende Dürre – Zeit für eine neue Wasser-Diplomatie

Mit der Verschärfung der Dürreperioden im vergangenen Jahrzehnt gewinnt die Frage nach Wasser-Diplomatie neue Dringlichkeit.

² United Nations Economic and Social Commission for Western Asia

³ United Nations ESCWA (2024): Water Scarcity and Climate Stress in the Tigris-Euphrates Basin. Beirut.

⁴ Save the Tigris Campaign (2023): Mesopotamia Water Forum: Final Declaration. Erbil.

⁵ The Amargi Journal (2025): Mesopotamia Water Forum in Amed: Crisis, Justice and Shared Governance.

»Im Nahen Osten fehlt bislang ein Mechanismus zur gerechten Wasserverteilung – und eine politische Haltung, die die Natur nicht als Ressource, sondern als Mitwelt begreift«, betonte der Mitorganisator Bişar İçli.⁶ Die Wasserkrise betrifft Millionen Menschen – von den Bergen Südostanatoliens bis zu den Marschgebieten im Südirak.⁷ Die jeweiligen Ökosysteme reagieren unterschiedlich auf Trockenheit, doch gemeinsam ist ihnen eine wachsende Vulnerabilität im Anthropozän. »Für die Erholung der Natur braucht es Jahre«, sagte eine Gärtnerin aus den Hevsel-Gärten von Amed – ihr Alltag ist längst zu einem Experiment ökologischer Resilienz geworden.

Wenn staatliche Kanäle versagen, muss Diplomatie von unten entstehen

Gemeinden, lokale Verwaltungen und Aktivist:innen fordern eine Abkehr von zentralistischen, technokratischen Lösungsansätzen. Stattdessen setzen sie auf grenzüberschreitende Kooperation zwischen Städten, Gemeinden und sozialen Bewegungen.

6 İçli, Bişar. Interview, geführt von Şermin Güven. Online Auswertung Mesopotamia Water Forum. [29. Oktober 2025].

7 FAO (2023): Near East and North Africa Drought Report. Rom.

Die zentrale Botschaft des Forums: Nur eine gemeinsame, partizipative Wasserpolitik kann der ökologischen Katastrophe in Mesopotamien begegnen.

Internationale Initiativen und Solidarität

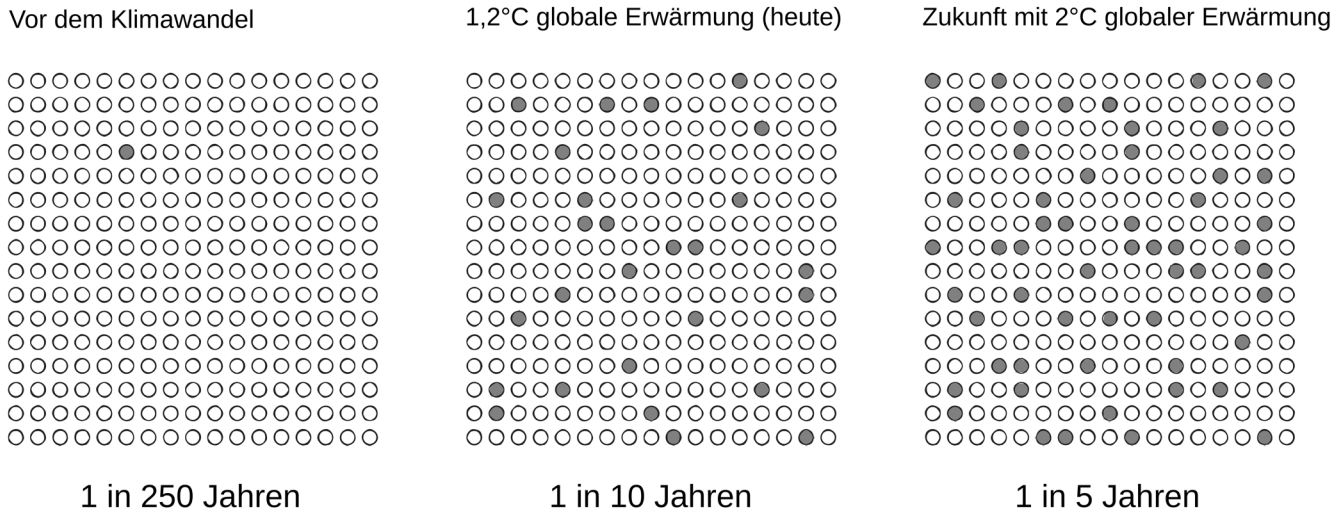
Zahlreiche internationale Organisationen waren vertreten: die Save the Tigris Foundation, die Euphrates-Tigris Initiative for Cooperation (ETIC), das Water Justice Movement, die Unrepresented Nations and Peoples Organization (UNPO), TEV-EKO, Vertreter:innen der Global Alliance for the Rights of Nature sowie Delegationen aus Brasilien, den Niederlanden, Deutschland, Italien und Kanada.⁸ Ihre Präsenz verlieh dem Forum internationale Resonanz – und verdeutlichte: Die Wasserfrage in Mesopotamien ist Teil einer globalen Krise. Delegierte aus Lateinamerika, wo einen Monat später im November die COP30 in Belém (Brasilien) stattfinden sollte, betonten die Bedeutung alternativer Foren, in denen Stimmen aus kolonisierten und marginalisierten Regionen Gehör finden. Diese Netzwerke traten nicht als Gäste auf, sondern als

8 Save the Tigris Foundation (2025): Press Release on 2nd Mesopotamia Water Forum.



Teilnehmer:innen des Forums

Wahrscheinlichkeit extremer Dürre-Ereignisse im Euphrat-Tigris Becken



Diese Grafik zeigt, wie sich die Wahrscheinlichkeit extremer Dürren im Einzugsgebiet von Euphrat (Firat) und Tigris (Dicle) durch den Klimawandel verändert. Während solche extremen Dürreereignisse vor dem menschengemachten Klimawandel statistisch nur etwa einmal in 250 Jahren auftraten, sind sie heute – bei rund 1,2 °C globaler Erwärmung – bereits etwa alle 10 Jahre zu erwarten. Bei einer zukünftigen Erwärmung von 2 °C steigt die Wahrscheinlichkeit weiter auf ungefähr einmal alle 5 Jahre. Die Darstellung basiert auf Klimamodellsimulationen (CMIP6/IPCC) und macht sichtbar, wie drastisch sich hydrologische Extremrisiken in der Region erhöhen.

In verschiedenen Klimaregionen Kurdistans können wir bereits beobachten, dass erhöhte Temperaturen und Extremereignisse häufiger auftreten. Angesichts dieser Klimavulnerabilität werden in allen Teilen Kurdistans präzisere Klimadaten sowie ein sensiblerer und nachhaltiger Umgang mit der Umwelt dringender denn je.

Mitgestalter:innen geteilter ökologischer Verantwortung. In gemeinsam organisierten Denkwerkstätten wurden Erfahrungen indigener Bewegungen, etwa aus dem Amazonas- oder Nilbecken, mit mesopotamischen Perspektiven verwoben – ein Experiment transnationaler Wissensproduktion jenseits diplomatischer Formate.

Alternative Foren und Klima-Diplomatie von unten

Während die globale Aufmerksamkeit sich auf COP30 richtet, wächst weltweit die Zahl alternativer Klima- und Umweltforen. Orte wie Amed werden zu Gegenräumen, in denen nicht Staaten, sondern Betroffene die Agenda bestimmen.⁹ Hier sprechen Bewohner:innen der Tigris-Dörfer, kurdische Fraueninitiativen, Umweltaktivist:innen aus Basra oder Mûsil (Mosul) – Menschen, deren Alltag vom Versiegen ihrer Flüsse geprägt ist. Gulistan Essa, Sekretärin der Hasakah Water Campaign, formulierte es klar:

»Water is the right of all peoples and all nations. But unfortunately, in Syria today, access to clean water has become almost impossible.«¹⁰ Sie schilderte, wie bewaffnete Gruppen Wasser-

stationen besetzen und Städte von der Versorgung abschneiden. Wasser als Mittel der Kontrolle und Vertreibung – eine Strategie, die Migration erzwingt und humanitäre Krisen verschärft. Essas Worte machten sichtbar: In Rojava ist Wasser längst eine Kriegswaffe – und der Kampf um Wasser zugleich ein Kampf um Selbstbestimmung und ökologische Gerechtigkeit.

In Regionen, in denen Staaten repressiv agieren oder Menschen – wie viele Kurd:innen – de facto staatenlos sind, werden solche Foren zu Orten dringend benötigter Klima-Diplomatie. Sie schaffen politische Sprache jenseits nationaler Institutionen und formulieren Forderungen, wo sie gehört werden können: in Netzwerken der Zivilgesellschaft und in globalen Bewegungen für Umweltgerechtigkeit.

In Silêmanî beim 1. Wasser Forum wie nun auch beim 2. Wasser Forum in Amed wurde es deutlich: lokale Bürger:innen brauchen mehr solcher Foren und Denkwerkstätten, um sich weiter zu vernetzen und gemeinsam demokratische Lösungswege lokal auszuhandeln.

Kooperation, Frieden und Ökologie

Trotz finanzieller Engpässe, bürokratischer Hürden und der politischen Lage in der Türkei gelang es den Organisator:innen – darunter die Mesopotamische Ökologiebewegung, die Hev-

⁹ UNFCCC Secretariat (2025): COP30 Preparatory Documents. Bonn.

¹⁰ ANF English (2025): Mercenaries cut off water as Syria's crisis deepens. Interview mit Gulistan Essa, 21. Oktober 2025. <https://english.anf-news.com/ecology/mercenaries-cut-off-water-as-syria-s-crisis-deepens-81843>



Foto: Delil Souleyman / Rojava

sel Protection Initiative, Save the Tigris, die Civic Space Studies Association und mehrere lokale Umweltvereine – die Organisation des Forums erfolgreich durchzuführen.

Monatelang bereiteten Aktivist:innen, Wissenschaftler:innen und Freiwillige das Treffen vor. Die Entscheidung, es trotz zahlreicher paralleler Veranstaltungen nicht zu verschieben, war bewusst politisch: In einer Zeit, in der in der Türkei erneut Friedensgespräche geführt werden, wollten die ökologisch Engagierten die Themen Klima und Wasserkrise präsent halten.

Sie erinnerten daran, dass Friedensverhandlungen häufig auf Machtfragen reduziert werden, während ökologische Aspekte – Waldbrände, Landraub, der Verlust von Lebensräumen – ausgeblendet bleiben.

Bişar İçli, Umweltpädagoge und Gründer eines agrarökologischen Bildungsdorfs in Amed, formulierte es so:

»In der Praxis bedeutet Frieden, den Schutz der Natur und die Ökologie in den Kern des gesellschaftlichen Wiederaufbaus einzubringen.« Frieden, so das Forum, muss auch ökologisch gedacht werden – und der Frieden in Mesopotamien kann nur durch die Wiederherstellung der Flüsse gelingen.

Anthropozän und öko-feministische Perspektiven

Ein eindrucksvoller Teil des Forums fand im Foyer der Veranstaltungsräume statt: die Ausstellung Anthropozän, die anthropologische und künstlerische Perspektiven verband. Foto-

grafien, Videoarbeiten und Installationen zeigten die Spuren menschlicher Eingriffe in den Dörfern des Tigrisbeckens.

Besonders viel Aufmerksamkeit zog das kollektive Video »Ceq-Ceq« auf sich – eine Zusammenarbeit der Jineoloji- und Ökologie-Fakultät der Universität Qamişlo, von Berivan Omar und Ş. Güven.¹¹ Es dokumentiert den Fluss Ceq-Ceq, der in Nisêbîn entspringt, die türkisch-syrische Grenze überquert und in Qamişlo ankommt – dort jedoch stark verschmutzt. Während der Dürreperioden trocknet der Fluss stellenweise aus und hinterlässt stehende, faulig riechende Becken: ein Sinnbild politischer Ohnmacht gegenüber ökologischer Realität.

Diese Interventionen in den Zwischenräumen brachten eine mikropolitische und öko-feministische Ebene in die Debatte: Wasser wurde als alltäglicher, körperlicher und geschlechtsspezifischer Erfahrungsraum sichtbar. Frauen, die oft zuerst von Wasserknappheit, landwirtschaftlichen Verlusten und Migration betroffen sind, wurden zugleich als Akteurinnen ökologischer Resilienz erfahrbar.

Ökozid, Recht und Verantwortung

Zentraler Bestandteil der Diskussionen war auch die juristische Dimension ökologischer Gewalt. Die Anerkennung von Ökozid als internationales Verbrechen gewinnt weltweit an

¹¹ Ceq-Ceq (2025): Kollektivvideo von Platforma Jin a Ekolojiê; Rojava University Institute for Ecology; Berivan Omar; Şermin Güven. <https://youtu.be/FtucEoZpK6k>

Gewicht.¹² Für Mesopotamien wäre eine solche Anerkennung wegweisend: Wenn gezielte Flussumleitungen, Verursachung von Dürren oder massive Umweltzerstörung als Verbrechen gegen den Frieden galten, könnten Staaten und Unternehmen künftig rechtlich belangt werden. Damit entstünde eine neue Grundlage für kollektive Verantwortung – und für die juristische Verfolgung von Umweltverbrechen im Euphrat-Tigris-System.

Doch jenseits juristischer Verfahren geht es auch um eine kulturelle Mobilisierung: um die Anerkennung von Flüssen als Rechtssubjekte, um Lebensraumschutz und um die Stärkung der Stimmen der direkt Betroffenen. Ohne die Anerkennung des Ökozids bleiben viele lokale Kämpfe ohne Konsequenzen.

Geopolitische Achsen: Wasser als Macht

Das Euphrat-Tigris-Becken zählt zu den geopolitisch sensibelsten Regionen der Welt.

Die Türkei kontrolliert über 90 Prozent des Euphrat- und rund 50 Prozent des Tigris-Wasserflusses.¹³ Mit Großprojekten wie dem Südostanatolien-Projekt (GAP) stärkt Ankara nicht nur seine wirtschaftliche, sondern auch politische Kontrolle über Syrien und den Irak.

Wasser wird hier zur »weichen Waffe« – eingesetzt, um Abhängigkeiten zu schaffen und politische Loyalitäten zu erzwingen. Das Forum in Amed stellte dieser Logik eine andere Form von Macht entgegen: die Macht geteilter Verantwortung, Kooperation und Solidarität.

Das Netzwerk TEV-EKO – ein Zusammenschluss ökologischer Initiativen aus der kurdisch-europäischen Diaspora – wertet solche Foren als entscheidend für die Zukunft von Flüssen, Wäldern und Böden.¹⁴ In einer Region, in der Staaten das Wasser militarisieren, entwirft Amed als historisch relevanter Ort, direkt mitten im Flusssystem vom Euphrat-Tigris eine dekoloniale Wasserpolitik, die auf Selbstverwaltung und transnationale Zusammenarbeit setzt.

Fazit: Wasser als Sprache des bedarf weiterer lokaler Mobilisation. Das Wasserforum von Amed war mehr als eine Konferenz. Es war ein Zeichen kollektiver Selbstermächtigung – ein Schritt hin zu einer dezentralen, zivilgesellschaftlichen Wasser-Diplomatie.

»Zeugnisse aus Rojava und Irak machten deutlich, wie Menschen zur Migration gezwungen wurden, nachdem Wasserquellen beschlagnahmt oder ausgetrocknet waren. Gleichzeitig zeigten ökofeministische Perspektiven, wie Frauen die Hauptlast ökologischer Zerstörung tragen – und dennoch im Zentrum gemeinschaftlicher Resilienz und Selbstorganisation stehen. Internationale Unterstützer:innen lobten die wachsende Beteiligung lokaler Gemeinschaften im Vergleich zur ersten Ausgabe [...] und ermutigten dazu, diesen Prozess der Inklusion fortzusetzen, um bei künftigen Ausgaben eine noch stärkere Beteiligung zu erreichen.«¹⁵

In einer Zeit, in der Dürre, Krieg, Klimakollaps und ökologische Gewalt zunehmen, werden solche Foren zu Wegweiser: Sie schaffen politische Sprache, wo staatliche Diplomatie schweigt, und fordern Recht, wo bisher nur Ohnmacht herrschte. Wasser ist kein nationales Eigentum¹⁶, keine Ressource, die kontrolliert oder verkauft werden darf. Wasser ist Leben, Geschichte und Zukunft – und in Mesopotamien vielleicht der letzte Ort, an dem sich zeigen wird, ob Zusammenarbeit stärker sein kann als Kontrolle.



15 Bellini, Flippo, Delegationsmitglied des italienischen Wasserforums und Mitglied im internationalen Netzwerk »People Affected by Dams« (MAR).

16 <https://www.ispionline.it/en/publication/beyond-water-nationalism-towards-mesopotamian-ecological-identity-25177>

Literaturtipps

- Akpınar, Ayşegül (2019): »Turkey's Water Diplomacy in the Euphrates-Tigris Basin.« Middle East Policy Journal.
- Amargi Collective (2025): »Crisis, Justice and Shared Governance.« The Amargi Journal (Oktober 2025).
- Güven, Şermin. 2023. Hydro-Hegemony, Ecocide and Climate Change – Local Responses to Multi-layered Crises in North East Syria. EUTCC Report.
- Hasso, Frances S. (2018): »Resistance, Reconstruction, and Gender Politics in Rojava.« Middle East Journal of Culture and Communication, 11(3), 302–321.
- Klein, Naomi (2014): This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate. New York: Simon & Schuster.
- Knapp, Michael; Flach, Anja; Ayboga, Ercan (2016): Revolution in Rojava. Demokratische Autonomie und Frauenbefreiung in der syrischen Kurdenregion. Hamburg: VSA Verlag.
- Shiva, Vandana (2002): Water Wars: Privatization, Pollution and Profit. Boston: South End Press.
- Tsing, Anna (2015): The Mushroom at the End of the World: On the Possibility of Life in Capitalist Ruins. Princeton: Princeton University Press.
- Turhan, Ethemcan (2024): Ecological Politics in Kurdistan. London: Pluto Press.
- Üstün, Beyza (2021): Water and Ecology in Mesopotamia. Mesopotamia Ecology Movement Publications.
- White, Gregory (2011): Climate Change and the Arab Spring: Environmental Stress, Migration, and Conflict in the Middle East. Cambridge, MA: MIT Press.
- Zawahri, Neda A. (2010): »The Peaceful Resolution of International River Disputes.« Journal of Peace Research, 47(3).

12 Stop Ecocide International (2024): Proposal for the Inclusion of Ecocide in the Rome Statute of the International Criminal Court. London.

13 Turkish State Hydraulic Works (DSİ) (2023): GAP Overview Report. Ankara.

14 TEV-EKO ist ein basisorientiertes Netzwerk, das ökologische Fragen aus einer feministischen und gemeinschaftlichen Perspektive behandelt und Beobachtungen von Umwelterstörungen durch Kriege in Kurdistan in den Fokus nimmt. Das Netzwerk ist seit 2024 aktiv.

Politische, soziale, humanitäre und ökologische Krisen und systematische Menschenrechtsverletzungen im Iran und in Rojhilat (Ostkurdistan)

Iran und Ostkurdistan am Scheideweg

Von Zegrus Enderyarî, kurdischer Aktivist aus Ostkurdistan

Im Iran und insbesondere in Ostkurdistan haben das zentralistische Regierungssystem, die Menschenrechtskrise und die ökologischen Herausforderungen einen kritischen Punkt erreicht. Es ist nicht mehr möglich, der massiven Welle willkürlicher Verhaftungen von Bürgerrechtlern, Frauen, Umweltschützern und ethnischen Minderheiten gleichgültig gegenüberzustehen. Die Namen Zeynab Jalalian, Sharifeh Mohammadi, Verisheh Moradi und Pakhshan Azizi¹ sind zu Symbolen struktureller Unterdrückung geworden. Die Lage der inhaftierten politischen Gefangenen zeigt, dass Menschenrechte zu bloßer Rhetorik verkommen sind und die Justiz zu einem Werkzeug der Unterwerfung, fern von Rechtsstaatlichkeit geworden ist.

Neue Beweise für die Unterdrückung in Ost-Kurdistan (Rojhilat) im Zeitraum Oktober-November 2025

Menschenrechtsbeobachter und regionale Netzwerke dokumentieren weiterhin Verhaftungswellen und gezielte Aktionen in kurdischen Städten. Die monatlich dokumentierten Beobachtungen durch lokale Menschenrechtsnetzwerke dokumentieren anhaltende Vorfälle von Inhaftierungen, Vorladungen und juristischem Druck in Städten wie Mahabad, Bukan, Kamyaran, Sanandaj und Piranshahr.

Sozialer Widerstand: Streiks der Lehrer und Lkw-Fahrer

Eine der folgenreichsten Entwicklungen des Jahres 2025 war die Ausweitung des Widerstands in der Industrie und im öffentlichen Sektor auf den breiten politischen Raum. Der landesweite Streik der Lkw-Fahrer im späten Frühjahr 2025 hat gezeigt, wie wirtschaftliche Missstände in wirksame direkte Aktionen mit Auswirkungen auf Lieferketten und Logistik umgesetzt werden können. Die Resonanz auf diese Bewegung hielt das ganze Jahr an. Prominente Dissidenten und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft bekundeten ihre Unterstützung und verstärkten so die öffentliche Wahrnehmung des Streiks.

In den letzten Monaten haben Lehrer:innen in mehreren Provinzen, vor allem in Rojhilat, trotz Repression ihre Organisierungsbemühungen intensiviert: Unabhängige Lehrer:innen-gewerkschaften berichteten von Entlassungen, Verhaftungen und gerichtlicher Schikane gegen Pädagog:innen, die sich an Gewerkschaftsaktivitäten und Protesten beteiligt hatten, um bessere Gehälter, Arbeitsbedingungen und Reformen im Bildungssektor zu fordern. Diese Mobilisierungen haben die Solidarität zwischen den verschiedenen Bewegungen und Akteuren gestärkt.

Darüber hinaus haben sich Umweltschützer in Kurdistan vor Ort gegen Misswirtschaft im Bereich Wasser und Bergbau sowie gegen Verunreinigungen durch die Industrie organisiert und Öffentlichkeit hergestellt. Wie empfindlich der Staat auf diese Basisorganisationen reagiert zeigen die Verhaftungen von Umweltaktivist:innen.

Wirtschaftlicher Druck und Marginalisierung

Die Lebensbedingungen für die Bevölkerung verschlechtern sich zunehmend. Die galoppierende Inflation, die steigenden Preise für lebenswichtige Güter und die zunehmende Einkommensungleichheit haben die wirtschaftliche Kluft in den Randregionen vertieft. Diese wirtschaftliche Not geht einher mit einem Mangel an Arbeitsplätzen und einer chronischen Unterentwicklung in Rojhilat (Ostkurdistan). Institutionen, die eigentlich die Entwicklung fördern sollten, beschränken sich auf Symbolpolitik wie z. B. Provinzbesuche des Präsidenten und hochrangiger Beamter. Sie werden oft von einem Medienspektakel begleitet und angekündigte Projekte bleiben unvollendet und/oder oberflächlich.

Umweltkrise und strukturelle Abhängigkeit

Die Umweltkrise, insbesondere in Ostkurdistan, hat eine weniger sichtbare, aber dennoch zutiefst alarmierende Form angenommen: Erschöpfte Wasserressourcen, unvollendete Staudämme, Bodenerosion, industrielle Verschmutzung und Migration aufgrund von Umweltzerstörung zeugen von einem System, in dem nachhaltige Entwicklung zugunsten kurzfris-

¹ Politische Gefangene im Iran



Anfang 2025 kamen Vertreter:innen von einem Großteil der Parteien Rohhilats im KNK-Büro in Brüssel zusammen und bildeten eine Kommission für die Einheit aller Parteien und Organisationen Rohhilats. Foto: ANF

tiger Ziele geopfert wurde. Wenn lokale Infrastrukturen nicht ausreichend finanziert sind und die Entscheidungsfindung zentralisiert bleibt, geraten die Provinzen in einen Kreislauf aus Abhängigkeit und Rückständigkeit.

Diese dreifache Krise – Unterdrückung der Menschenrechte, wirtschaftliche Instabilität und ökologischer Kollaps – ist zu einem Dilemma geworden, das nur durch strukturelle Reformen, echte Dezentralisierung, Stärkung der Zivilgesellschaft und eine auf schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Politik gelöst werden kann. Ohne einen solchen Wandel wird Ostkurdistan kein Vorbild für Fortschritt sein, sondern ein Symbol für strukturelle Ungleichheit und gebrochene Versprechen.

Zentralisierte Machtstruktur

Die Islamische Republik Iran basiert auf einem vielschichtigen Zentralismus, in dem sicherheitspolitische und militärische Institutionen (wie das Geheimdienstministerium, die IRGC² und ihre lokalen Ableger) einen erheblichen Einfluss auf die Innen- und Regionalpolitik ausüben. Die Entscheidungsfindung findet in der Hauptstadt statt, während undurchsichtige Machtstrukturen den Raum für eine sinnvolle politische Beteiligung einschränken. Dieser Zentralismus spiegelt sich deutlich in sym-

bolischen Besuchen des Präsidenten in den Provinzen wieder, die der Demonstration von Autorität dienen.

Legitimitätskrise und Reaktion des Staates

Die Ereignisse der letzten Jahre – vom Tod von Jina (Mahsa) Amini, der den Aufstand »Jin, Jiyan, Azadi« (Frau, Leben, Freiheit) auslöste, bis hin zu regionalen Spannungen und dem zwölfjährigen Krieg mit Israel – haben die Kluft zwischen großen Teilen der Gesellschaft und den herrschenden Institutionen vergrößert. Die Reaktion der Regierung auf diese Legitimitätskrise beschränkte sich auf eine verstärkte Präsenz der Sicherheitskräfte und der Justiz. Das setzte eine Wechselwirkung aus sinkendem Vertrauen der Öffentlichkeit und zunehmender Unterdrückung in Gang.

Außenpolitik und regionale Auswirkungen

Nach den jüngsten militärischen Eskalationen befindet sich die Außenpolitik des Iran in einer Phase der Neudefinition. Einerseits wird der Wiederaufbau der Raketen- und Verteidigungskapazitäten priorisiert, andererseits gibt es begrenzte Versuche, die Verteidigungsstrategie mit regionaler Diplomatie zu verbinden. Der übergeordnete Trend zeigt jedoch eine Politik der inneren Unterdrückung und der außenpolitischen militärischen Machtdemonstration.

2 Iranische Revolutionsgarden

Menschenrechtslage

Im Jahr 2025 hat die Zahl der Hinrichtungen im Iran stark zugenommen, ebenso die Missachtung der Standards für faire Gerichtsverfahren. Die weit verbreitete Anwendung der Todesstrafe in politisch brisanten Fällen wirft ernsthafte rechtliche und ethische Bedenken auf. Systematische oder politisch motivierte Hinrichtungen sind zu Instrumenten staatlicher Einschüchterung geworden, von denen ethnische und religiöse Minderheiten wie Kurden und Bahá'ís unverhältnismäßig stark betroffen sind.

Willkürliche Inhaftierungen und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung

Der Staat hat eine umfassende Kampagne willkürlicher Verhaftungen gegen zivile Aktivist:innen, Journalist:innen und Kritiker:innen durchgeführt, wobei die Strafen oft auch auf Familienangehörige ausgedehnt wurden. Praktiken wie langwierige Inhaftierungen ohne Zugang zu Anwält:innen, Schnellverfahren und erzwungene Geständnisse verdeutlichen die systematische Verletzung der Normen für faire Gerichtsverfahren. Digitale Überwachungssysteme, Drohnen und Apps für Denunziationen haben die alltägliche Kontrolle insbesondere über Frauen und Aktivist:innen verschärft.

Minderheitenrechte und die Kurdenfrage

Ethnische und sprachliche Minderheiten, insbesondere Kurd:innen, sind weiterhin struktureller Diskriminierung und gezielter Unterdrückung ausgesetzt. Weit verbreitete Sicherheitsrazzien, Beschlagnahmungen von Eigentum und erzwungene Geständnisse deuten auf ein tief verwurzelttes Muster von Missbrauch hin. In Verbindung mit chronischer Unterentwicklung und wirtschaftlicher Marginalisierung vertiefen diese Maßnahmen das Misstrauen zwischen den lokalen Gemeinschaften und der Zentralregierung.

Frauenrechte und Geschlechterpolitik

Geschlechtsspezifische Kontrollmaßnahmen wie die obligatorische Durchsetzung des Hijab, die Bestrafung öffentlich geäußerter kritischer Meinungen und die Überwachung von Aktivistinnen stellen eine erhebliche Einschränkung der Autonomie von Frauen dar. Häusliche Gewalt, sogenannte »Ehrenmorde« und begrenzter Rechtsschutz gefährden weiterhin das Leben von Frauen. Die Fälle von weiblichen Gefangenen wie Zeynab Jalalian und Sharifeh Mohammadi sind beispielhaft für die allgemeine Unterdrückung der Frauenrechte im Iran.

Haftbedingungen

Massenverhaftungen und überfüllte Gefängnisse haben zu humanitären Krisen in den Haftanstalten geführt. Todesfälle aufgrund medizinischer Vernachlässigung, Verweigerung von Besuchen, Hungerstreiks und systematische Misshandlungen spiegeln die weit verbreiteten Verletzungen der Rechte von Gefangenen wider.

Zivilgesellschaft und Medienraum

Unabhängige NGOs und Medienunternehmen sind mit beispiellosen Einschränkungen konfrontiert. Dazu zählen inhaltliche Überwachung, strafrechtliche Verfolgung, Beschlagnahmung von Vermögenswerten und Schikanen durch die Sicherheitskräfte. Social Media-Kanäle sind zu alternativen Plattformen für Meinungsäußerungen geworden, doch neue Vorschriften und Überwachungsmaßnahmen haben ihre Wirksamkeit stark eingeschränkt. Das Ergebnis ist ein schrumpfender zivilgesellschaftlicher Raum, der die Kluft zwischen Gesellschaft und Staat vertieft und den Dialog und die Versöhnung untergräbt.

Politische Ökonomie und Lebensunterhalt

Steigende Inflation, sinkende Kaufkraft und steigende Preise für Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Geflügel und Milchprodukte haben die Haushalte enorm belastet. Die Instabilität der Währung, die Abschaffung subventionierter Wechselkurse und Misswirtschaft im Agrarsektor haben die Krise der Lebenshaltungskosten verschärft. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter gebildeten Jugendlichen und in marginalisierten Provinzen, ist nach wie vor hoch. Das Fehlen einer transparenten Wirtschaftsplanung und die mangelnde lokale Eigenverantwortung haben Regionen wie Rojhilat anfälliger für Armut und Abwanderung gemacht.

Militarisierung und regionale Sicherheit

Nachkriegsanalysen deuten darauf hin, dass der Iran sein Raketenarsenal erneut aufbaut und Berichten zufolge Feststoffkomponenten importiert. Diese Bemühungen, verbunden mit erneuten internationalen Sanktionen und finanziellen Belastungen, erhöhen das Risiko einer weiteren Eskalation. Die zunehmende Militarisierung lenkt nationale Ressourcen weg von den Bedürfnissen der Menschen hin zur Rüstungsproduktion. Die Wahrscheinlichkeit einer weiteren regionalen Konfrontation steigt.

Umweltkrise

Der Iran ist mit mehreren Umweltkatastrophen konfrontiert: rückläufige Niederschläge, Misswirtschaft bei den Wasserressourcen, Austrocknung von Flüssen und Seen, Bodenerosion, industrielle Verschmutzung und katastrophale Unfälle in Lagerstätten von Chemikalien. Diese Krisen verschärfen die Risiken für die öffentliche Gesundheit, lösen Binnenmigration aus und untergraben die Lebensgrundlagen in ländlichen Gebieten. In Ostkurdistan bedrohen der eingeschränkte Zugang zu Trink- und Bewässerungswasser, Bodensenkungen und nicht nachhaltige Förderpraktiken von Bodenschätzen die Ökosysteme und damit auch das Überleben der Menschen.

Zentralisierung der Regierungsführung und Entwicklungsgefälle

Die Dominanz Teherans bei finanziellen und administrativen Entscheidungen hat dazu geführt, dass die Institutionen in den Provinzen schwach und unterfinanziert sind. Symbolische Einweihungen und Top-down-Planung sorgen für politische Publicity, tragen aber nicht zum Aufbau echter Kapazitäten auf lokaler Ebene bei. Das Ergebnis ist ein ungleichmäßiges Entwicklungsmuster, das zu Frustration und Marginalisierung in Grenz- und Minderheitenregionen führt.

Szenarien und Aussichten

1) Eskalation und Verfestigung

Das erste Szenario geht davon aus, dass sich die aktuellen Entwicklungen fortsetzen. Das könnte Zyklen lokaler Aufstände auslösen, die der Staat mit zunehmender Gewalt unterdrücken würde. In Kurdistan dürften wiederholte Verhaftungen von Aktivist:innen und Repression die Entfremdung vertiefen und möglicherweise zu Widerstand im Untergrund führen. Auf regionaler Ebene würde die anhaltende Militarisierung das Risiko einer externen Konfrontation und weiter steigende Militärausgaben auf Kosten der Bevölkerung die gesellschaftliche Unzufriedenheit verstärken.

2) Fragmentierung – Fragile Eindämmung

Ein zweites Szenario geht von zeitweiligen Zugeständnissen des Staates wie z.B. gezielten Hilfsmaßnahmen, begrenzten Lohnerhöhungen, eingeschränkter Strafverfolgung in Verbindung mit einer anhaltenden Unterdrückung politischer Stimmen aus. Dies würde zu einer prekären Stabilität führen. Streiks und Proteste würden episodisch fortgesetzt, aber es käme nicht zu einer einheitlichen nationalen Bewegung. Lokale Verhandlungen (z. B. Vereinbarungen mit Lkw-



Immer wieder gehen Menschen in Solidarität mit den Protestierenden im Iran und in Rojhilat weltweit auf die Straße, wie hier 2025 in Amed (tr. Diyarbakır). Foto: ANF

Fahrer:innengewerkschaften oder Lehrer:innengewerkschaften) könnten den unmittelbaren Druck mindern ohne strukturelle Probleme zu lösen.

3) Transformative Öffnung

Dieses Szenario geht davon aus, dass sich nachhaltige umfassende Allianzen zwischen den verschiedenen Widerstands- und Protestgruppen bilden. Lkw-Fahrer, Lehrer:innen, Krankenschwestern, Student:innen, lokale Umweltbewegungen und Aktivist:innen ethnischer Minderheiten würden sich auf gemeinsame politische und wirtschaftliche Forderungen einigen und Arbeitsniederlegungen nutzen, um ihre Verhandlungsmacht zu stärken. Gemeinsam mit internationalem politischen und wirtschaftlichem Druck würde der Staat zu Veränderungen im Sinn der oben erwähnten Notwendigkeiten gezwungen.

Fazit

Der Iran und Ostkurdistan stehen am Scheideweg mehrerer Krisen – politische Zentralisierung, systematische Menschenrechtsverletzungen, wirtschaftliche Ungleichheit und Umweltzerstörung. Die Schwächsten – Frauen, Minderheiten und Arme – tragen die schwerste Last. Ohne strukturelle Reformen, echte Dezentralisierung und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit bleibt die Zukunft des Landes ungewiss.



Israels Syrienpolitik im Kontext von Hegemonie und Zivilisationskrise

Machtpolitik statt regionale Stabilität

Sinan Cudî, Journalist und Dokumentarfilmer

Der Mittlere Osten ist ein Krisenherd, dessen politische Landkarte seit über einem Jahrhundert immer wieder neu gezeichnet wird. Keine neue Grenzziehung verbessert die vorhergehende; vielmehr fordert jede immer neuen Blutzzoll. So geschieht die geopolitische Neugestaltung des Mittleren Ostens nicht nur durch Veränderungen von Grenzen und Regimen, sondern sie beinhaltet eine vielschichtigere Veränderung, die auch die Zukunft des Zivilisationsparadigmas betrifft.

Der Krieg in Syrien ist als Teil dieser Kontinuität zu einem Konflikt der Geisteshaltungen geworden. Die Politik Israels in Syrien ist dabei eine der sichtbarsten Erscheinungen dieses Konflikts der Haltungen. Es wäre unzureichend, die Syrienpolitik Israels nur im Kontext von »Sicherheit« oder als »Gegengewicht zum Iran« zu deuten. Es geht eher um die Konsolidierung des nationalstaatlichen Sicherheitsparadigmas im Mittleren Osten. Um seine Existenz zu sichern, institutionalisiert Israel die »permanente Sicherheit«.

Der Kern der etatistischen Zivilisationsgeschichte liegt in der Dialektik von »Krieg und Sicherheit«. Sicherheit dient hier nicht dem Schutz der Gesellschaft, sondern der Reproduktion von Macht. Bei der israelischen Syrienpolitik handelt es sich um eine aktualisierte Version eben dieser Form von Macht. Jegliche Politik Israels und seines strategischen Verbündeten USA sollten als Streben nach Hegemonie inmitten der Krise des modernen Nationalstaatssystems gelesen werden. Dieses Streben nach Hegemonie steht im Zentrum der regionalen Architektur des Bündnisses zwischen den USA und Israel. Dagegen entwickeln sich jedoch die neuen Formen der Subjektivierung der demokratischen Moderne.

Die israelische Sicherheits- und Hegemoniedoktrin in Syrien

Israel hat die Syrienkrise nach 2011 für seine »nationale Sicherheit« sowohl als Gefahr als auch als Möglichkeit bewertet

und vorausgesehen, dass eine »strategische Lücke« entstehen werde. Die Ansiedelung der iranischen Revolutionsgarde und der libanesischen Hisbollah in Syrien wurden zu Israels »roter Linie«. Die Schwächung des Regimes in Damaskus hat für Tel Aviv sowohl Risiken als auch Möglichkeiten einer Neupositionierung mit sich gebracht. Israel wollte den Untergang der »regionalen Ordnung« für die Neugestaltung seiner eigenen Sicherheitsarchitektur nutzen.

Primäres Ziel ist es gewesen, zu verhindern, dass die »Achse des Widerstands« in Syrien eine dauerhafte Militärstruktur einrichtet. Hunderte Luftangriffe der israelischen Luftwaffe auf syrischem Boden sind praktischer Ausdruck dieser Doktrin. Diese Luftangriffe wurden meist als »präventive Verteidigung« legitimiert. Dabei handelte es sich bei diesen Angriffen eigentlich um eine militärische Antwort auf die Herrschaftskrise – typischer Ausdruck der aktuellen Haltung, die die Existenz des Staates mit Sicherheit gleichsetzt.

Dabei ging es nicht nur um Sicherheit. Die faktische Annexion der Golanhöhen durch Israel 1981 wurde 2019 durch die US-Regierung unter Trump anerkannt, was einen Wendepunkt darstellt, der den geopolitischen Zielen Israels im Norden Legitimität schenkte. Israel sieht die Golanhöhen heute sowohl als »Verteidigungslinie« als auch als Hauptkomponente des geökonomischen Korridors, der sich von Jordanien bis zum Libanon erstreckt. Hier geht es darum, durch die Bildung von »Pufferzonen« Nutzen aus der zerteilten Struktur Syriens zu ziehen und zukünftige regionale Energiegewe zu kontrollieren.

In diesem Kontext lehnt Israel die Militärpräsenz der Türkei im Norden Syriens nicht offen ab und sieht diese sogar indirekt als gleichgewichtstiftenden Faktor an. Beide Staaten teilen denselben strategischen Reflex gegen die autonome politische Existenz der Kurd:innen – wenn auch aus unterschiedlichen ideologischen Positionen heraus.

Letztendlich existiert der Staat durch Krieg, obwohl seine Sicherheit nur durch Frieden gewährleistet werden kann. Das Verhältnis des Staates zur Kriegs- und Sicherheitspolitik deutet auf solch eine strukturelle Abhängigkeit hin. Auch bei der Syrien-Strategie Israels handelt es sich um eine Reproduktion

dieser Abhängigkeit. Denn die Konstruktion einer »ständigen Bedrohung« in der Wahrnehmung sperrt die Gesellschaft in Israel in einen Sicherheitsdiskurs ein, unterdrückt demokratische Forderungen und platziert den Militarismus ins Zentrum des Sozialgefüges. Insofern handelt es sich bei dieser Politik auch um einen Ausdruck der inneren Krise.

So kann die Sichtweise Israels auf Syrien auch als Spiegelbild seiner eigenen inneren Zerbrechlichkeit gedeutet werden. Israel ist weder imperiale Macht noch lediglich ein defensiver Staat. Er versucht, durch Verewigung des Bedrohungsszenarios als hinterhältigste Form der Sicherheitsphilosophie der kapitalistischen Moderne, seine eigene Macht dauerhaft zu sichern.

Kampf um Einfluss im Dreieck Golan-Syrien-Libanon

Das Gebiet Syrien-Libanon-Golan stellt heute eines der spannungsreichsten Dreiecke im Mittleren Osten dar. Die Golanhöhen sind zu einem geopolitischen Nervenende geworden, welches den Puls der Kräftebalance im schiitisch-sunnitischen Machtkampf fühlt. Aus der Sicht Israels ist dieses Dreieck die Begründung für die Bildung einer »Sicherheitspufferzone«.

Die libanesische Hisbollah hatte 2013 zunächst mit der Mission, das Assad-Regime zu unterstützen, das Feld betreten und sich aktiv am Krieg in Syrien beteiligt. Mit der Zeit hat sie im Dreieck zwischen Syrien, Libanon und Golan eine dauerhafte Militärpräsenz aufgebaut. Diese Ermächtigung stellte zugleich ein konkretes Standbein der Strategie des »Schiitischen Halbmondes« Irans dar. Für Israel hingegen stellte diese Präsenz eine direkte Bedrohung dar. Die israelischen Angriffe auf die Gegenden um Suwaida, Damaskus und Dara in den letzten Jahren zielten nicht nur auf iranische Elemente, sondern auch auf die logistischen Routen der Hisbollah.

Jedoch hat diese militärische Konzentration indirekt Einfluss auf die Sicherheit der demokratischen Kräfte und vor allem der Autonomieverwaltung von Nord- und Ostsyrien. Denn jede neue Spannung in der Region verstärkt das Risiko, dass die regionalen Kräfte die Autonomieerfahrungen der Kurd:innen in eine »Handelsmasse« umwandeln.

Denn keine der Seiten hat den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft als Ziel; jede von ihnen handelt entsprechend ihrer »Staatsräson«. Diese Staatsmentalität nährt sich im Staatssystem des Iran wie in demjenigen Israels und Libanons aus

derselben Wurzel: Hierarchien, Patriarchat, zentralisierte Autorität und eine Ideologie, die Land als Eigentum betrachtet.

Den Kräften, die sich in dem genannten Dreieck bekämpfen, ist gemeinsam, dass sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht akzeptieren. Volksgruppen unterschiedlicher Identität wie Kurd:innen, Drus:innen, Araber:innen, Palästinenser:innen, Armenier:innen sind die wahren Akteur:innen, die den Preis dieses zwischenstaatlichen Konflikts zahlen. In dieser Gegend gedeiht das Wort der demokratischen Zivilisation wiederum im alltäglichen Widerstand dieser Menschen.

Türkei - Israel: Freund oder Feind?

Das Verhältnis zwischen Israel und der Türkei auf syrischem Boden hat weder den Charakter eines echten Bündnisses noch ist es offene Feindschaft. Beide Kräfte haben sich zwar in die US-Architektur der Region eingegliedert, jedoch haben sie ihre Nationalinteressen, die sich überlappen, auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck gebracht.

Während Ankara im Norden Syriens mit der sogenannten »sicheren Zone« faktisch eine Besatzung installiert hat, setzt Israel im Süden des Landes – auf der Linie Golan, Quneitra, Damaskus – eine »Strategie der tiefen Verteidigung« gegen Iran um.

Dabei gibt es drei mögliche Konfliktpunkte zwischen den beiden Akteuren:

Der Faktor Iran: Auch wenn die Türkei von Zeit zu Zeit in Konkurrenz zu Teheran tritt, ist sie dem Iran nicht durchgehend feindlich gesonnen. Für Israel jedoch stellt der Iran eine existentielle Bedrohung dar (jedenfalls wird es so propagiert). Dieser Unterschied erschwert eine Koexistenz der Positionen in Syrien.

Die kurdische Frage: Die Türkei sieht die kurdische Autonomie in Nordsyrien als Bedrohung für ihre »nationale Integrität« an. Langfristig betrachtet, bewahrt Israel Kanäle des begrenzten Kontakts zu den Kurd:innen als strategisches »Element des Gleichgewichts«. Ohne Einwilligung der USA verstärkt Israel diese Linie jedoch nicht.

Mediterrane Energiewege: Zwischen der Türkei und Israel besteht nach wie vor eine potentielle Konkurrenz in Bezug auf das Seerecht und Energiewege. Das kann zu indirekten Spannungen bei zukünftigen Energieprojekten an der syrischen Küste führen.

Oberflächlich betrachtet sieht es aus, als würden die Türkei und Israel in Syrien widerstreitende Positionen einnehmen. Während sich die Türkei auf Gruppen der Muslimbruderschaft und ihren eigenen Einflussbereich stützt, versucht Israel, ein Gleichgewicht gegen den Iran aufzubauen. Aber wenn wir uns die innere Struktur ansehen, erkennen wir, dass die Grundlage beider Kräfte Produkt desselben Paradigmas ist: der nationalstaatlichen Moderne.

Diese Mentalität eignet sich das Verständnis des »Teile-Zerschlag-Herrsche« als ontologisches Prinzip an. Kurdische Versuche, ihre eigenen demokratischen Verwaltungssysteme aufzubauen, werden sowohl in Ankara als auch in Tel Aviv als »regionale Bedrohung« angesehen. Denn das Modell des demokratischen Konföderalismus hat das Potential, die geographischen und geistigen Grenzen des Nationalstaats zu überwinden.

Daher stellt die Konkurrenz zwischen ihnen eigentlich eine maskierte Partnerschaft in der Geisteshaltung dar. Beide Staaten festigen ihre eigene Existenz, indem sie den demokratischen Willen der Völker in der Region unterdrücken. Aus dieser Perspektive betrachtet ist die Wahrscheinlichkeit eines direkten Konflikts zwischen der Türkei und Israel in Syrien gering, jedoch besteht ein ständiger indirekter Interessenkonflikt. Denn beide Staaten nutzen den Begriff des »Machtgefüges« um ihre eigene geopolitische Architektur zu bauen. In diesem Sinne ist eine direkte militärische Konfrontation unwahrscheinlich, indirekte Stellvertreterkonflikte jedoch sehr wahrscheinlich.

Neue Etappe der USA-Israel-Hegemonie

Der Mittlere Osten befindet sich im Zentrum einer neuen geopolitischen Strategie, die in den vergangenen Jahren zunehmend offen von den USA und Israel koordiniert wird. Diese Strategie übertrifft die klassischen Balancen des Kalten Krieges, indem sie eine Neudefinition der regionalen Ordnung sowohl im Militärischen als auch Politischen erzielt. In einer Zeit, in der die globalen Prioritäten Washingtons gen Asien und den Pazifik gleiten, rückt der israelische Staat als regionaler Partner und Stellvertretermacht in den Vordergrund. Dabei schafft er eine Form hegemonialer Neustrukturierung, die den US-Diskurs um »Stabilität« und »Ordnung« mit seinen eigenen Sicherheitsinteressen verschmilzt.

Diese Neustrukturierung hat drei Standbeine: Integration militärischer Kräfte, die Neuordnung von Energie- und Wirt-

schaftskorridoren sowie die Aktualisierung politischer Legitimität von Begrifflichkeiten.

Erstens vertieft sich die Koordinierung zwischen den USA und Israel auf militärischer Ebene vor allem gegenüber dem Iran, Syrien und Libanon. Die Angriffskriege, die 2024 geführt wurden, die Integration von Raketenabwehrsystemen und Mechanismen des geheimdienstlichen Informationsaustauschs haben sich in eine dauerhafte gemeinsame Befehlsdoktrin verwandelt. Das bedeutet, dass ein möglicher umfassender Angriff gegen die libanesische Hisbollah nicht nur auf Beschluss Israels, sondern mit Einverständnis der USA geführt werden wird. Die zunehmenden Luftoperationen Israels im Süden Syriens stellen praktische Vorbereitungen für die Etablierung einer neuen »Pufferzone« für die Golanhöhen dar. Auch wenn die Begründung für solch eine Zone auf die Existenz von vom Iran unterstützte Kräfte gestützt wird, geht es zugleich auch darum, die neue Sunnitisch-islamische zentrale Kontrolle der Regierung in Damaskus zu schwächen.

Zweitens hat die Achse USA-Israel in Bezug auf Energie- und Handelswege das Ziel, einen vielseitigen Korridor zu errichten, der beim Gastransfer vom Mittelmeer nach Europa die Türkei und die arabischen Länder weder ausgrenzt, noch von ihnen abhängig ist. Die Diskussionen über die EastMed-Pipeline, deren Planung Israel mit Zypern und Griechenland unterzeichnet hat, sind Anzeichen solch einer neuen Energie-Diplomatie. Die mit Golfstaaten geschlossenen Verteidigungs- und Technologieabkommen weisen auf eine regionale Sicherheitsarchitektur, die über die

Abraham-Abkommen hinausgeht. Diese Struktur wird von ihrer Funktionalität her als NATO des Mittleren Ostens gedacht. Auch wenn einige arabische Länder, wie Saudi-Arabien, nach dem Angriff Israels auf Katar mit ihren anti-israelischen Erklärungen den Schein erweckt haben, nicht Teil dieser Zielsetzung zu sein, so ist längerfristig kein Hindernis für die Umsetzung dieses Ziels zu erkennen.

Drittens definieren die USA und Israel über den politisch legitimen Begriff der »regionalen Stabilität« eine autoritäre Stabilität. Das bedeutet, dass Transformationsphasen, die sich auf den Volkswillen stützen, mit den Stichworten »Terror«, »Chaos« oder »Unregierbarkeit« verunglimpft werden. Eines der Hauptziele dieser Strategie ist die Paralyse von demokratischer Autonomie und Formen von Selbstverwaltung. Die Erfahrung der Selbstverwaltung in Rojava wird genau an diesem Punkt sowohl als Hoffnung als auch Bedrohung gesehen. Auch wenn

KEINE DER SEITEN HAT DEN
AUFBAU EINER DEMOKRATISCHEN
GESELLSCHAFT ALS ZIEL; JEDE VON
IHNEN HANDELT ENTSPRECHEND
IHRER »STAATSRÄSON«.



Auch in Israel wächst das Aufbegehren von Teilen der Zivilgesellschaft gegen Krieg und Zerstörung durch Israel, wie hier Anfang August 2025 in Tel Aviv. Foto: Archiv

die USA die QSD¹ taktisch unterstützen, so handelt es sich nicht um Unterstützung für ein »transformatives politisches Projekt«, sondern um ein Mittel zur Schaffung »regionaler Balance«.

Mehr und mehr treten die internen Widersprüche dieser neuen hegemonialen Phase hervor. Die israelische Politik der Zerstörung in Gaza hat die globale Legitimität der USA zu tiefst erschüttert. Ebenso stoßen die Pläne bezüglich einer Ausweitung auf den Libanon und Syrien auf ernsten Widerstand. Die »Stabilitätsarchitektur«, die die USA im Mittleren Osten neu aufbauen wollen, produziert tatsächlich kontinuierlich Krisen. Das zeigt die strukturelle Schwäche des hegemonialen Systems: keine Sicherheitsordnung, die den Willen der Gesellschaften unterdrückt, kann von Dauer sein.

Diese Phase zeigt gleichzeitig sowohl die Krise der klassischen Hegemonialbeziehungen als auch den Aufstieg der demokratischen Gesellschaftsinitiativen auf. Die Hegemonie ist nicht nur ein Kräfte- oder Machtverhältnis, sie ist zugleich eine Form ideeller Herrschaft. Die Neugestaltung des Mittleren Ostens durch die Achse USA-Israel stellt eine aktualisierte

Form dieser geistigen Herrschaft dar. Statt die Krise des Nationalstaats im Sinne einer Demokratisierung zu lösen, ist das Ziel, sie erneut mit Sicherheitsbündnissen zu beenden.

Das stärkste politische Subjekt, das heute auf der Gegenseite zu dieser hegemonialen Neugestaltung des Mittleren Ostens steht, ist die Bewegung der demokratischen Autonomie, die zwar staatenlos ist, aber gesellschaftlich die am stärksten organisierte Struktur darstellt. Die Kurd:innen haben mit dem Modell der Selbstverwaltung, wie sie es in Rojava und Nordsyrien aufgebaut haben, eine Praxis des antihegemonialen »Dritten Wegs« konkretisiert. Dieses Modell stellt außerhalb – oder entgegen – der neuen geopolitischen Gleichung, die das Bündnis USA-Israel schaffen will, eine alternative Zivilisationslinie dar. In diesem Sinne stellt der Diskurs einer »neuen Ordnung im Mittleren Osten« der USA und Israels eine Krise der Geisteshaltung dar, welche mit dem Paradigma der demokratischen Zivilisation in Konflikt steht.

Auch wenn diese neue Phase der USA-Israel-Hegemonie mit dem Anspruch, das Schicksal des Mittleren Ostens neu zu bestimmen, entstanden ist, so erschwert die Existenz der demokratischen Gesellschaftskräfte die Zementierung dieses Plans. Die Erfahrungen demokratischer Autonomie öffnen

DER AUSGANG DIESES KONFLIKTS WIRD
VON DER ENTSCHEIDUNG DER VÖLKER,
IN WAS FÜR EINER WELT SIE LEBEN
WOLLEN, ENTSCIEDEN WERDEN.

¹ Demokratische Kräfte Syriens, häufig auch SDF abgekürzt

allen Völkern der Region den Raum für eine neue politische Zukunft. Auch wenn die Pläne Washingtons und Tel Avivs darauf aus sind, diese neue Phase der Subjektwerdung zu unterdrücken, wirken historische Dynamiken zum Vorteil für die demokratische Moderne. Denn der stärkste Widerstand gegen die Zerstörungs- und Sicherheitspolitiken der hegemonialen Kräfte wird aus dem Willen der Gesellschaft geboren, das Leben neu zu gestalten.

In diesem Rahmen stellt die »Neue Phase der USA-Israel-Hegemonie« ein Kampffeld dar, in dem entschieden wird, auf Grundlage welches Zivilisationsparadigmas die Region geformt werden wird. Bei diesem Kampf ist nicht nur der Wille der Staaten, sondern auch der Wille der demokratischen Selbstbestimmung der Völker von entscheidender Bedeutung.

Alternative der demokratischen Moderne im Hegemonialkrieg

Die demokratische Moderne steht diesem Kampf um Hegemonie als »Widerstand« und »alternatives Zivilisationsparadigma« entgegen. Die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien ist eine gesellschaftliche Form, die von nationalstaatszentrierten Kräften wie Israel und der Türkei als Bedrohung angesehen wird. Denn dieses Modell hinterfragt die Heiligkeit des Staats, indem es Grenzen, Identitäten und Hierarchie neu definiert.

In diesem Zusammenhang kann die Syrienpolitik Israels nicht nur als Gegnerschaft zum Iran oder Assad bewertet werden. Tel Aviv ist sich darüber bewusst, dass der Erfolg des Experiments Rojava den Gedanken der demokratischen Solidarität zwischen den arabischen, jüdischen und kurdischen Völkern in der Region stärken wird. Deshalb handelt es sich bei den Operationen, die Israel unter dem Banner der »Sicherheit« führt, eigentlich um Teile des Zivilisationskriegs, der gegen demokratische Subjektwerdung geführt wird.

Abdullah Öcalan macht in seinem Manifest der demokratischen Zivilisation darauf aufmerksam, dass die Hegemonie nicht nur mit Waffengewalt, sondern auf Grundlage der Kontrolle von Informationen, der Wirtschaft und des ideologischen Bereichs fortgeführt wird. Die Achse USA-Israel legitimiert diese Kontrolle unter dem Vorwand der »Bedrohung durch den Iran«. Die Türkei wiederum funktioniert als eine Art Subunternehmer dieser Legitimierung.

In diesem Sinne fügt sich der Status der Kurd:innen in Syrien als Thema, das von den regionalen Kräften zwar am

meisten diskutiert, aber am wenigsten verstanden wird, in die Gleichung ein. Während die USA die Kurd:innen als taktische Partner gegen den IS brauchen, kann diese Beziehung andererseits immer ausgesetzt werden, um auf strategischer Ebene

die Türkei nicht zu verlieren. Israel sieht die politische Existenz der Kurd:innen als potentielles »Element des Gleichgewichts« gegen die arabischen Blöcke. Dabei hat diese Beziehung niemals auf einer ideologischen oder wertorientierten Grundlage gefußt. Interessant ist, dass sowohl Israel als auch die USA den neuen Mittleren Osten als Alternative zum Sykes-Picot-

Plan präsentieren, welcher der Ausgangspunkt hegemonialer Ausdehnung unter britisch-französischer Führung war. Aber letztendlich ist das Verhältnis zu den Kurd:innen und die Herangehensweise ihnen gegenüber genauso, wie es Frankreichs Politik vor 100 Jahren gewesen ist.

Aus Sicht der Kurd:innen macht diese Situation die Notwendigkeit, ihre Selbstbestimmung neu zu definieren, deutlich: eine Phase der Subjektwerdung im demokratischen Bündnis mit den Völkern und nicht an von Staaten zurechtgerückten Verhandlungstischen. Deshalb muss die kurdische Bewegung dem Paradigma von Öcalan entsprechend nicht nur »nationale«, sondern auch regionale Kraft der demokratischen Lösung sein.

Die israelische Syrienpolitik verstehen heißt, die regionale Pleite der modernen Zivilisation zu erkennen. Bei dieser Politik handelt es sich um eine hegemoniale Reproduktion, welche unter der Maske der Sicherheit den Willen der Völker der Region unter Kontrolle zu bringen versucht. Jedoch erschüttert der Aufstieg der demokratischen Moderne, also der neuen gesellschaftlichen Lebensformen auf Grundlage von Selbstverwaltung, Ökologie und Frauenbefreiung diese Hegemonie.

Jeglicher aktueller Konflikt in Syrien stellt auch einen Zusammenstoß zweier Zivilisationsparadigmen dar: Auf der einen Seite die militaristische Moderne, die sich auf der Achse USA-Israel-Türkei konkretisiert, und auf der anderen Seite die demokratische Gesellschaft, die in Rojava Gestalt annimmt.

Der Ausgang dieses Konflikts wird von der Entscheidung der Völker, in was für einer Welt sie leben wollen, entschieden werden. Die Linie der demokratischen Zivilisation hat sich mitten im Zentrum des Mittleren Ostens auf der Hauptachse des Widerstandes und des Wiederaufbaus platziert.



Syrien: Das Abkommen vom 10. März

Chancen der Umsetzung

von Ferhad Hemmi Cihad Hammy, Forscher und Mitherausgeber von »Rojava in Focus: Critical Dialogues« und Student an der Universität Hamburg (Englisch und Amerikanistik – Masterstudiengang)

Al-Sharaas Vision betont Unterwerfung, Assimilation und die Reproduktion eines zentralistischen, sunnitisch-nationalistischen Staates. Öcalans Modell hingegen befürwortet politische Teilhabe, Rechtsbewusstsein und gegenseitige Anerkennung. Die Vielfalt der Gesellschaft wird positiv betrachtet und nicht als Bedrohung gesehen. In diesem Spannungsfeld wird über die Umsetzung des Abkommens verhandelt.

Während die Gespräche über den Zusammenschluss zwischen Damaskus und der Autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens (DAANES) im Rahmen des Abkommens vom 10. März¹ wieder aufgenommen werden, stellt sich eine grundlegende Frage: Wie kann ein pluralistisches, säkulares Projekt mit einem Projekt, das auf religiösem Fundamentalismus und rigider Zentralisierung basiert eine gemeinsame gesellschaftspolitische Basis finden? Oberflächlich betrachtet scheint die Antwort »Demokratie« zu lauten, doch Ahmed al-Sharaa vermied diesen Begriff in seinem jüngsten CBS-Interview, gerichtet an ein amerikanisches Publikum, konsequent. Stattdessen positionierte er sich als »alleiniger Vertreter« des syrischen Volkes, präsentierte das Land als Ware für ausländische Investitionen, verspottete Minderheitenrechte und vermied jede echte Selbstreflexion.

Al-Sharaa – ein Vertreter der »autoritären Modernität«

Einige Analyst:innen argumentieren, dass al-Sharaa pragmatisch akzeptiert hat, innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens zu arbeiten. Andere vermuten, dass seine selektive Übernahme moderner Praktiken eine religiös verwurzelte Vorstellung von Autorität und Kontrolle verschleiert. Dies ist kein Einzelfall, sondern Teil eines umfassenderen Musters, das als »autoritäre

Modernität« bekannt ist und in dem sich eine zentrale Autorität nicht durch Demokratie, sondern durch Versprechen von Wirtschaftswachstum und Stabilität legitimiert. In diesem Modell wird Modernität auf Technokratie reduziert: Wirtschaftliche Offenheit ersetzt politische Freiheit, Marktdiskurse ersetzen Ideologie, und säkularer Pluralismus wird von einer dominanten sunnitisch-arabisch-nationalistischen Erzählung überschattet.

Al-Sharaas Ideologie hat international ein aufgeschlossenes Publikum gefunden. James Jeffrey, ehemaliger US-Sonderbeauftragter für Syrien und Verfechter der türkischen Position, argumentierte, dass die Verzögerungen bei der Umsetzung des Abkommens vom 10. März nicht nur auf lokale Gewalt und einseitige Entscheidungen zurückzuführen seien, sondern auch auf das Modell der Autonomen Verwaltung selbst. Dieses Modell bietet Stabilität und institutionelle Kontinuität in Syrien. Aus internationaler Perspektive haben die Aufrechterhaltung der regionalen Sicherheit, die Bekämpfung des Terrorismus und die Begrenzung des iranischen Einflusses Vorrang vor dem Aufbau eines modernen, pluralistischen Staates. Als Ergebnis droht ein neuer Zentralismus unter der Führung einer sunnitisch-islamistischen Autorität im Gegensatz zum basisdemokratischen Praxis der Autonomen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien und damit eine Wiederholung der autoritären Logik des Assad-Regimes. Staatlicher Zwang wäre wichtiger als der Wiederaufbau nach dem Krieg und staatliche Gewalt ein Instrument der Regierungsführung.

Diese Logik der Zwangseinheit steht in grundlegendem Widerspruch zur pluralistischen Vision der SDF² und der Autonomen Verwaltung, die in Syrien der säkularen, partizipativen Staatsform am nächsten kommt. Im Kern ist die SDF eine defensive, säkulare Kraft, die demokratische Modernität und Pluralismus fördert und die Souveränität in einer Region neu definiert, in der fundamentalistische Narrative dominieren. Das Prinzip der Autonomen Verwaltung »Einheit in der Vielfalt« spiegelt ein hegelianisches Verständnis von Widerspruch wider: Vielfalt ist eine Bedingung des Lebens und des Bewusstseins, und die Spannung zwischen Zentrum und Peripherie

¹ anf/deutsch.anf-news.com/rojava-syrien/mazlum-abdi-und-al-scharaa-unterzeichnen-abkommen-45546

² Auch QSD, Demokratischen Kräfte Syriens

kann eine rationale politische Gesamtheit hervorbringen. Im Gegensatz dazu versucht al-Sharaas Vision, Widersprüche auszulöschen, indem sie Unterschiede als eine zu beseitigende Bedrohung und nicht als einen Vorteil für den Wiederaufbau und die Erneuerung betrachtet.

Divergierende Interpretationen des Abkommens vom 10. März

Das Abkommen vom 10. März³ versucht, diese Anerkennung der Unterschiede in die Praxis umzusetzen. Es fordert eine partizipative Regierungsführung, verfassungsmäßige Rechte für Kurden, die Integration von Verwaltungs- und Militärinstitutionen unter nationalem Recht und einen umfassenden Waffenstillstand. Die Interpretationen gehen jedoch auseinander: Damaskus und Ankara bevorzugen eine Vision der »erzwungenen Integration«, die die lokale Autonomie einschränkt und die Vielfalt der zentralen Autorität unterordnet, während die SDF gegenseitige Anerkennung, dezentrale Regierungsführung und einen demokratischen Rechtsrahmen betont. Mazloum Abdi, Oberbefehlshaber der SDF, machte deutlich, dass echte Integration keine administrative Assimilation sein sollte, sondern die Anerkennung lokaler Identitäten, Rechte und demokratischer Regierungsführung innerhalb eines gemeinsamen nationalen Horizonts.

Sicherheitsvorkehrungen veranschaulichen diese Divergenz. Abdi schlägt die Umverteilung von SDF-Einheiten in wichtigen Regionen im Norden und Osten vor, während die lokalen Asayîş -Kräfte⁴ unter ziviler Aufsicht bleiben sollen. Seine Vision stützt sich auf internationale Modelle, bei denen eine zentralisierte Befehlsgewalt mit dezentralisierter operativer Autorität koexistiert, wodurch die lokale Beteiligung gewährleistet wird, ohne die nationale Souveränität zu untergraben. Integration bedeutet in diesem Sinne nicht Zwang oder Homogenisierung, sondern die Strukturierung der Vielfalt innerhalb eines Rechtsrahmens, der die verfassungsmäßige Autorität und demokratische Praxis respektiert.

Die syrische Realität erschwert jedoch die Verwirklichung dieser Bestrebungen. Die Übergangsregierung unter al-Sharaa präferiert Zentralisierung und monopolistische Autorität. Diese Haltung spiegelt sowohl ihre islamistische Ideologie als auch den Einfluss türkischer Sicherheitsprioritäten wieder. Die erzwungene Assimilation kurdischer Institutionen erinnert an historische Muster politischer Eliminierung, die im vergangenen Jahrhundert den kurdischen Aufstand ausgelöst haben. Die Spannung zwischen zentralistischen Ambitionen und pluralistischen Experimenten macht die Integration zu einem von

Natur aus umstrittenen Prozess, in dem Verhandlungen statt Zwang unverzichtbar sind.

Die Einflussnahme der Türkei erschwert den Verhandlungsprozess

Die Einflussnahme der Türkei verkompliziert den Prozess zusätzlich. Die Sicherheitsbedenken Ankaras prägen die türkische Interpretation des Abkommens vom 10. März und betonen die Integration als Instrument der Kontrolle statt der Koexistenz. Aussagen türkischer Politiker und Diplomaten veranschaulichen diesen Widerspruch: Während der Staat einen »Friedensprozess« fördert, stützt er sich gleichzeitig auf Milizen, Überreste jihadistischer Gruppen und paramilitärische Netzwerke, um seinen Einfluss in Syrien aufrechtzuerhalten. In der Türkei selbst spiegelt die Debatte über Integration und die Rechte von Kurd:innen einen umfassenderen Konflikt zwischen den Fraktionen wieder, die eine echte Versöhnung befürworten oder an der Fortsetzung des Konflikts interessiert sind, um ihre Macht zu festigen. Frieden ist in diesem Zusammenhang sowohl ein Ziel als auch ein strategisches Instrument, das zwischen der Anerkennung der Rechte von Kurd:innen und der Aufrechterhaltung der Sicherheitsdominanz oszilliert.

Der Kontrast zwischen erzwungener und positiver Integration ist eklatant. Al-Sharaas Vision betont Unterwerfung, Assimilation und die Reproduktion eines zentralistischen, sunnitisch-nationalistischen Staates. Öcalans Modell hingegen befürwortet politische Teilhabe, Rechtsbewusstsein und gegenseitige Anerkennung und behandelt Unterschiede als Wert und nicht als Bedrohung. Die SDF ist pragmatische Kompromisse eingegangen, kommuniziert z.B. mit Ankara, um Sicherheitsbedenken auszuräumen, während sie gleichzeitig ihre Autonomie und ihr demokratisches Projekt aufrechterhält. Diese Interaktionen veranschaulichen den schwierigen Balanceakt, der erforderlich ist, um konkurrierende Prioritäten in Einklang zu bringen: lokale Regierungsführung, nationale Souveränität, regionale Sicherheit und die Anerkennung historischer Missstände.

Fortschritte im Verhandlungsprozess

Die jüngsten Entwicklungen lassen einen vorsichtig optimistischen Verlauf erwarten. Nach einer Phase der Stagnation haben hochrangige Treffen zwischen al-Sharaa und der Führung der SDF in Damaskus unter dem Druck der USA neue Impulse gegeben. Abdi bestätigte Fortschritte bei den technischen und organisatorischen Aspekten des Integrationsplans, insbesondere in Bezug auf die militärische Koordination und die dezentrale Regierungsführung. Dennoch bestehen weiterhin terminologische Missverständnisse, insbesondere hinsichtlich

3 anf/deutsch.anf-news.com/rojavya-syrien/mazlum-abdi-und-al-scharaa-unterzeichnen-abkommen-45546

4 Kräfte für die innere Sicherheit von Nord- und Ostsyrien



Die Tişrin-Talsperre am Euphrat in Nordsyrien. Foto: Mezopotamya

des Konzepts der Dezentralisierung. Damaskus neigt dazu, dies als eine Verwaltungsformel unter zentraler Aufsicht zu betrachten, während die SDF darauf besteht, dass dies eine echte demokratische Beteiligung und gegenseitige Anerkennung beinhalten muss. Der Weg nach vorne erfordert, dass beide Seiten diese Unterscheidung akzeptieren, um eine Wiederholung zentralistischer Muster zu vermeiden, die das Risiko eines erneuten Konflikts bergen.

Letztendlich ist die Integration in Syrien weniger eine technische als vielmehr eine ideologische und philosophische Herausforderung. Sie erfordert die Umwandlung tief verwurzelter Widersprüche in produktives politisches Engagement, anstatt den Kreislauf von Zwang und Gewalt fortzusetzen. Die Anerkennung von Vielfalt, dezentralisierte Regierungsführung, verfassungsrechtliche Garantien und partizipative Sicherheitsstrukturen sind keine Option, sondern Voraussetzungen für das Überleben in einem Nachkriegs-Syrien, das nach wie vor von Instabilität, ausländischen Interventionen und anhaltender ideologischer Polarisierung geprägt ist.

Der Fall Syrien verdeutlicht auch die allgemeine regionale Logik. Türkische Interessen, historische Ängste und Sicherheitserfordernisse überschneiden sich mit den internen Widersprüchen in Damaskus und den Bestrebungen der kurdischen Bevölkerung und schaffen so ein komplexes Geflecht von Druck erzeugenden Faktoren. Integration ist nicht einfach eine bilaterale Verhandlung zwischen Damaskus und Qamischi,

sondern ein vielschichtiger Prozess, an dem regionale Akteure, historische Missstände und konkurrierende Vorstellungen von Staatlichkeit beteiligt sind. Der Erfolg hängt davon ab, dass demokratische Prinzipien gewahrt, lokale Identitäten geschützt und Rahmenbedingungen für das Zusammenleben institutionalisiert werden, während gleichzeitig die Sicherheit gewährleistet und externe Druckfaktoren bewältigt werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der syrische Integrationsprozess eine grundlegende Wahrheit unterstreicht: Das Zusammenleben konkurrierender politischer Visionen erfordert die Akzeptanz von Widersprüchen als Voraussetzung für das Überleben. Zwangsassimilation, zentralistische Autorität und erzwungene Einheit können weder Stabilität noch Legitimität gewährleisten. Stattdessen muss Integration Pluralismus, dezentrale Regierungsführung und die rechtliche Anerkennung von Vielfalt umfassen. Das Abkommen vom 10. März bildet die Grundlage für ein solches Modell, aber sein Erfolg hängt von der Bereitschaft aller Akteure – Damaskus, SDF, Türkei und externe Mächte – ab, Unterschiede zu institutionalisieren, historische Realitäten anzuerkennen und die Spannungen zwischen Zentrum und Peripherie in eine produktive politische Kraft umzuwandeln. Nur durch diesen Ansatz kann Syrien hoffen, einen widerstandsfähigen, partizipativen Mehrparteienstaat zu etablieren, der in der Lage ist, sich in der Nachkriegslandschaft zurechtzufinden.



Der Kampf gegen Vertreibung und Assimilation ist internationalistisch

Vertreibung mit System

Raman Bilal, ist in Deutschland aufgewachsen bevor er sich vor einigen Jahren dazu entschied in Rojava, der Heimat seiner Familie, zu leben

Mit einem Blick auf die Realität der kurdischen Jugend beschreibt Raman Bilal die Zusammenhänge zwischen der Vertreibung aus Kurdistan und der Assimilation in Europa und fragt nach der richtigen Haltung dem gegenüber. In Bezug auf die Debatte zum Thema Migration in Deutschland formuliert er die Notwendigkeit, einen dritten Weg, abseits von »Refugees Welcome« und »Festung Europa« zu suchen.

Mit einem Blick auf die Lücken, die die Migration nach Europa in Kurdistan hinterlässt, beschreibt Raman Bilal die Zusammenhänge zwischen der Vertreibung aus Kurdistan und Assimilation. Aufgrund der Erfahrung der kurdischen Jugend fordert er dazu auf, abseits von »Refugees Welcome« und »Festung Europa« einen dritten Weg zu suchen.

Am 28. August 2025 brach eine Delegation der DEM-Partei auf, um sich im Rahmen des laufenden Friedensprozesses auf der Gefängnisinsel İmralı mit Abdullah Öcalan zu treffen. Als sie nach dem 3 Stunden andauernden Gespräch wieder das Festland betraten, waren ihre Notizhefte gefüllt mit weitgreifenden Perspektiven Öcalans zu einer Vielzahl an Themen. Sie waren adressiert an ein noch breiteres Spektrum politischer Akteur:innen, Weggefähr:innen und Teilen der Gesellschaft auf der ganzen Welt, mit denen der seit 26 Jahren in Isolation lebende Vordenker der kurdischen Freiheitsbewegung auf diesem Weg in Dialog tritt.

Ein Gesprächspartner an den Abdullah Öcalan in diesem Dialog das Wort richtet ist die kurdische Diaspora, insbesondere der Teil, der heute in Europa lebt – manche schon seit Generationen, manche selbst erst vor kurzem ausgewandert. Er wendet sich explizit an die Jugend und ermutigt sie, ihr Leben auf dem Boden der Heimat aufzubauen. Er ruft sie auf, die Gründe für das Verlassen der Heimat zu analysieren und zu diskutieren. Er stellt fest, dass das Abwandern in die Fremde

die Folge einer bewussten Politik ist, die die kurdische Jugend von ihrer Erde entfernt.

Fragt man Kurden in Europa, wieso sie oder ihre Eltern die Heimat verlassen haben, sind die genannten Gründe oft die politische Verfolgung oder eine bessere wirtschaftliche Perspektive. Dies sind allerdings nur die vordergründigen, die symptomatischen Beweggründe der Flucht. Wenn wir wirklich erforschen möchten – was auch dieser Artikel nicht vollständig tun wird – wieso unser, so sehr mit seiner Erde und seinen Traditionen verbundenes Volk als Antwort auf Unterdrückung wie eine Schar Zugvögel in angenehmere Gefilde pilgert, dürfen wir nicht fragen wieso wir fliehen, sondern viel mehr wieso wir in die Flucht geschlagen werden. Denn die Vertreibung aus Kurdistan hat nicht nur Geschichte, sondern auch System.

Vertreibung mit System

Die Auswanderung von Kurd:innen aus ihrer Heimat begann schon früh im 20. Jahrhundert sowohl als direkte Folge der westlichen Kriegs- und Kolonialmächtschaften, als auch durch die chauvinistische Politik, der an die Stelle des Osmanischen Reiches getretenen Nationalstaaten. Je stärker diese neuen Staaten im Laufe des Jahrhunderts versuchten, ihre Macht über Kurdistan auszubreiten, desto mehr wurde die kurdische Nation mit Tod und Zerstörung überzogen. Ziel war es, den Widerstandswillen zu brechen um Kurdistan in die Mühlen des Staatsapparates einzubinden. Die kurdische Bevölkerung sollte verarmt, als Bürger:innen zweiter Klasse, das Dasein eines Maultiers fristen.

Diese Realität zwang Familien, Dörfer und ganze Landstriche dazu, ihre Heimat hinter sich zu lassen, da ihnen dort das weitere Überleben verunmöglicht wurde. Das erste Ziel der oft verarmten Landbevölkerung war zunächst die scheinbar glänzende Metropole des Besatzerstaates. Hier lockten Fortschritt und Arbeitsmöglichkeiten für tausende verlorene Seelen, die erst einmal alles und sich selbst hinter sich lassen mussten, um ein neues Leben zu finden. Denn in der Stadt gilt das Gesetz

des Faschismus: Eine Flagge, eine Sprache, eine Religion. Es fehlt der Zusammenhalt des Dorfes, das natürlich gewobene soziale Netz mit all seinen Institutionen und Traditionen. Geld als einziger Treibstoff des Überlebens zwingt das Individuum in die kapitalistischen Mühlen und lässt keinen Raum für alternative Lebensformen.

Nach und nach gerät die eigene Lebensart in Vergessenheit und man gleicht immer mehr den einst fremden Nachbarn. Man spricht ihre Sprache, kauft die gleichen Lebensmittel und schaut die gleichen Fernsehsendungen. Was man sich aus der Heimat erhalten hat, wirkt mit den Jahren mehr und mehr wie eine Zeitkapsel, ein Blick in eine vergangene Zeit ohne Bezug zum aktuellen Geschehnis in der Heimat.

In den Metropolen der Besatzerstaaten Kurdistans ist der Plan der Assimilation nur teilweise aufgegangen. Zu schnell haben sich kurdische Enklaven in Istanbul oder Damaskus gebildet. Zu stark war der Chauvinismus, der verhinderte, dass sich Kurden als Teil der Gesellschaft verstehen.

Angefacht von immer weiter eskalierender Gewalt haben Millionen von Kurd:innen über die Jahrzehnte ihr Heil im europäischen Ausland gesucht. Hier droht ihnen zunächst kein Foltergefängnis und keine Militäroperation, doch ist das Netz der Assimilation weitaus feinmaschiger und subtiler. Denn die jüngste Geschichte eröffnete eine universelle Wahrheit: Das kurdische Volk lässt sich weder mit Gewalt ausrotten, noch lässt sich die kurdische Frage durch Krieg lösen – für keine Seite. Abdullah Öcalan begriff dies schon Anfang der 90er Jahre als er zum ersten mal einen einseitigen Waffenstillstand ausrief und versuchte, einen ernsthaften Friedensprozess mit dem türkischen Staat in Gang zu setzen. Der Staat hielt damals am Weg der Gewalt fest und zeigte kein Interesse an einer friedlichen Lösung. Doch er entwickelte neue, humaner erscheinende Mittel, um sich der kurdischen Frage zu entledigen.

Es ist kein Wunder, dass Europa zum Zentrum der Assimilation wurde. Das nationalstaatliche System ist davon abhängig, die Gesellschaft von sich selbst zu entfremden und sie für die eigenen Interessen einzuspannen. Je weniger Raum die Gesellschaft hat, sich gemäß ihrer eigenen Moral und Ethik zu organisieren, desto leichter lässt sie sich in die kapitalistische Verwertungslogik pressen. Im Vergleich zum Mittleren Osten hat dieses System in Europa eine viel längere Tradition und somit auch eine höhere Qualität erreicht. Umso klarer wird, dass die Unterdrückung widerständiger Gemeinschaften, wie die des kurdischen Volkes, nicht nur von den jeweiligen Besatzerstaaten vorangetrieben wird, sondern eine systematische und lebensnotwendige Aufgabe der kapitalistischen Moderne darstellt.

Den Industrialismus als Standbein und Beispiel, zieht die kapitalistische Moderne auch seinen Unterdrückungsmechanismus wie eine Manufaktur auf: Am blutigen Krieg können sich die Staaten des Mittleren Ostens die Hände schmutzig machen und die Elemente, die sich nicht umbringen lassen werden in den europäischen Assimilationsmühlen zersetzt. Auf diese Art entledigt man sich nicht nur widerständigen Kräften, man lässt sie am Ende für sich selbst arbeiten und kann sich selbst sogar als Höhepunkt des Humanismus anpreisen, da man diese armen Seelen aus dem Elend des Krieges und aus ihrer rückständigen Heimat gerettet hätte.

Die Antwort ist ein Leben in Würde

Auch wenn die Bomben in der Diaspora schweigen, der Krieg dauert an. Als bewusste:r Kurd:in kannst du nicht vor dem Krieg davon laufen, du bist immer und überall Kriegspartei. Denn es bist nicht du, der angegriffen wird, es ist deine Identität die dem System ein Dorn im Auge ist. Der Widerspruch löst sich nur im Kampf oder der Kapitulation. Doch besonders für Jugendliche ist Kapitulation nur der Beginn eines neuen Widerspruchs. Das eigene, selbstbestimmte Leben aufgeben, wo es doch gerade erst begonnen hat? Kein gewissenhafter Mensch kann solch einen Widerspruch auf die Dauer aushalten ohne sich selbst oder anderen großen Schaden zuzufügen.

Betrachtet man nur das Individuum, so ist die Flucht vor dem Krieg eine logische Konsequenz um das eigene Fortbestehen zu retten. Das Recht auf Leben ist das Recht jedes Menschen und somit unanfechtbar. Doch hat nicht der türkische Staat selbst allen Kurden ins Gesicht geschrien: »Du hast kein Recht als Kurde zu leben!«? Wie können wir dann ein Leben mit dem Feind als Herbergsvater akzeptieren? Auch unsere Gesellschaft lehnt eine solch individuelle Sichtweise ab. Ich mag mich und ggf. auch meine Familie physisch in Sicherheit gebracht haben, doch in der Heimat bleibt unser Haus im Dorf leer, das Feld brach, die Werkstatt meines Vaters geschlossen. Es ist, als wäre meine Familie ausgelöscht worden – ganz ohne Bomben und ohne, dass sich der Staat die Hände schmutzig machen musste.

Wenn wir also die Assimilation nicht akzeptieren und uns nicht für ein uns verleugnendes System verbiegen wollen, nur damit wir am Ende unseres Lebens immer noch nicht ihren Anforderungen genügen, gibt es nur eine Möglichkeit, unsere Würde zurückzuerlangen: Der Einladung Abdullah Öcalans zu folgen und als »ehrenhafte Personen« in die Heimat zurückzukehren oder wie er es schon früher ausdrückte: »Suche etwas dort, wo du es verloren hast«.



Zaun an der ungarisch-serbischen Grenze. Foto: Pudelek (CC BY-SA 4.0)

Jedes Volk hat seine eigene Moral, Tugenden und Träume. Obwohl nie klar ausgesprochen, war mir schon als Kind klar: Das kurdische Ideal ist die Freiheitskämpferin, bzw. der Freiheitskämpfer. Wer wie der Schmied Kawa¹ der Übermacht des Bösen mutig entgegen tritt, verdient sich maximalen Respekt und die Liebe des Volkes. In Zeiten des Krieges war dieser Traum immer verbunden mit Soldatentum. Ob Pêşmerge oder Guerillakämpfer:in, Spiegelbild dieses Ideals waren immer die, die die Waffe in ihren Händen hielten. Mit dem Einläuten des neuen Friedensprozesses wird dank der Wandlungsfähigkeit der Freiheitsbewegung auch mit diesem Bild gebrochen. Von nun an wird unser Erfolg daran gemessen, inwieweit sich die Gesellschaft organisieren wird, inwieweit sie für ihre, mit dem Blut zehntausender Gefallenen erkämpfte Identität und ihre Rechte einsteht. Alle, die mit diesem Bewusstsein in die Heimat zurückkehren können von nun an Freiheitskämpfer:innen werden.

¹ Der Schmied Kawa ist eine Figur aus mesopotamischen Mythologie und spielt eine große Rolle in der kurdischen Kultur. Demnach hat der Schmied Kawa sein Volk aus der Tyrannei des grausamen assyrischen Herrschers Dehak befreit.

Damit aus einer ehrenhaften Absicht allerdings auch ein:e standhafte:r Freiheitskämpfer:in erwächst, muss sie auf einem soliden Fundament stehen. Die Rückkehr in die Heimat muss auch immer mit der Suche nach sich selbst, dem Wiederfinden der eigenen Identität stehen. Ich rede nicht einfach von Sprache, Kultur oder historischem Wissen – diese Dinge können überall erlernt werden und viele Menschen in der Diaspora halten tapfer an ihnen fest. Obwohl wichtig, ersetzen diese Faktoren nicht das, was dem Kind der Diaspora am meisten fehlt: Die eigene Existenz, gespiegelt in den Augen der eigenen Gesellschaft. Erst wenn man in der Heimat wahrgenommen wird, kann man anfangen, den Prozess der Entfremdung umzukehren und die eigene Bestimmung in der Mitte der Gesellschaft finden.

Das alles bedeutet nicht, dass wir nicht von unserem Leben in der Diaspora profitieren können. Was wir in Europa für uns selbst versucht haben zu erreichen, können wir nun der Gesellschaft zu Gute kommen lassen. Anstelle zu versuchen ein erfolgreicher Arzt zu werden, können wir ein ehrenhafter Arzt werden, der im Dienste seiner Gemeinschaft steht. Einem sol-

chen Menschen wird es keinen Tag an etwas fehlen, auch ohne den vermeintlichen Komfort Europas.

Wie außerhalb der Heimat in Würde leben?

Unsere Elterngeneration ist vor Gewalt und Unterdrückung geflohen. Dieses Trauma wird uns vererbt und bringt uns dazu, unsere Heimat zu scheuen. Nicht jedem gelingt der Sprung ins kalte Wasser, zurück in die womöglich unbekannte Heimat und nicht jedem ist es wegen direkter Verfolgung möglich. Es ist natürlich nicht zwingend eine Schande, in der Fremde zu leben. Die Frage die sich stellt ist aber viel mehr »Wie in Würde leben?« und besonders für Jugendliche: »Wie kann ich kein Instrument, sondern eine Antwort auf die Assimilationspolitik sein?«

Abdullah Öcalan sagt in seinem Aufruf: »Ich ziehe das Leben auf İmralı der Flucht nach Europa vor.« Er sagt dies keineswegs weil İmralı näher an Kurdistan liegt als Europa, sondern weil er einen Weg gefunden hat, auch dort unter widrigsten Umständen die kurdische Realität zu leben und für sie zu kämpfen. Tag für Tag versetzt er aus seiner vermeintlichen Isolation der Assimilationspolitik Schläge, während tausende Jugendliche mitsamt ihren Familien in Erwartung des materiellen Aufstiegs nach Europa ziehen und dabei ein klaffendes Loch in ihrer Gemeinschaft in Kurdistan hinterlassen. Genauso ist die rein physische Existenz in der eigenen Heimat noch lange kein Verdienst auf den man stolz sein kann, finden sich doch gerade in der kurdischen Gesellschaft schon seit jeher und bis heute immer wieder verräterische Elemente, die sich auf die Seite der Macht und Unterdrückung stellen. Die Frage ist also nicht nur das »Wo?«, sondern besonders auch das »Wie leben?«.

Auch hier birgt der Aufruf an die Jugend die Lösung dieses Dilemmas: Es bringt nichts, alle Kurden, die außerhalb ihrer Heimat leben, zu verurteilen. Dies zu tun wäre ungerecht und realitätsfern. Wenn man ihnen aber hilft, ihr Leben fern der Heimat würdevoll zu gestalten, ist dies kein Akt der Nächstenliebe. Es ist die Befähigung einer riesigen Diaspora, zu einem aktiven Teil im Freiheitskampf des eigenen Volkes zu werden. Hierfür schlägt Abdullah Öcalan vor, auch in Europa Kommunen aufzubauen sowie die kurdische Sprache und Kultur zu fördern.

Damit unsere Bemühungen nicht vom Staat vereinnahmt werden können, müssen wir zuerst begreifen, dass Assimilation und der Widerstand dagegen bedeutet, dass wir uns auch in Europa im Krieg befinden. Und wie auch der Freiheitskampf in Kurdistan als internationalistischer Kampf begonnen und geführt wurde, so gilt das in Europa, wo wir mit Menschen aus unzähligen Nationen in direktem Kontakt leben genau so.

Der Kampf gegen Vertreibung und Assimilation ist internationalistisch

Der gängige Diskurs zur Migrationsdebatte ist meist klar in zwei Lager aufgeteilt: In der Rechten Ecke die Festung Europa, das heißt die Forderung, die Grenzen dicht zu machen, Zäune zu errichten und mit aller Gewalt gegen die vorzugehen, die es trotzdem wagen, die Festung zu erklimmen. Weiter noch, sollen diejenigen, die es bereits geschafft haben, wieder zurückgeschickt werden, damit wieder ein homogen weißes Stadtbild geschaffen wird. Auf linker Seite wird für offene Grenzen gekämpft. Im Namen des Humanismus wird für jeden Menschen das Recht auf freie Wahl des Wohnortes auf der Welt gefordert. Dabei bedeutet Zuwanderung in einem Land, auch immer die Abwanderung aus einem Anderen. Als logische Konsequenz verhärten die Fronten. Verschiedene Teile der gleichen Gesellschaft lassen sich leicht für kapitalistisches Profit-Kalkül gegeneinander ausspielen und die Gesellschaft zersplittert. Es ist offensichtlich, dass es eines lösungsorientierten dritten Weges bedarf.

Wenn wir anfangen, Vertreibung, Assimilation und Flucht als Instrumente im Zusammenhang des Jahrtausende andauernden Kampfes zwischen Staat und kommunal lebenden Gesellschaften zu verstehen, müssen wir diese Begriffe auch mitdenken wenn wir von Antimilitarismus und Internationalismus sprechen. So wie sich Tausende zusammenfinden um Rheinmetall zu entwaffnen, müssen wir auch die weniger sichtbaren, dafür umso spürbareren Waffen der kapitalistischen Moderne bekämpfen. Die kritische Reflexion von Migration darf dabei kein exklusiv migrantisches Thema bleiben. Für die Mehrheit der europäischen Linken wird es zunächst unangenehm sein, sich scheinbar gegen Migration, wie sie heute passiert auszusprechen. Die Scheu, sich gedanklich scheinbar rechten Positionen zu nähern und damit linkes Standing zu verlieren, ist aus einem gewissen Blickwinkel verständlich.

So wie die kurdische Freiheitsbewegung in vielen Themen, auch im Westen, eine Vorreiterinnenrolle übernehmen konnte, da sie zwischen Schwarz und Weiß oft einen dritten, lösungsorientierten Weg aufzeigt, kann nun die kurdische Jugend in der Diaspora ohne falsche Scheu den Diskurs beeinflussen.

Zwischen »Refugees Welcome« und »Festung Europa« dürfen wir nicht vergessen: Die Revolution in Kurdistan und damit auf der ganzen Welt wird nicht durch das Öffnen oder Schließen der Grenzen gewonnen, sondern durch ein gesellschaftlich organisiertes Leben in Würde, überall.



Die Bedeutung zweisprachiger Erziehung für die kurdische Sprache

Bilinguale Erziehung

Rabia Mereto, Grundschullehrerin und Sozialpädagogin

Bis vor Kurzem betonten Befürworter:innen zweisprachiger Erziehung vor allem die besseren Berufschancen und die erleichterte Arbeit in internationalen Bereichen. Heute werden jedoch viele weitere Aspekte der zweisprachigen Erziehung hervorgehoben. Bevor wir diese Punkte erörtern, ist es wichtig zu verstehen, dass Sprache weit mehr umfasst als nur Wörter und Grammatik. Denn Sprache ist auch Ausdruck von Werten, Geschichten, Gefühlen, Sprichwörtern, Liedern, Mythen, Haltungen, Identität, Seele und Geschichte einer Bevölkerungsgruppe. Wenn wir also von einem zweisprachig aufwachsenden Kind sprechen, meinen wir ein Kind, das in zwei Kulturen aufwächst.

Vorteile der Zweisprachigkeit

Einer der Faktoren, die zweisprachige Erziehung attraktiv machen, sind die kognitiven Vorteile der Zweisprachigkeit. Wissenschaftler:innen belegen, dass zweisprachig aufwachsende Menschen Probleme besser aus verschiedenen Perspektiven betrachten und schneller Lösungen finden können, da sie ständig zwischen den Sprachen wechseln. Sie sind außerdem aufmerksamer und denken flexibler. Dieser Vorteil wirkt sich positiv auf den Erfolg in Schule und Beruf aus. Ein weiterer Vorteil zweisprachiger Erziehung ist die Stärkung der kulturellen Identität. Demnach sind Kinder, die zweisprachig aufwachsen und somit zwei Kulturen kennen, offener für Neues und sind verständnisvoller und toleranter. In einer Zeit, in der die Feindseligkeit gegenüber Vielfalt täglich zunimmt, gewinnen diese Vorteile der zweisprachigen Erziehung sicherlich noch mehr an Bedeutung.

Natürlich lassen sich diese Vorteile noch weiter ausführen und die Wichtigkeit zweisprachiger Erziehung mit der Erleichterung des Lernens neuer Sprachen, der Erweiterung des Kommunikationskreises und den positiven Auswirkungen auf Kinder erklären. In diesem Artikel geht es jedoch vor allem darum, die Frage zu beantworten, warum Kurd:innen so sehr auf zweisprachige Erziehung bestehen und wie bereit sie sind, diesem Wunsch nachzukommen.

Die Bedeutung des Kurdischen in der Erziehung

Selbstverständlich sind sich die kurdischen Befürworter:innen zweisprachiger Erziehung dieser Vorteile bewusst. Die meisten Familien in Südkurdistan, die ihre Kinder zweisprachig, d.h. kurdisch und englisch, unterrichten lassen, führen diese Argumente an. Doch neben diesen Punkten gibt es für uns Kurd:innen noch zwei weitere Gründe.

Bevor wir auf diese Gründe eingehen, ist es wichtig zu erwähnen, dass Kurdisch in Berlin bereits seit einigen Jahren Erziehungssprache in einigen Kindergärten ist. Obwohl einige Versuche scheiterten, gibt es derzeit einen mehrsprachigen und zwei bilinguale Kindergärten, in denen Kurdisch die Erziehungssprache ist. Der Ausbau dieser Einrichtungen ist selbstverständlich rechtlich unproblematisch.

Zwei weitere Gründe für die Begeisterung kurdischer Familien für diese Kindergärten lassen sich anhand zweier fiktiver Beispiele aus Berlin veranschaulichen, die in der Realität auf viele Familien zutreffen.

Das erste Beispiel ist eine Familie, in der zu Hause Kurdisch gesprochen wird. Diese Familie hat einen Sohn, der Azad heißt und die kurdische Sprache gut beherrscht. Hierbei ist zu beachten, dass Azads Eltern ihm mit dem Erlernen seiner Muttersprache auch das beigebracht haben, was sie selbst von ihren Vorfahren gelernt haben. So entsteht emotionale Bindung zur Familie. Um eine solche Bindung auch zur Gesellschaft zu ermöglichen, ist es wichtig, dass Azad die Möglichkeit hat, sich in die Gemeinschaft einzubringen – nicht nur in seiner Familie, sondern auch im Kindergarten. Dadurch kann sich auch seine emotionale Bindung zur kurdischen Gemeinschaft entwickeln. Die Eltern wissen jedoch aus eigener Erfahrung, dass Azads Schulbildung in einer Fremdsprache, nämlich Deutsch, stattfinden wird, und da Azad diese Sprache nicht spricht, wäre ein Scheitern vorhersehbar. Da Azad außerdem keine Möglichkeit hat auf Kurdisch unterrichtet zu werden, weil er sich in einem anderen Land befindet und dort auch die Landessprache lernen muss, fordern sie eine zweisprachige Erziehung. Sie argumentieren, dass Azad, wenn er einen kurdisch-deutschen



Die Kita Piya Wedding ist die weltweit erste bilinguale kurdisch-deutsche Kindertagesstätte. Mitten im Wedding wurde sie auf Wunsch der Eltern gegründet. Foto: Yekmal e.V.

Kindergarten besucht, seine Gefühle leichter ausdrücken und seine kurdische Identität, also seine Beziehung zu seiner Kultur, entwickeln kann, während er gleichzeitig Deutsch lernt.

Das zweite Beispiel ist eine Familie, in der zu Hause kein Kurdisch gesprochen wird, obwohl die Eltern zwar kurdisch sind, aber assimiliert wurden und daher kein Kurdisch sprechen können. Sie sprechen ausschließlich Deutsch mit ihrer Tochter Xunav, die deshalb kein Kurdisch sprechen kann. Auch sie sehen in der zweisprachigen Erziehung eine Chance für Xunav Kurdisch zu lernen. Die Hoffnung von Xunavs Eltern – im Unterschied zu einer deutschen Familie, die ihre Kinder beispielsweise in einen zweisprachigen, deutsch-englischen Kindergarten schickt und deren Kinder von den oben genannten Vorteilen zweisprachiger Erziehung profitieren – ist, dass der Kindergarten eine Verbindung zu ihrer Heimat und ihrer Herkunft ermöglicht und sie durch das Erlernen der kurdischen Sprache wieder mit ihnen verbindet. Die Nachfrage ist in Städten wie Berlin, wo viele internationale Familien leben, sehr groß; viele Familien teilen ein solches Anliegen. Deshalb gibt es zweisprachige Kindertagesstätten, in denen die zweite Sprache viele verschiedene Sprachen umfasst.

Fachliche Notwendigkeiten

Die Familien hoffen, dass Xunav von Azad Kurdisch und Azad von Xunav Deutsch lernen wird, wenn sie in einen solchen Kindergarten gehen. Doch wie realistisch ist das? Um diese Vorstellung in die Praxis umzusetzen, reicht es sicherlich nicht aus, Kurdisch einfach nur in Kindergärten zuzulassen. Es bedarf Fachkräfte, die eine pädagogische Ausbildung absolviert haben. Da es nur sehr wenige Veröffentlichungen zur frühkindlichen Bildung in kurdischer Sprache gibt, die den Kindern den Reichtum dieser Sprache zugänglich machen, reicht es nicht aus, wenn die Erzieher:innen den Kindern einfach nur kurdische Sprachkenntnisse vermitteln. Sie sollten zum Bei-

spiel auch viele Redewendungen in der kurdischen Sprache kennen. So könnten sie das Kind in jeder Situation und bei jedem Bedürfnis mit ihrem pädagogischen Wissen auf Kurdisch begleiten. Dadurch kann die Persönlichkeit der Erzieher:innen bei den Kindern und ihren Familien Respekt vor der kurdischen Sprache hervorrufen. Das Thema »Respekt für die Sprache« ist von größter Bedeutung, denn seit Jahren ist die kurdische Sprache in Teilen Kurdistans nicht nur verboten, sondern auch systematischen Angriffen ausgesetzt. Ziel dieser Angriffe ist es, die kurdische Sprache in den Augen der Kurd:innen als unbedeutend darzustellen. Es mag schwer zuzugeben zu sein, aber in gewisser Hinsicht scheint dies gegen das kurdische Volk gelungen zu sein. Daher müssen Pädagog:innen sowohl fachlich als auch sprachlich kompetent sein. Welche Bedeutung wird dem in der aktuellen Situation beigemessen? Leider habe ich im Laufe der Jahre die Erfahrung gemacht, dass es für uns Kurd:innen im Vergleich zu den Kindern in anderen zweisprachigen Kindergärten nicht so einfach ist, den Kindern die Möglichkeit zu geben, unsere Muttersprache frei und ungehindert zu pflegen und die Sprachkenntnisse auszubauen.

Herausforderungen der kurdischen Spracherziehung in Deutschland

Das erste Problem ist, eine geeignete Erziehungskraft zu finden. Da man hier in Deutschland weder einen pädagogischen Fachbereich in kurdischer Sprache, noch Kurdologie oder die Kurdische Sprache studieren kann, ist es schwierig, pädagogische Fachkräfte mit guten Kurdischkenntnissen zu finden. Es ist aktuell fast unmöglich eine solche Fachkraft aus Rojava, wo es kurdische Universitäten gibt, nach Deutschland zu holen. Einfacher wäre es natürlich, eine pädagogische Fachkraft in Deutschland zu finden, auch wenn die Sprachkenntnisse vermutlich nicht von gleicher Qualität wären, wie die der Pädagog:innen aus Rojava. Die Alternative wäre eine Person aus Nordkurdistan einzustellen, die ein pädagogisches Fach in einer Drittsprache studiert hat, Kurdisch sprechen kann und darüber hinaus auch Deutsch lernt und spricht. Eine große Hürde ist jedoch die Anerkennung des Studienabschlusses in Deutschland. Während das Anerkennungsverfahren läuft, müsste sie Deutsch bis zum Niveau C1 erlernen. Das alles ist sehr zeitaufwendig und erfordert viel Kraft. Eine dritte Möglichkeit wäre es, eine Person zu finden, die Kurdisch spricht, aber keine pädagogische Ausbildung hat. Für eine solche Person ist es in Berlin möglich, in einem bilingualen Kindergarten als »Native-Speaker« zu arbeiten. Wenn diese Person jedoch aus Kurdistan stammt, muss sie für ihre Arbeit ebenfalls Deutsch lernen und an Fortbildungen teilnehmen. Dieses Problem belastet nicht nur die Mitarbeiter:innen, es belastet auch die Verantwortlichen der Einrichtungen mit extrem bürokratischen Aufgaben.

Probleme in der Wahrnehmung des Kurdischen

Darüber hinaus denken viele Kurd:innen, dass die eigenen Kenntnisse der kurdischen Sprache nicht ausreichend seien. Das trifft auch auf Pädagog:innen zu, die das Kurdische lehren sollen. Aufgrund der mangelnden kurdischen Sprachkenntnisse halten sie die kurdische Sprache für eine ungeeignete Bildungssprache. Diese Sichtweise kann Kinder negativ beeinflussen und dazu führen, dass sie das Kurdische unbewusst als eine minderwertige Sprache wahrnehmen. Wenn kurdischsprachige Erzieher:innen nicht sehr vertraut mit der frühkindlichen Bildung sind, gelten die deutschsprachigen Kolleg:innen, die ein pädagogisches Fach studiert haben und mit der frühkindlichen Bildung gut vertraut sind, als Autorität und kompetenter. Dabei muss berücksichtigt werden, dass jede Bevölkerung ihre Kinder den Bedürfnissen und Realitäten ihrer Gesellschaft entsprechend erziehen möchte. Der pädagogische Ansatz einer Bevölkerungsgruppe kann für eine andere Bevölkerungsgruppe unpassend sein. Wenn sich kurdischsprachige Pädagog:innen damit noch nicht auseinandergesetzt haben, können manche Merkmale und Besonderheiten unserer Gesellschaft oder unserer Sprache achtlos als mangelhaft oder unsinnig wahrgenommen werden. Dementsprechend ist eine hohe Sprachkompetenz des Kurdischen bei den Pädagog:innen von größter Bedeutung – sowohl für die Sprachvermittlung als auch für eine gesunde Wahrnehmung der eignen Muttersprache.

Das zweite Problem ist der Mangel an Materialien für die frühkindliche Bildung in kurdischer Sprache: von kleinen Lernkarten und Kinderliteratur bis hin zu visuellen Medien. Wenn im Kindergarten nicht genügend kurdisches Material vorhanden ist, verliert die kurdische Sprache in den Augen der Kinder an Wert und wird nicht als gleichwertig mit Deutsch angesehen, für das es ein gutes Angebot an Lernmaterialien gibt. Denn in der zweisprachigen Erziehung wird die »schwache« Sprache von der »starken« verdrängt, wenn den Kindern nicht gleichermaßen Gelegenheit gegeben wird, mit beiden Sprachen in einer ähnlichen Art und Weise in Kontakt zu kommen. Wenn der kurdischen Sprache im Kindergarten von Azad und Xunav nur eine geringe Bedeutung beigemessen wird, wird Xunav wenig Motivation zum Lernen haben, und Azad wird sich immer weiter vom Kurdischen entfernen.

Kindliche Anforderungen an Sprache

Kinder möchten die Sprache in vollen Zügen genießen. Sie wollen in einer Sprache spielen, singen, Geschichten hören und gemeinsam Bücher anschauen können. Sie wollen die Sprachen annehmen und verwenden, in denen sie das alles tun können. Außerdem verwenden Kinder die Sprachen, die sie erlernt haben durchaus situationsbedingt. Kinder wünschen

sich, dass die Wörter und Konzepte einer Sprache ausreichen, um ihre Sorgen und Träume auszudrücken. Das betrifft vor allem die eigene Muttersprache. Wenn diese unzureichend ist, um ihre Sorgen und Träume auszudrücken und eine andere Sprache ihnen diese Möglichkeit bietet, greifen sie ohne Zögern auf die andere Sprache zurück. Um das zu verdeutlichen, können wir ein Beispiel anführen, das wir immer häufiger hören. Viele Eltern berichten davon, dass sie mit ihrem Kind Kurdisch gesprochen haben, das Kind jedoch plötzlich aufhörte Kurdisch zu sprechen, als es in einen deutschen Kindergarten ging. Jetzt antwortet es ihnen auf Deutsch, selbst wenn sie Kurdisch mit ihm sprechen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Eltern, die ihr ganzes Leben lang Deutsch oder eine andere Sprache sprechen und Kurdisch nur am Rande verwenden, bringen ihren Kindern nur ein sehr einfaches Kurdisch bei, das lediglich für einfache Alltagsgespräche ausreicht.

Dies verdeutlicht, dass bei der Kindererziehung nicht der sogenannte »sprachliche Reichtum«, sondern vielmehr der Wortschatz und die Sprachkenntnisse der Kinder ausschlaggebend dafür sind, ob eine Sprache als »stark« oder »schwach« einzustufen ist. Wie gut sich die Erzieher:innen mit der frühkindlichen Pädagogik auskennen, ob sie eine auf Vertrauen basierende Beziehung zu Kindern aufbauen können und wie sehr die verwendeten Materialien die Kinder ansprechen und ihnen Freude bereiten, sind Grundlage und Anzeichen für den Reichtum der Sprache in den Augen und Herzen der Kinder.

Herausforderungen für die Zukunft

Zusammenfassend kann ich sagen, dass das Festhalten an der zweisprachigen Erziehung neue Möglichkeiten eröffnet, vor allem in Kindergärten und bilingualen Schulen, in denen Kurdisch als Lehrsprache fungiert. Doch wenn wir nicht der Ausbildung der Lehrkräfte und der Aufbereitung der Materialien die ausreichende Bedeutung beimessen, kann dieses sogar dazu führen, dass das Kurdische noch mehr Ablehnung erfährt. Dies ist eine große Herausforderung und kann nicht allein durch die Anstrengungen Einzelner oder kleiner Gruppen bewältigt werden. Auch für Institutionen oder Organisationen ist es nicht einfach, diese Herausforderung zu meistern. Daher ist eine große Anstrengung nötig, ein pädagogisches Konzept zu entwickeln, Fachkräfte auszubilden, Unterrichtsmaterialien zu erstellen und weiterzuentwickeln sowie die Kinderliteratur in kurdischer Sprache zu stärken und ihr Angebot zu erweitern.

Es bleibt zu hoffen, dass sich Azad und Xunav künftig in ihrer Gesellschaft und Sprache nicht fremd fühlen und darüber hinaus keine Angst vor der Fremdheit anderer Gesellschaften und Sprachen haben werden.



Soziologie der Freiheit – Die Entstehung der gesellschaftlichen Frage

Gesellschaftlicher Sexismus, Familien-, Frauen- und Bevölkerungsfrage

Abdullah Öcalan

In den letzten Ausgaben des Kurdistan Reports haben wir angefangen, Texte aus dem Kapitel »Die gesellschaftliche Frage« in Band 3 der »Gefängnisschriften – Manifest der demokratischen Zivilisation« von Abdullah Öcalan abzdrukken. Wir begannen mit »Das Problem von Macht und Staat« und »Das gesellschaftliche Problem von Moral und Politik« sowie »Das Mentalitätsproblem der Gesellschaft«. In Ausgabe 235 fuhren wir mit »Wirtschaftliche Probleme der Gesellschaft«, in 236 mit »Das Industrialismusproblem der Gesellschaft« und in Ausgabe 237 mit »Das Ökologieproblem der Gesellschaft« fort. In dieser Ausgabe präsentieren wir den siebten Teil des Kapitels: »Gesellschaftlicher Sexismus, Familien-, Frauen- und Bevölkerungsfrage«.

Die Wahrnehmung der Frau als ein biologisch anderes Geschlecht gehört zu den Hauptfaktoren, die zur Blindheit im Hinblick auf die gesellschaftliche Realität führen. Der Geschlechtsunterschied an sich kann nicht die Ursache irgendwelcher gesellschaftlicher Probleme sein. Genauso, wie die Dualität in jedem Quäntchen im Universum nicht als Problem betrachtet werden kann, kann auch die Dualität der menschlichen Existenz nicht problematisiert werden. Die Antworten auf die Frage »warum ist die Existenz dualistisch?« können nur philosophischer Art sein. Die ontologische Analyse kann nach einer Antwort auf diese Frage suchen. Meine Antwort ist: Die Existenz kann sich nicht jenseits der Dualität ereignen. Die Dualität ist die Ermöglichungsweise der Existenz. Die Frau und der Mann könnten sich, selbst wenn sie nicht so wie gegeben, sondern geschlechtslos (ohne Gegenstück) wären, nicht von der Dualität befreien. Das ist, was man Zweigeschlechtlichkeit nennt. Man sollte sich darüber nicht wundern. Al-

lerdings neigen Dualitäten immer dazu, sich unterschiedlich zu gestalten. Auch den Beweis für die universale Intelligenz (Geist¹) kann man in dieser Tendenz von Dualitäten suchen. Die beiden Seiten der Dualität sind weder gut noch böse, sondern nur unterschiedlich und müssen es auch sein. Wenn die beiden Seiten von Dualitäten gleich werden, kann die Existenz sich nicht mehr verwirklichen. Beispielsweise ließe sich das Fortpflanzungsproblem der Existenz nicht durch zwei Frauen oder zwei Männer lösen. Deshalb ist die Frage »warum Frau oder Mann?« wertlos; oder wenn man unbedingt nach einer Antwort auf diese Frage suchen will, kann man philosophisch antworten, dass das Universum ein solches Werden erfordert, dazu tendiert, sich so denkt, so begehrt ...

Aus diesem Grund ist eine Untersuchung der Frau als Verdichtung sozialer Beziehungen nicht nur sinnvoll, sondern auch von großer Wichtigkeit im Hinblick auf die Lösung und Überwindung gesellschaftlicher gordischer Knoten. Da die patriarchale Sicht mittlerweile immun ist, erscheint ein Bruch mit der Blindheit bezüglich der Frau so schwierig wie die Spaltung eines Atoms.² Dafür bedarf es großer intellektueller Bemühungen und der Zerschlagung der hegemonialen Männlichkeit. Auch auf der Seite der Frau gilt es, die zu einer Existenzweise erhobene und eigentlich gesellschaftlich geschaffene Frau zu analysieren und abzuschaffen. Die Enttäuschungen wegen nicht umgesetzter Utopien, Programme und Grundsätze im Erfolg sowie Misserfolg aller Freiheits- und Gleichheitskämpfe sowie demokratischen, moralischen, politischen und Klassenkämpfe tragen die Spuren des nicht abgeschafften hegemonialen (Macht-)Verhältnisses zwischen Mann und Frau. Alle Verhältnisse, die Ungleichheiten, Sklaverei, Despotismus, Faschismus und Militarismus nähren, haben ihren Ursprung in dieser Beziehungsform. Wenn wir häufig verwendeten Worten

¹ Im Original deutsch.

² Nach dem Albert Einstein zugeschriebenen Aphorismus »Es ist leichter, einen Atomkern zu spalten als ein Vorurteil.«

wie Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Sozialismus Gültigkeit verleihen wollen, die nicht zur Enttäuschung führen soll, müssen wir das um die Frau gesponnene Beziehungsnetz, das genauso alt wie das Gesellschaft-Natur-Verhältnis ist, entflechten oder zerreißen. Es führt sonst kein anderer Weg zu wahrer Freiheit und (Differenzen zulassender) Gleichheit, Demokratie und einer nicht scheinheiligen Moral.

Dem Sexismus wurde seit der Entstehung der Hierarchie die Bedeutung einer Machtideologie verliehen. Er hängt mit Klassen- und Machtbildung eng zusammen. Zahlreiche archäologische, anthropologische und aktuelle Forschungen und Beobachtungen zeigen, dass es lange Zeitspannen gab, in denen die Frau Autoritätsquelle war. Diese Autorität war nicht die der auf Mehrprodukt basierenden Macht, sondern eine Autorität, die auf Produktivität und Fruchtbarkeit zurückzuführen war und die gesellschaftliche Existenz stärkte. Die bei Frauen stärker ausgeprägte emotionale Intelligenz hat enge Verbindungen mit dieser Existenz. Dass die Frau sich an auf Mehrprodukt basierenden Machtkriegen eindeutig nicht beteiligte, liegt an dieser Stellung und ihrer gesellschaftlichen Existenzweise.

Historische Funde und aktuelle Beobachtungen zeigen eindeutig, dass der Mann bei der Entwicklung der mit hierarchischer und staatlicher Ordnung zusammenhängenden Macht die Führungsrolle innehatte. Dazu musste die bis zur letzten Phase der neolithischen Gesellschaft starke Autorität der Frau zerschlagen und beseitigt werden. Wiederum bestätigen historische Funde und aktuelle Beobachtungen, dass mit diesem Ziel langfristige und große Kämpfe verschiedenster Form geführt wurden. Vor allem die sumerische Mythologie, als Gedächtnis der Geschichte und der gesellschaftlichen Natur, ist in dieser Hinsicht äußerst aufschlussreich.

Die Zivilisationsgeschichte ist gleichzeitig die Geschichte der Niederlage und des Verlustes der Frau. Diese Geschichte ist eine, in der die patriarchale Persönlichkeit sich mit Gott und seinen Knechten, mit dem Herrscher und seinen Untertanen, mit der Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst verhärtete. Aus diesem Grund stellen die Niederlage und der Verlust der Frau einen großen Abstieg und eine große Niederlage für die Gesellschaft dar. Die sexistische Gesellschaft ist das Ergebnis dieses Abstiegs und dieser Niederlage. Wenn der sexistische Mann über der Frau seine Herrschaft errichtet, ist er dabei so begierig, dass er jegliche natürliche Berührung in eine Zurschaustellung von Herrschaft verwandelt. Ein biologischer Akt wie der Geschlechtsverkehr ist dabei stets Träger des Machtverhältnisses. Der Mann betrachtet den sexuellen Kontakt mit der Frau so, als wäre es sein Sieg. Er hat dahingehend eine sehr starke Gewohnheit entwickelt und eine Menge Ausdrücke erfunden: »Ich habe sie vernascht!« »Ich habe ein Rohr verlegt!« »Fotze!« »Das Weib braucht immer einen Braten in der Röhre und einen Knüppel auf dem Rücken!« »Nutte, Hure!« »Ein

mädchenhafter Junge!« »Wenn man seine Tochter frei lässt, brennt sie entweder mit dem Trommler oder mit dem Pfeifer durch!« Es ist offensichtlich, wie wirksam der Zusammenhang zwischen Sexualität und Macht in der Gesellschaft ist. Selbst heute noch ist es eine soziologische Tatsache, dass der Mann über der Frau unzählige Rechte besitzt, die bis zum »Recht auf Morden« reichen. Diese »Rechte« werden jeden Tag wahrgenommen. Die überwältigende Mehrheit der Beziehungen haben den Charakter von Übergriffen und Vergewaltigungen.

Die Familie wurde in diesem gesellschaftlichen Zusammenhang als kleiner Staat des Mannes konstruiert. Die stetige Vervollkommnung der Familie in ihrer bestehenden Art und Weise in der Zivilisationsgeschichte rührt von der großen Stärke her, die sie den Staatsapparaten verleiht. Erstens wird die Familie, die um den Mann herum zur Macht wird, zur Keimzelle der Staatsgesellschaft gemacht. Zweitens wird durch die Familie das grenzenlose Arbeiten der Frau ohne Gegenleistung gewährleistet. Drittens kommt sie für den Bedarf an Nachwuchs auf, indem sie Kinder großzieht. Viertens steht sie als Klischee gesellschaftlich für Sklaverei und Hilfsbedürftigkeit. Somit stellt die Familie eigentlich eine Ideologie dar. Sie ist die Institution, durch die die dynastische Ideologie funktionalisiert wird. Jeder Mann sieht sich in seiner Familie als Herrscher eines kleinen Feudalstaates. Diese dynastische Ideologie spielt eine wichtige Rolle bei der Wahrnehmung der Familie als eines sehr wichtigen Phänomens. Über je mehr Frauen und Kinder die Familie verfügt, desto größer die Sicherheit und Würde, die der Mann erlangt. Es ist ebenfalls wichtig, die Familie in ihrer bestehenden Art und Weise als eine ideologische Institution zu betrachten. Wenn man der Macht und dem Staat die Frau und die Familie in ihrer bestehenden Art und Weise entzöge, bliebe sehr wenig an Ordnung übrig. Aber der Preis, den man für diese Art und Weise der Familie zahlt, ist die Gefangenschaft der Frau in einer schmerzhaften, armen, hilfsbedürftigen Existenzweise, in einer Niederlage in einem stetigen Krieg niedriger Intensität. Eine nahezu der im Laufe der Geschichte von Kapitalmonopolen über der Gesellschaft errichteten ähnliche Monopolkette ist das »männliche Monopol« über der Frauenwelt – wohl das älteste und stärkste Monopol überhaupt. Die Existenz der Frau als die älteste Kolonie zu betrachten, führt uns zu realistischeren Ergebnissen. Frauen als »das nicht zur Nation gewordene älteste Kolonialvolk« zu bezeichnen, wäre am zutreffendsten.

Die kapitalistische Moderne hat, trotz ihrer ganzen liberalen Ausschmückung, der Frau weder Freiheit noch Gleichheit beschert, sondern verlieh ihr einen noch schwerer zu ertragenden Status, indem sie ihr zusätzliche Aufgaben auferlegte. Der Status als billigste Arbeiterin, Hausarbeiterin, unbezahlte Arbeiterin, flexible Arbeiterin und Dienerin zeigt, dass der Zustand sich immer weiter verschlimmerte. Zudem wurde der Missbrauch an der Frau als Illustrierten-Wesen und Werbemittel

vertieft. Selbst ihr Körper wird zum Zwecke vielfältigsten Missbrauchs im Warenzustand gehalten. Sie ist das kontinuierliche Anreizmittel der Werbeindustrie. Kurz, sie ist die fruchtbarste Vertreterin moderner Sklaven. Können wir uns eine wertvollere Ware vorstellen als die, die einerseits fortwährendes Vergnügungsmittel ist, andererseits den größten Gewinn einbringt?

Die Bevölkerungsfrage hängt eng mit dem Sexismus, der Familie und der Frau zusammen. Mehr Bevölkerung heißt mehr Kapital. ›Hausfrauentum‹ ist eine Bevölkerungsfabrik – eine Fabrik, die für das System die wertvollsten Waren, derer es sehr bedarf, also Nachkommen, produziert. Leider wurde die Familie unter der monopolistischen Herrschaft in diesen Zustand versetzt. Während die Frau den Preis für alle Schwierigkeiten zu zahlen hat, stellt der Wert der Ware das wertvollste Geschenk für das System dar. Das Bevölkerungswachstum schadet am meisten der Frau. Genauso verhält es sich auch bei der dynastischen Ideologie. Der Familiarismus als populärste Ideologie der Moderne bildet die letzte Phase des Dynastismus. Alle diese Umstände sind in die nationalstaatliche Ideologie ebenfalls sehr gut integriert. Was könnte wertvoller sein, als für den Nationalstaat Kinder großzuziehen? Größere nationalstaatliche Bevölkerung bedeutet größere Stärke. Die Bevölkerungsexplosion basiert also auf dem streng organisierten Kapital und den lebenswichtigen Interessen der männlichen Monopole. Schwierigkeiten, Kummer, Schmerzen, Anschuldigungen, Armut und Hunger gebühren der Frau, Genuss und Gewinn ihrem ›Ehemann‹ und Kapitalisten. Kein anderes Zeitalter in der Geschichte brachte die notwendige Kraft auf, die Frau so vielseitig zu missbrauchen. Die Frau als erste und letzte Kolonie erlebt den kritischsten Moment der Geschichte.

Allerdings bürge eine auf einer mit Freiheit, Gleichheit und Demokratie geladenen Philosophie beruhende Lebenspartnerschaft mit der Frau in sich die Fähigkeit, für das Schöne, Gute und Richtige auf perfektem Niveau zu sorgen. Ich für meine Person finde das Zusammenleben mit der Frau im beschriebenen Status nicht nur äußerst problematisch, sondern auch hässlich, schlecht und falsch. Seit meiner Kindheit habe ich noch nie den Mut gezeigt, mit der Frau unter dem bestehenden Status zusammenzuleben. Es ging dabei um ein Leben, das einen so starken Trieb wie den Geschlechtstrieb infrage stellt. Der Geschlechtstrieb dient der Fortexistenz des Lebens. Er ist ein Naturwunder, das als heilig angesehen werden sollte. Das Kapital und das männliche Monopol haben aber die Frau dermaßen beschmutzt, dass diese Fähigkeit, dieses Naturwunder in eine äußerst erniedrigte Institution verwandelt wurde, die wie eine »Nachwuchsfabrik« Waren produziert. Während die Gesellschaft mit diesen Waren durcheinander gebracht wird, erlebt die Umwelt unter der Last dieser Bevölkerung (derzeitig rund sieben Milliarden; wenn es so weiter geht, stellen Sie sich vor, wie es der Umwelt mit zehn oder fünfzig Milliarden ginge) Augenblick für Augenblick den Untergang.

Zweifellos ist es ein heiliges Ereignis, mit einer Frau ein gemeinsames Kind zu haben; es ist der Beweis dafür, dass das Leben nicht versiegen wird. Es lässt einen die Unendlichkeit spüren. Könnte es ein wertvolleres Gefühl als das geben? Jede Spezies spürt durch dieses Phänomen die Aufregung, sich ins Unendliche zu begeben. Insbesondere beim heutigen Menschen ereignet sich dieser Umstand aber auf dem Niveau – wie einst ein Dichter sagte – »Verderben bringen uns unsere Nachfahren«³. Es lässt sich nicht leugnen, dass wir wieder einmal mit der Morallosigkeit, Hässlichkeit und Falschheit des Kapital- und männlichen Monopols konfrontiert sind, die sowohl der Ersten als auch der Zweiten Natur widersprechen.

Was von Menschen konstruiert wurde, lässt sich auch von Menschen zerstören. Es handelt sich hier weder um ein Naturgesetz noch um ein Schicksal, sondern um die zu zerstörenden Ordnungen der Monopole, um die Hände des krebserkrankten und mit Hormonen vollgepumpten Lebens des Netzwerks des schlaun und listigen Mannes. Ich spürte immer, dass dieses perfekte, dieses – sofern man wissen kann – beste Paar im Universum einen tiefen Sinn erlangen sollte. Ich brachte den Mut auf, gegenüber allen Beziehungen dem gemeinsamen Denken mit der Frau, der Diskussion und Behebung der Probleme, wann, wie viele sie auch immer sein sollten, Vorrang einzuräumen. Zweifellos ist nur die Frau, die stark denkt, gute, schöne und richtige Entscheidungen treffen kann, mich fasziniert, indem sie über mich hinauswächst, und meine Gesprächspartnerin sein kann, ein Eckpfeiler meiner philosophischen Suche. Ich habe stets daran geglaubt, dass die Geheimnisse des Lebensflusses im Universum mit ihren besten, schönsten und richtigsten Seiten in dieser Frau eine Bedeutung erlangen werden. Aber ich glaubte im Gegensatz zu allen anderen Männern gleichzeitig auch an meine Moral, die mir das Teilen meiner Existenzweise mit der Ware ›des Mannes und des Kapitals‹, mit ›Hürmüz mit den neunzigtausend Ehemännern‹ verbietet. Also kann über den Feminismus hinaus die ›Jineoloji‹⁴ (Frauenwissenschaft) zweckdienlich sein.⁵



3 Die Zeile »Başımıza bela dölümüz bizim« stammt aus dem mehrfach vertonten Gedicht »Nesini söyleyim canım efendim« des wandernden Volksängers und Dichters Serdâri (ca. 1833–1921).

4 Kurdisch aus jin = Frau und -loji = -logie.

5 Siehe die Ausführungen zum Feminismus im siebten Teil dieses Bandes.

Rolle der Frauen im Friedensprozess und Öcalans einzigartiger Ansatz

von Meral Çiçek, Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung und Journalistin, sowie Redaktionsmitglied der Zeitschrift Jineoloji.

Vor genau 13 Jahren, am 9. Januar 2013, sind in Paris drei kurdische Frauen ermordet worden. Unter ihnen Sakine Cansız, eine der zwei weiblichen Gründungsmitglieder der PKK, lebende Widerstandslegende und Verkörperung des Frauenbefreiungskampfs in Kurdistan. Der vom türkischen Geheimdienst angeworbene Auftragsmörder starb in Haft, noch bevor die Hauptverhandlung begann. Die französische Justiz hat daraufhin den Fall zu den Akten gelegt und so ihren Beitrag dazu geleistet, die eigentlichen Drahtzieher zu schützen und das Attentat im Dunkeln zu lassen. Deshalb protestiert die kurdische Frauenbewegung in Europa dieses Jahr mit der Parole »Keine Gerechtigkeit ohne Aufklärung« und fordert die französische Justiz dazu auf, sowohl das Massaker vom 9. Januar 2013 als auch die Ermordung von drei kurdischen AktivistInnen in Paris am 23. Dezember 2022 lückenlos aufzuklären und die Verantwortlichen zu verurteilen.

Auch aus heutiger Perspektive, im Zusammenhang mit dem aktuellen Prozess für Frieden und eine demokratische Gesellschaft, ist es von Bedeutung, die Umstände der Ermordung von Sakine Cansız zu beleuchten. Denn dieses Attentat fiel zeitlich zusammen mit dem Beginn der Dialogphase zwischen Abdullah Öcalan und dem türkischen Staat, welche Ende 2012 begonnen und kurz vor den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 geendet hat. Recep Tayyip Erdoğan, damals noch Premierminister der Türkei, machte am 28. Dezember 2012 publik, dass der türkische Geheimdienst MIT Gespräche mit Abdullah Öcalan führt, um eine Lösung für die kurdische Frage zu finden. Wenige Tage später, am 3. Januar 2013, besuchten zum ersten Mal VertreterInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı. Sechs Tage später fand das Pariser Attentat statt.

Erst 45 Tage nach den Pariser Morden hat es ein weiteres Treffen zwischen Öcalan und der BDP gegeben. Das ist bezeichnend und zeigt, dass das Attentat den Prozess vorübergehend ausgesetzt oder mindestens hat stocken lassen. Es ist davon auszugehen, dass zwischen dem 9. Januar und dem 23. Februar 2013, also dem Datum des zweiten Treffens zwischen Öcalan und der BDP, Gespräche zwischen Öcalan und dem türkischen Geheimdienst stattgefunden haben. Bei diesen Ge-

sprächen muss der MIT Öcalan gegenüber versichert haben, dass dieses Attentat von Elementen innerhalb des türkischen Staates und eventuell auch internationalen Kräften, die gegen eine Lösung der kurdischen Frage sind, geplant worden ist. Öcalan selbst sagte hierzu beim Treffen mit der BDP-Delegation am 23. Februar 2013: »Hinter der Ermordung von Sakine stecken diese Art von Gruppen. Die neue Gladio wird nicht richtig verstanden. Sie haben alles, was für die Lösung [der kurdischen Frage] gemacht wird, sabotiert. Der Fall Sakine hegt bei mir Argwohn. Es ist unklar. Sakine vertrat in Europa den Frieden. Das Massaker ist nicht aufgeklärt. Es macht keinen Unterschied, ob sie jetzt mich oder Sakine getötet haben. Das ist ein sehr dunkler Vorfall.«

Wollten verschiedene geheimdienstliche Elemente mit diesem Attentat den Friedensprozess sabotieren? Wollten sie Öcalan bedrohen und erpressen? Und noch wichtiger: Wer waren die Drahtzieher? Inwieweit waren ausländische Geheimdienste involviert? Was war ihr Plan in Bezug auf die kurdische Frage und die damaligen Entwicklungen in Rojava? Und welche Schlüsse sind hieraus zu ziehen für den momentanen politischen Prozess in Kurdistan, der Türkei und Syrien? Diese Fragen sollten auch heute im Hinterkopf behalten werden. Übrigens hat Numan Kurtulmuş, Präsident des Türkischen Parlaments und aktuell auch Vorsitzender der im Parlament eingerichteten »Kommission für Nationale Solidarität, Geschwisterlichkeit und Demokratie« Anfang November auf einer Zusammenkunft mit den ChefredakteurInnen einiger Medienunternehmen eingeräumt, dass die Pariser Morde von Elementen innerhalb des türkischen Geheimdienstes begangen worden sind. Jedoch hat er die Schuld auf die Fethullah Gülen Bewegung, die den Staat infiltriert haben soll, geschoben: »In der Phase damals waren die meisten Institutionen, die im Namen des Staates diese Sache geführt haben, unter dem Einfluss von FETÖ [zu Deutsch »Fethullahistische Terrororganisation«]. Vom Leaken der Oslo-Gespräche bis zu den Attentaten in Frankreich resultierten daraus alle Sabotageaktionen. Heute jedoch befindet sich die Phase vollkommen unter Kontrolle der politischen Macht.«¹

¹ www.bbc.com/turkce/articles/cvgdnp48qkno.amp



Seit Januar 2013 nahm Pervin Buldan, zurzeit Ko-Vorsitzende der DEM Partei, an sämtlichen Delegationen der DEM-Partei, bzw. HDP auf die Gefängnisinsel İmralı teil, um in den Gesprächen mit Abdullah Öcalan insbesondere die Perspektive der Frau einzubringen. Foto: ANF

Rolle der Frauen im Friedensprozess

Es ist kein Zufall, dass die Gegner einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage am 9. Januar 2013 mit einem bis dato beispiellosen Angriff auf die kurdische Frauenbewegung versucht haben, den Prozess zu untergraben. Dieser Angriff stand in direktem Zusammenhang mit der Rolle und Bedeutung der Frauenbewegung im Friedensprozess. Denn in diesem Punkt ist die Herangehensweise von Abdullah Öcalan beispiellos.

Die Teilnahme von Frauen in Friedensprozessen wird auch im Rahmen der UN Resolution 1325 mit der Agenda »Frauen, Frieden und Sicherheit« gefordert. Jedoch ist 25 Jahre nach Verabschiedung der Resolution die Repräsentation und Partizipation von Frauen in Friedensverhandlungen immer noch sehr, sehr gering. Den Vereinten Nationen nach waren 2024 weltweit nur 7 % der Verhandlungsführer:innen Frauen und in 9 von 10 Friedensverhandlungen waren Frauen nicht vertreten. In Vermittlungsrollen lag die Repräsentation bei 14 %, wobei zwei Drittel der Mediationen keine Frauen einschlossen.² Dabei besteht theoretisch Einigkeit darüber, dass nur

mit aktiver Teilnahme von Frauen Frieden sowohl möglich als auch dauerhaft sein kann.

Jedoch sollte die Teilnahme und Vertretung von Frauen in Friedensprozessen und Verhandlungen nicht nur auf Zahlen reduziert werden. Wichtig ist neben der Quantität auch die Qualität. Aus dieser Sicht stellen die Herangehensweise und das Verständnis von Abdullah Öcalan sowie die praktischen Erfahrungen sowohl im Prozess 2013-2015 als auch in der aktuellen Phase ein wichtiges Beispiel dar und verdienen dementsprechend auch im Rahmen der Agenda »Frauen, Frieden und Sicherheit« Respekt und Wertschätzung.

Die »Friedensphase« von 2013 bis 2015 begann offiziell am 3. Januar 2013 mit einem Treffen zwischen Abdullah Öcalan und den damaligen BDP-Abgeordneten Ayla Akat Ata³ und Ahmet Türk auf der Gefängnisinsel İmralı. Die Zusammensetzung dieser ersten Delegation reflektierte die Realitäten der kurdischen Bewegung in Bezug auf Gleichstellung der Geschlechter. Zum damaligen Zeitpunkt praktizierte die BDP bereits das Prinzip des Co-Vorsitzes mit Gültan Kışanak und

² <https://docs.un.org/en/S/2025/556>

³ Ayla Akat Ata war Anfang der 2000er Jahre auch Anwältin von Öcalan

Selahattin Demirtaş als Co-Vorsitzende. Am zweiten Treffen zwischen Öcalan und Abgeordneten der BDP nahmen Pervin Buldan (damals Fraktionsvorsitzende der BDP), Sirri Süreyya Önder und Altan Tan teil. Im weiteren Prozess gab es noch zweimal personelle Veränderungen in der İmralı-Delegation der BDP bzw. HDP⁴, jedoch sind Pervin Buldan und Sirri Süreyya Önder konstant Teil der Delegation geblieben. Mit einem Besuch von Pervin Buldan und Sirri Süreyya Önder auf der İmralı-Insel am 28. Dezember 2014 hat auch der momentane Prozess begonnen.

Sowohl 2013-2015 als auch im aktuellen Prozess hat es kein einziges Gespräch zwischen Öcalan und VertreterInnen der pro-kurdischen Parteien (BDP, HDP und aktuell DEM Partei) ohne Frauenpartizipation und -repräsentation gegeben. Aber Pervin Buldan saß (und sitzt) nicht »nur« am Verhandlungstisch, damit eine Quote eingehalten oder umgesetzt wird. Auch ist sie hier nicht als Einzelperson zu sehen. Denn zugleich fungiert sie auch (nicht nur) als Brücke zwischen der Frauenbewegung und İmralı. In dieser Funktion steht sie in ständigem Kontakt mit der kurdischen Frauenbewegung und anderen Frauengruppen in der Türkei sowie mit inhaftierten Politikerinnen. Sie ist für diese auch eine Art Ansprechperson in Zusammenhang mit dem Prozess. So können Vorschläge, Kritikpunkte und Botschaften von Frauen bezüglich des Prozesses an Öcalan weitergetragen werden. Ein Nebeneffekt der Präsenz von Pervin Buldan ist, dass Öcalan bei fast jedem Gespräch die Frauenfrage anspricht, seine Gedanken hierzu zum Ausdruck bringt und den Zusammenhang zwischen Frieden und Frauenbefreiung konkretisiert. D.h. bei jedem Gespräch wird auch über die Geschlechterfrage und Perspektiven für die Frauenbefreiung gesprochen. Das ist einzigartig. Es hat weltweit bisher keinen Friedensprozess gegeben, bei dem die Frage der Freiheit der Frau so stark im Zentrum gelegen ist. Und das hängt natürlich mit Abdullah Öcalans Verständnis von Freiheit sowie seiner Verbundenheit mit dem Frauenbefreiungskampf zusammen. Auch dieser Punkt wird leider immer noch viel zu wenig zur Kenntnis genommen von Organisationen, die eine starke Teilnahme von Frauen in Friedensprozessen propagieren, allen voran der UNO und UN Women.

Frauenbefreiung als strategische Säule des Friedensprozesses

In Öcalans Ansatz stellt die Frage um die Freiheit der Frau eine strategische Säule des Friedensprozesses selbst dar. Aus diesem Grund hat er während des Prozesses 2013-2015 vorgeschlagen, dass eine Frauenfreiheitskommission gegründet wird. Insgesamt hatte er die Gründung von 8 Kommissionen vorgeschlagen, mit denen der Friedensprozess sowohl in kon-

kreten Feldern vertieft als auch vergesellschaftlicht werden sollte. Daraufhin sind zahlreiche Frauen aus Kurdistan und der Türkei im Mai 2015 in Istanbul bei der »Frauen Freiheitstagung zur Phase der Demokratischen Lösung und Verhandlungen« zusammengekommen und haben dort die Gründung der Frauenfreiheitskommission beschlossen, welche im Juli desselben Jahres ihre Arbeiten aufgenommen hat.

Die spezielle Herangehensweise von Öcalan reflektiert sich auch auf den Tagesordnungen, die er häufig vor den Gesprächen erstellt und schriftlich festgehalten hat. Beispielsweise findet sich der Tagesordnungspunkt »Frauenbefreiung und gesellschaftliche Partizipation« auf einer Liste, die Öcalan am 15. August 2014 als Agenda für ein Gespräch mit der HDP-Delegation erstellt hat, wieder.⁵

Obwohl mit der Abgeordneten Pervin Buldan eine Frau ihren Platz am Verhandlungstisch eingenommen hatte, hat sich Öcalan im weiteren Prozess für eine direkte Vertretung der kurdischen Frauenbewegung stark gemacht. Ihm ist sehr wichtig gewesen, dass die Frauenbewegung ihre eigene Vertreterin entsendet und somit der Wille der Frauenbewegung als organisierte Kraft am Verhandlungstisch repräsentiert wird. Das stellt qualitativ gesehen einen großen Unterschied dar. Und deshalb wurde diese Forderung von Öcalan auch lange Zeit vom türkischen Staat abgelehnt. Als die damals 37-jährige Ceylan Bağrıyanık als Vertreterin der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) dann am 4. Februar 2015 als Teil der İmralı-Delegation das erste Mal am Treffen mit Öcalan teilnehmen konnte, sagte dieser: »Es war ein Kraftakt, Sie hierher zu bekommen. Ich habe mich sehr darum bemüht. Sie hierher zu holen, war schwieriger als den Staat zu verändern. Aber am Ende haben wir es geschafft.« Die Bedeutung der direkten Vertretung und Teilnahme der Frauenbewegung am Friedensprozess unterstrich Öcalan am 27. Februar 2015 folgendermaßen: »Ich gratuliere den Frauen dazu, dass sie zum ersten Mal in einem Verhandlungsprozess vertreten sind. Das hat historische Bedeutung.«

In Öcalans Denken sind Frieden und Frauenbefreiung nicht voneinander zu trennen. Für ihn stellt die Versklavung und Ausbeutung der Frau den Ursprung der sozialen Frage dar, welche historisch gesehen wiederum durch Anwendung von Gewalt und Krieg entstanden ist. Unter Bedingungen von Krieg als Konzentration von Gewalt können weder Frau noch Gesellschaft frei sein. Ebenso können Krieg und Demokratie nicht gemeinsam existieren. Das heißt, in Zeiten des Krieges verschärft sich die soziale Frage.

⁴ Im Juni 2014 hat sich die BDP mit der HDP zusammengeschlossen und die Fraktion im Türkischen Parlament hat sich umbenannt

⁵ Die Protokolle der Gespräche zwischen Öcalan und der BDP bzw. HDP Delegation von 2013 bis 2015 sind 2015 vom Mesopotamien-Verlag mit dem Titel »Demokratik Kurtuluş ve Özgür Yaşamı İnşa – İmralı Notları« (Demokratische Befreiung und Aufbau des Freien Lebens – İmralı Notizen) in Buchform veröffentlicht worden.



Sakine Cansız (rechts) hielt sich in Europa auf, um eine Lösung für die kurdische Frage voranzubringen. Am 9. Januar 2013 wurde sie von einem türkischen Agenten in Paris ermordet. Foto: Archiv

Zusammenhang von Frieden und demokratischer Gesellschaft

Öcalan versteht Frieden nicht als das Schweigen von Waffen. Im Gegenteil; er definiert den Kriegszustand als »das Fehlen des Friedens«⁶. Frieden ist für ihn untrennbar mit seinem Konzept der »demokratischen Gesellschaft« verbunden, weshalb er seinen Aufruf vom 27. Februar 2025 auch als »Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft« betitelt hat. Die »demokratische Gesellschaft« ist in Öcalans Schriften und Denken ein Dauerthema. Deshalb finden sich verschiedene Definitionen, welche jeweils unterschiedliche Aspekte der demokratischen Gesellschaft beleuchten. Beispielsweise schreibt Öcalan im 3. Band seines Manifests der demokratischen Zivilisation: »In den Versuchen mit individualistischen (zügelloser Liberalismus) und kollektivistischen (Pharaonensozialismus) Modellen des zwanzigsten Jahrhunderts, die große Zerstörungen nach sich zogen, hat sich deutlich gezeigt, dass die demokratische Gesellschaft den fruchtbarsten Boden für eine Harmonisierung der individuellen Freiheiten und der kollektiven Freiheiten darstellt. Wir können festhalten, dass die demokratische Gesellschaft das geeignetste gesellschaftspolitische Regime ist, um sowohl individuelle mit kollektiven Freiheiten auszubalancieren als auch ein Verständnis von Gleichheit zu fördern, das auf Unterschiedlichkeiten basiert.«⁷

In seinen Perspektiven, die von Öcalan als Politischer Bericht an den Auflösungskongress der PKK gesendet worden sind, fungiert die demokratische Gesellschaft auch als Synonym für die demokratische Kommune und demokratischen Sozialismus. Die demokratische Gesellschaft steht also für eine soziale Lebensweise, Beziehungsstrukturen und Selbstorganisation

entsprechend kommunalistischer Prinzipien. Diese Prinzipien definiert Öcalan als Ablehnung jeglicher Form von Macht, Herrschaft und Ausbeutung sowie als egalitäre, freiheitliche, ökologische und solidarische Lebenskultur. Die demokratische Gesellschaft basiert auf Selbstverwaltung und Selbstverteidigung. Sie ist außerhalb des Staats zu lokalisieren und erkennt die Existenz des Staates im Rahmen einer »demokratischen Integration« an, fordert aber ebenso vom Staat anerkannt und akzeptiert zu werden. Öcalan hatte dieses Verhältnis zuvor als »Staat + Demokratie« formuliert. Daraus folgt die Losung: – »Frieden, in letzter Instanz, ist die bedingte Übereinkunft zwischen der Demokratie und dem Staat.«

Frauen spielen eine führende Rolle im Aufbau der demokratischen Gesellschaft. Denn Demokratie erfordert die Überwindung von Herrschaft und Ungleichheit nicht nur im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, sondern in allen gesellschaftlichen Beziehungen. Die demokratische Gesellschaft steht im Widerspruch zum Patriarchat. Sie funktioniert über eine demokratische Gesellschaftskultur. Öcalan hatte dies in seinen Verteidigungsschriften als »politische und moralische Gesellschaft« definiert. Vereinfacht heißt das, dass alle Teile der Gesellschaft auf gleichberechtigte Weise sich am gesellschaftlichen Prozess beteiligen, dass sie ihre Bedürfnisse und Probleme gemeinsam diskutieren, gemeinsam Beschlüsse fassen und diese auch gemeinsam umsetzen. Inhaltlich geht es dabei auch darum, die Gesellschaft bzw. das Gesellschaftliche von neuem aufzubauen und zu verteidigen in einer Welt, in der durch den Liberalismus Gesellschaft auf eine Gruppe von Individuen reduziert und dadurch die Kommunalität – die Stammzelle gesellschaftlichen Lebens – abgebaut wird.

Frauen und demokratische Politik

In seinen Schriften analysiert Öcalan die Rolle von Frauen im Aufbau von gesellschaftlichem Leben aus historischer Sicht. Er unterstreicht die führende Rolle der Mutter-Frau in der Entwicklung von Kommunalität und gesellschaftlichen Werten und bezeichnet sie als »Hauptstifterin«. Dabei stützt er sich auf Forschung zu matrilinearen Clan-Gesellschaften im Paläolithikum und Neolithikum in Mesopotamien. Göttinnenkult stellt er in Verbindung hierzu und interpretiert diesen Kult nicht nur im Zusammenhang mit Fruchtbarkeit, sondern mit der Rolle, welche die Frau im Aufbau des gesellschaftlichen Lebens gespielt hat.

Öcalan nach ist es essentiell, dass Frauen – kommunalistische Frauen – für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft diese Rolle zurückfordern. Mit der Frage »Wie wird man zu einer kommunalistischen Frau?« macht er darauf aufmerksam, dass dies in einem Prozess der Geschlechterbefreiung geschehen muss. Frauen müssen Kleider und Ketten, Denkmäler und Ge-

6 Öcalan, Abdullah: Soziologie der Freiheit. Manifest der demokratischen Zivilisation, Band III, Münster, 2020, S. 178

7 Ebd. S. 63 f.

fühle des patriarchalen Ausbeutungssystem und der kapitalistischen Moderne ablegen, um eine führende Rolle im Aufbau der demokratischen Gesellschaft spielen zu können. Die autonome Organisation der Frauenbewegung bildet den Raum und den Rahmen für die Bildung dieses Geschlechterbewusstseins und ist deshalb immer noch notwendig. Hierzu schreibt Öcalan in seinem Buch *Soziologie der Freiheit*: »Es heißt oft, das allgemeine Niveau der Freiheit einer Gesellschaft sei proportional zum Niveau der Freiheit der Frau. Entscheidend ist nur, zu welchen inhaltlichen Konsequenzen diese richtige Feststellung führt. Die Freiheit und Gleichheit der Frau sind nicht lediglich Maße für die gesellschaftliche Freiheit und Gleichheit. Sie erfordern auch Theorie, Programm, Organisation und Handlungsmechanismen. Noch wichtiger: Dies zeigt auch, dass es ohne Frauen keine demokratische Politik geben kann, dass sogar eine Klassenpolitik mangelhaft bleibt, kein Frieden geschaffen und keine Umwelt geschützt werden kann.«⁸

Die Teilnahme und Vertretung von Frauen in Friedensprozessen kann nicht losgelöst von der Teilnahme am politischen Leben gedacht werden. Wenn Frauen keine starke Rolle in der Politik spielen, werden sie auch nicht in der Lage sein, Inhalte und Ziele von Verhandlungen zu beeinflussen. 2013-2015 ist zugleich auch die Phase gewesen, in der innerhalb der kurdischen Freiheitsbewegung in allen Teilen Kurdistans und in der Diaspora das Modell des Co-Vorsitzes und das Prinzip der gleichen Partizipation und Repräsentation etabliert worden ist. Dieses Prinzip besagt, dass Frauen in allen Entscheidungsmechanismen gleich vertreten sind. Dabei geht es nicht nur um quantitative Gleichheit, sondern um die qualitative Dimension. Denn die gleiche Teilnahme und Vertretung stellt aus Sicht von Frauen nicht nur eine Möglichkeit, sondern zugleich auch eine große Verantwortung dar. Ihre Aufgabe ist es, transformativ zu agieren, indem sie in allen Mechanismen eine Kultur der Demokratie und eine Mentalität der Freiheit leben und repräsentieren. Das ist die Essenz der demokratischen Politik. In diesem Sinne spielen sie eine führende Rolle in der Demokratisierung von Politik. Hierfür ist autonome Organisation von allen Frauen notwendig. Denn letztendlich geht es darum, den kollektiv organisierten Willen der Frauenbewegung zu repräsentieren und nicht als Einzelpersonen zu agieren.

Kein Frieden ohne Demokratie und Freiheit

Frieden bildet den Grundboden für die Entfaltung der demokratischen Gesellschaft. Frieden ist dementsprechend kein Endziel, sondern notwendige Grundlage, damit Gesellschaft sich frei, gleichberechtigt und demokratisch organisieren kann. D.h. die demokratische Gesellschaft kann nur unter friedlichen Bedingungen existieren und umgekehrt kann es

Frieden nur geben, wenn der Staat die Existenz und den Willen der demokratischen Gesellschaft anerkennt. Konkret heißt dies, dass der türkische Staat die Existenz des kurdischen Volks als demokratischer Gesellschaft mit ihren eigenen demokratischen Institutionen anerkennt und diese sich auf Grundlage gegenseitiger Anerkennung demokratisch integriert.

Die Selbstorganisation als demokratische Gesellschaft erfordert gesellschaftliche Veränderung und Transformation bzw. Selbstdemokratisierung. Deshalb spricht Öcalan vom »Aufbau der demokratischen Gesellschaft«. Führende Rolle in diesem Prozess trägt die Frau, die im autonom organisierten Bereich ein Bewusstsein für Freiheit, Gleichheit und Demokratie bildet und in gemischten Strukturen gegen Patriarchat, Sexismus, Reaktionismus, Zentralismus, Bürokratie, Macht und Hierarchien kämpfend gesellschaftlichen Wandel fördert. Diese Schlüsselrolle von Frauen für gesellschaftliche Freiheit und Demokratie gilt ebenso für Frieden. Genauer gesagt sind Freiheit, Demokratie und Frieden nicht voneinander zu trennen und können nicht ohne einander existieren.

Das Schlusswort möchte ich an dieser Stelle an Abdullah Öcalan weiterreichen, der in seiner *Soziologie der Freiheit*, welche in diesem Text oft zitiert worden ist, dieses Verhältnis zwischen Frau und der Dreieinigkeit zwischen Frieden, Freiheit und Demokratie eindrucksvoll zum Ausdruck bringt: »Die Frau als fundamentaler Bestandteil der moralischen und politischen Gesellschaft spielt eine entscheidende Rolle bei der Bildung einer Ethik und Ästhetik des Lebens, die Freiheit, Gleichheit und Demokratisierung widerspiegeln. Die Wissenschaft von Ethik und Ästhetik ist ein integraler Bestandteil der Frauenwissenschaft. Aufgrund ihrer hohen Verantwortung im Leben wird die Frau zweifellos die treibende intellektuelle und umsetzende Kraft hinter Durchbrüchen und Fortschritten in allen ethischen und ästhetischen Angelegenheiten sein. Die Verbindung der Frau mit dem Leben ist viel umfassender als die des Mannes. Damit hängt das hohe Niveau ihrer emotionalen Intelligenz zusammen. Deshalb ist Ästhetik im Sinne einer Verschönerung des Lebens eine existentielle Angelegenheit für die Frau. Auch in ethischer Hinsicht (Ethik = Theorie der Moral, Ästhetik = Theorie der Schönheit) trägt die Frau eine umfassendere Verantwortung. Es liegt in ihrer Natur, dass die Frau sich im Sinne der moralisch-politischen Gesellschaft realistischer und verantwortungsvoller verhält, wenn es darum geht, Bewertungen, Feststellungen und Entscheidungen in Bezug auf die guten und schlechten Aspekte von Bildung, die Bedeutung des Lebens und des Friedens, die Übel und Schrecken des Krieges sowie Fairness und Gerechtigkeit zu treffen. Damit meine ich natürlich nicht die Frau, die Marionette und Schatten des Mannes ist. Es geht um die freie und gleiche Frau, die sich die Demokratisierung zu eigen gemacht hat.« {S. 382}

Die Prozessklärung von Mehmet Karaca vor dem Oberlandesgericht in Berlin

»Der Friedensprozess zeigt, dass sich die Zeit verändert hat«

Mehmet Karaca

Am Montag, dem 17. November 2025 musste Mehmet Karaca nach der Urteilsverkündung nicht mehr zurück in die Zelle in der JVA Berlin-Moabit. Er konnte das Gerichtsgebäude durch die große Tür nach draußen verlassen. Seine zweijährige Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurde auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. In der Urteilsbegründung stuft das Gericht die PKK als »terroristische Vereinigung im Ausland« ein und geht allerdings auch auf den aktuellen Friedensprozess und die erfolgten Schritte der PKK ein. Der Vertreter der Generalbundes-anwaltschaft hatte vier Jahre und drei Monate Haft gefordert. Er hat Revision angekündigt.

Das letzte Wort nach den Plädoyers der Anklage und der Verteidigung hatte Mehmet Karaca:

Sehr geehrtes Gericht,

Ich spreche hier nicht nur als Angeklagter, sondern als Mensch, als Kurde und als jemand, der an den Frieden glaubt.

Ich möchte sagen, dass wir Kurdinnen und Kurden nie den Krieg wollten. Wir haben schon immer den Frieden gewollt. Wir wünschen uns ein Leben in Würde, Gleichberechtigung und Freiheit und das gemeinsam mit allen Menschen, egal welcher Herkunft oder Religion. Unser Ziel war nie der Krieg, sondern immer die Gerechtigkeit und die Freiheit.

Im letzten Jahr hat sich viel verändert. Eine neue Zeit ist angebrochen. Der bewaffnete Kampf der PKK ist vorbei. Die Organisation PKK, die über viele Jahrzehnte Teil dieses Konflikts war, hat sich aufgelöst. Die Auflösung der PKK ist ein Schritt, der endgültig ist. Dieser Schritt zeigt, dass der Weg des Kampfes für immer vorbei ist. Viele Menschen, auch ich, sind fest davon überzeugt, dass nur politischer Dialog, Demokratie und gegenseitiger Respekt den Frieden bringen können, den unser Volk und alle Völker dieser Region so dringend brau-

chen. Gewalt hat Leid über viele Familien gebracht, auch und vor allem in der kurdischen Bevölkerung. In kurdischen Familien gibt es immer Familienmitglieder, die gefoltert wurden, »verschwunden« oder getötet worden sind.

Abdullah Öcalan hat diesen Weg des Friedens schon vor vielen Jahren begonnen. Seine Ideen über Demokratie, Zusammenleben und Frieden haben viele Menschen inspiriert, die Waffen niederzulegen und politisch neu zu denken. Und genau jetzt befinden wir uns in einem wichtigen Übergang, und zwar von der Zeit der Unterdrückung und Gewalt hin zu einer Zeit des Friedens und der Verständigung. Viele Menschen, die sich für die kurdische Frage eingesetzt haben, glauben im Moment so sehr wie nie zuvor an politische Lösungen.

Der Weg der Waffen ist vorbei, der Weg der Worte, des Dialogs und der gegenseitigen Achtung hat angefangen. Die Idee der Freiheit und Gleichheit ist heute nicht nur für uns Kurdinnen und Kurden wichtig, sondern für alle Menschen im Nahen Osten. Sie steht für den Versuch, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Dieser Prozess ist auch eine Chance für Demokratie und Stabilität, in der Türkei, in den anderen kurdischen Siedlungsgebieten und in der ganzen Region. Wenn dieser Weg unterstützt wird, kann eine Zukunft entstehen, in der niemand mehr unterdrückt wird, in der alle Menschen frei und gleich leben können.

Ich wünsche mir, dass auch Deutschland diesen Versuch anerkennt und aktiv unterstützt. Oft wird hier so getan, als hätte sich nichts verändert, als sei alles noch wie früher. Solche Behauptungen haben wir hier auch im Prozess gehört. Aber das stimmt nicht. Es ist eine neue Zeit angebrochen, und sie verdient, beachtet zu werden, auch von Deutschland.

Viele Kurdinnen und Kurden erleben noch immer Repression, obwohl wir den Frieden suchen. Ich wünsche mir, dass Deutschland und Europa den neuen Weg unterstützen, den Weg ohne Waffen, den Weg der Demokratie. Statt Menschen, die sich für Frieden einsetzen, zu kriminalisieren, sollte man sie ermutigen. Es wäre wichtig, dass sich auch Deutschland für eine dauerhafte Lösung, für den jetzigen Friedensprozess und



Mehmet Karaca während seiner Gerichtsverhandlung, die im November 2025 in einer Bewährungsstrafe sowie seiner Freilassung endete. Foto: Yeni Özgür Politika

auch für die Freiheit von Abdullah Öcalan einsetzt. Seine Freiheit wäre ein starkes Zeichen dafür, dass die Zeit der Gewalt vorbei ist und dass Dialog und Demokratie möglich sind. Die Freiheit von Abdullah Öcalan nach 26 Jahren Isolationshaft würde zeigen, dass man Frieden nicht nur fordert, sondern auch fördert. Deutschland sollte sich hierfür aktiv einsetzen.

Ich glaube an ein friedliches, demokratisches Zusammenleben aller Menschen, auch in der Türkei. Die Anerkennung der Kurdinnen und Kurden als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger in der Türkei ist eng verbunden mit der demokratischen Zukunft der Türkei. Wenn Kurdinnen und Kurden frei und gleich leben können, dann bedeutet das auch Frieden und Stabilität für die ganze Region.

Ich sehe, dass viele Kurdinnen und Kurden, auch in Europa, sich friedlich und demokratisch für diese Freiheit einsetzen. Sie tragen die Hoffnung auf eine gerechte Lösung hinaus in die Welt. Diese Hoffnung sollte verstanden werden als Wunsch nach Frieden – und entsprechend unterstützt werden.

Ich bin sehr hoffnungsvoll in Bezug auf die Friedensphase. Trotz aller Schwierigkeiten ist der Wille zum Frieden stärker als je zuvor. Wir wollen in einer Zeit leben, in der Völker nicht gegeneinander kämpfen, sondern miteinander leben. Ich glaube an den Frieden, an Demokratie und an das Recht jedes Menschen, in Freiheit zu leben.

Der Friedensprozess zeigt, dass sich die Zeit verändert hat. Dass der alte Konflikt vorbei ist und dass es um politische Lösungen, um Menschenrechte und um Frieden geht. Ich will

nicht, dass Kinder und junge Menschen in Zukunft so leben müssen, wie ich es damals erlebt habe, mit Angst, Unterdrückung und Hass. Ich will, dass sie in Freiheit leben, in einer Zeit ohne Krieg.

Mein Wunsch ist, dass meine Worte auch so verstanden werden: als Zeichen für den Frieden, für den Dialog, für die Freiheit und für ein neues Miteinander der Völker.

Ich glaube, dass die Zeit des Friedens gekommen ist. Und ich hoffe, dass Deutschland und Europa Teil dieser neuen Zeit werden.

Ich rede nicht gern über mich selbst und meine Probleme. So viele tausende Kurdinnen und Kurden sind in der Türkei seit vielen Jahren eingesperrt. Aber auch für mich war die Erfahrung der Untersuchungshaft, seit nunmehr einem Jahr, sehr schwer zu ertragen. Nicht nur dass ich völlig isoliert war. Freunde, die mich besuchen wollten, durften nicht in meiner Muttersprache, auf kurdisch, mit mir sprechen, sondern nur auf deutsch. Einmal wurde der Besuch dann abgebrochen, als wir kurdisch gesprochen haben. Auch das hat mich sehr an die Türkei erinnert.

Mir geht es aber auch gesundheitlich leider schlecht. [...] Im Gefängnis ist die medizinische Versorgung sehr schlecht. Nur im absoluten Notfall kommt man ins Vollzugskrankenhaus. Ärztlich versorgt wurde ich im letzten Jahr kaum. Es kommt mir so vor, als ob ich im letzten Jahr zehn Jahre gealtert bin.

Zuletzt möchte ich mich aber bedanken. Bedanken bei allen, die jeden Prozesstag hierhergekommen sind und den Prozess verfolgt haben. Die mich besucht haben in der JVA, die mir Briefe geschrieben haben. Der Gefängnispfarrer, der mich besucht hat, als ich total isoliert war. Die Freunde die die Kundgebung für mich vor der JVA durchgeführt haben. Liebe Freundinnen und Freunde, ohne Euch hätte ich diese Zeit nicht so durchhalten können. Ich danke Euch sehr!

Mehmet Karaca

11.11.2025



Mustafa Nazif Aktaş – Ein Porträt

Der erste Pariser Mord

von Hêvî Koçero

Beim Blick auf die Vergangenheit scheint es oft, als würde sich die Geschichte im Verhältnis von Zeit und Ort wiederholen. Wie ist sonst zu erklären, dass Evîn Goyî, Mîr Perwer und Abdurrahman Kızıl während der Vorbereitungen für Gedenk- und Protestveranstaltungen zum Jahrestag der Pariser Morde ermordet wurden?

Erneut Winter, erneut Paris, erneut drei Ermordete der kurdischen Freiheitsbewegung. Unter ihnen, mit Evîn Goyî, wieder eine führende Persönlichkeit der Freien Frauenbewegung Kurdistans. Wie kann sich Geschichte so wiederholen? Oder wurde diese Geschichte bewusst wiederholt – wenige Tage vor dem 9. Jahrestag der Pariser Morde, mitten in Paris, diesmal vor dem Kurdischen Kulturzentrum Ahmet Kaya?

Die Kriminalisierung des kurdischen Widerstands

Die Ermordung von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez am 9. Januar 2013 durch den türkischen Geheimdienst wird von der kurdischen Freiheitsbewegung oft als »erster Pariser Mord« bezeichnet. Dabei fand das erste Pariser Attentat gegen die kurdische Freiheitsbewegung bereits lange Zeit zuvor, wieder an einem Wintertag, im Jahre 1985 statt. Täter waren sozialchauvinistische konterrevolutionäre Kräfte, die sich unter dem Namen »Linkes Bündnis« gesammelt hatten. Dieser Angriff ist im Rahmen einer Kampagne zu sehen, welche Abdullah Öcalan im 5. Band seiner Verteidigungsschriften als »erste Phase der Gladio-Kriege«¹ (seit 1985) bezeichnet. In diesem Jahr wurde der Bündnisfall des Artikels 5 des NATO-Vertrags für die Türkei aufgelöst. Das war eine Entscheidung gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Im selben Jahr hat die Bundesregierung in West-Deutschland die PKK zur »Terrororganisation« erklärt. Zeitgleich haben der türkische Geheimdienst in Hamburg mit dem BND und in Stockholm mit dem schwedischen Geheimdienst Komplote geschmiedet um den kurdischen Widerstand zu kriminalisieren und die wachsende Solidarität der Bevölkerungen in Europa mit der Freiheitsbewegung zu stoppen.

Mustafa Nazif Aktaş, Kampfname Celal, hatte während seiner 18-monatigen Geiselhaft in Israel die Bekanntschaft mit den Geheimdiensten der imperialistischen Kräfte gemacht. Deshalb war ihm die Realität von Gladio, trotz seines jungen Alters, nicht fremd.

Geboren wurde er 1960 in einem Dorf bei Amed². In seiner Kindheit musste er neben der Schule arbeiten, um einen Beitrag für das Einkommen der Familie zu leisten. Diese Erfahrung bildete bei ihm die Grundlage für ein starkes Bewusstsein für das kapitalistische und nationalistische Ausbeutungssystem in der Türkei. Weil es damals in der Nähe seines Dorfes kein Gymnasium gab, zog er als Jugendlicher ins Stadtzentrum, wo sich in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre viele kurdische und linke Gruppen organisierten. Dort lernte er auch die sogenannten »Apoisten« kennen und sah in ihnen den wahren revolutionären Geist. Ende der 1970er Jahre schloss er sich der PKK an und organisierte vor allem die Jugend in den Gymnasien der Stadt.

Rückzugsort und Reorganisation

Noch vor dem Militärputsch am 12. September 1980 kam es zu einer groß angelegten Verhaftungswelle gegen revolutionäre Kräfte. Viele Kader:innen der PKK, unter ihnen Sakine Cansız, wurden in Militärgefängnissen gefoltert. Abdullah Öcalan hatte diese Entwicklung bereits im Sommer 1979 vorausgesehen und war über Rojava in den Mittleren Osten gegangen, wo er Kontakt zu revolutionären Kräften aufgenommen und so einen Rückzugsort für die Reorganisation der Bewegung sicherstellen konnte. Nach dem Militärputsch 1980 reisten Kader:innen der Bewegung als Gruppen in den Libanon um in den in Lagern der Palästinenser politische und militärische Ausbildung zu bekommen.

Auch Nazif Aktaş kam Anfang der 1980er Jahre in den Libanon, wo er neben ideologischer Schulung zum Kommandanten ausgebildet wurde. 1982 war er Teil der ersten Gruppen, die in den Bergen Südkurdistans den Grundstein für den Guerillakampf legen sollten. Aber noch bevor er sich auf den Weg

1 Gladio: Von der NATO geschaffene geheime »Stay-behind« Organisation

2 Türkisch Bezeichnung: Diyarbakır

machen konnte, begann im Juni 1982 die israelische Militäroffensive auf die Camps der palästinensischen Volksbefreiungsfront. Die Kader:innen der PKK, die sich in diesen Lagern befanden, beteiligten sich am Widerstand gegen die israelische Offensive. In der Burg von Arnon verloren 11 von ihnen ihr Leben und 15 kurdische Kämpfer gerieten in israelische Gefangenschaft. Darunter war auch Nazif Aktaş.

Geiselhaft in Israel

Nazif Aktaş und seine Genossen wurden in israelischer Geiselhaft gefoltert und vom MOSSAD und dem türkischen Geheimdienst MIT gemeinsam befragt. Trotz physischer und psychischer Folter ist es ihnen gelungen, ihre wahre Identität geheim zu halten. Der Widerstand der PKK-Gefangenen im Militärgefängnis von Diyarbakir unter der Parole »Berxwedan Jiyan e – Widerstand heißt Leben« wurde von Nazif Aktaş und seinen Genossen in israelischer Geiselhaft beispielhaft fortgesetzt. Trotz sehr begrenzter Möglichkeiten brachten sie in Gefangenschaft die Zeitung Serxwebûn mit Artikeln auf Kurdisch, Türkisch und Arabisch heraus und setzten dabei den Fokus auf revolutionäre Kultur, revolutionäres Leben und genossenschaftliche Beziehungen. Ihre internationalistische revolutionäre Haltung verschaffte ihnen bei ihren Mitgefangenen großen Respekt und Wertschätzung.

Ende 1983 bis Anfang 1984 kam es durch Bemühungen des Internationalen Roten Kreuzes zu einem Gefangenen austausch. Die Gruppe der Gefangenen der PKK kam so nach 18 Monaten in Geiselhaft frei. Die Geiseln sollten über Griechenland nach Algerien gebracht werden. Den kurdischen Revolutionären gelang es, in Griechenland aus dem Flugzeug zu steigen und politisches Asyl zu beantragen. Von Algerien aus wäre es für sie sehr schwierig gewesen, Verbindung zu ihrer Bewegung aufzunehmen. In Griechenland arbeiteten sie als Tagelöhner. In ihrer Freizeit schrieben sie Flugblätter und gestalteten Plakate.

Politische Arbeit in Europa

Einige Zeit später wurde Nazif Aktaş von der Bewegung nach Deutschland geholt, wo er ein Jahr lang in Duisburg politisch für die kurdische Freiheitsbewegung arbeitete. Anschließend ging er mit der gleichen Aufgabe nach Paris.

Anfang der 1980er Jahre versuchte Abdullah Öcalan als Ausdruck von Widerstand gegen den Militärputsch und die herrschende Junta in der Türkei eine antifaschistische Einheitsfront zu bilden. Denn durch den Putsch, Verhaftungen und Folter kam es zu einer Schwächung und Zersplitterung der linken und sozialistischen Kräfte in der Türkei und Kur-



Mustafa Nazif Aktaş. Foto: Archiv

distan. Öcalan sah die Notwendigkeit, alle linken Kräfte im Kampf gegen den türkischen Faschismus in einem Bündnis zusammen zu bringen. Als Gegenprojekt wurde 1985 unter Federführung der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) die »Linke Einheit« gegründet, welche vor allem in Europa verantwortlich für provokative Angriffe gegen die PKK war. Um die kurdische Freiheitsbewegung im Rahmen der Gladio-Kriege kriminalisieren zu können, brauchte es eine gewaltvolle Atmosphäre, die durch diese systematischen Angriffe und Provokationen der »Linken Einheit« geschaffen werden sollte. In diesem Zusammenhang kann man von einem Bündnis aus NATO-Geheimdiensten, vorgeblich antiimperialistischen linken Kräften aus der Türkei und kollaborierenden kurdischen Organisationen sprechen. In diesem Rahmen entstand das Pariser Komplott, das zum ersten Mord an einem Vertreter der kurdischen Freiheitsbewegung führte.

Ein Tag vor Weihnachten, am 23. Dezember 1985, fand in Paris, in der Nähe der Metrostation Saint Denis, eine Protestaktion der kurdischen Bewegung statt. Gruppen, die sich unter dem Dach der »Linken Einheit« gesammelt hatten, griffen die friedlich protestierende Menschenmenge plötzlich mit Pistolen, Messern und Stöcken an. Dabei wurde Nazif Aktaş gezielt getötet und drei weitere kurdische Patrioten schwer verletzt.

Weil das faschistische Regime in der Türkei eine Überstellung seines Leichnams nicht genehmigte, wurde Nazif Aktaş am 7. Januar 1986 auf dem Friedhof Père-Lachaise im Bereich der gefallenen Kommunarden beigesetzt. Sein Grab befindet sich noch immer dort. Obwohl die französischen Behörden den geplanten Protestzug verboten hatten, nahmen mehr als Tausend Kurd:innen aus ganz Europa an seiner Beerdigung teil. Auch Vertreter der Revolutionären Front der Palästinensischen Befreiungseinheit begleiteten ihn auf seinem letzten Weg.



Den neuen Imperialismus brechen – von Kurdistan bis Deutschland

Das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen«

Simon Levi, freier Journalist mit Schwerpunkt Rüstungsindustrie und Krieg

Circa fünfzehn Personen blockierten 2018 die Werkstore von einem Rheinmetall-Werk in Unterlüß in Solidarität mit der kurdischen Bewegung. Nach einigen Stunden wurden sie geräumt und der Werkbetrieb ging weiter. Was aber blieb, war das breit aufgestellte Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen«. Sieben Jahre später führt dieses Bündnis an nur einem Tag im August in Köln sieben Aktionen erfolgreich gegen den Rüstungssektor durch. Am Tag darauf folgen 3000 Menschen dem Aufruf von »Rheinmetall Entwaffnen« und gehen gemeinsam auf die Straße. Doch die innenpolitische Situation der BRD im Jahr 2025 hatte sich verschärft: Die Polizei griff die bis dahin friedliche Demonstration massiv an und verhinderte den antimilitaristischen Protest, indem 500 Personen festgesetzt wurden. Kaum bestreitbar setzte die Polizei hier die veränderte und heute sehr offensive imperialistische Politik der BRD auf der Straße durch.

Deutsche Machtprojektion im mittleren Osten

Deutschland hat seine imperialistischen Interessen schon immer anders als Frankreich und Großbritannien durchgesetzt. Im Gegensatz zu den anderen europäischen Staaten hatte Deutschland wenige Kolonien in der Welt. Im mittleren Osten versucht der deutsche Staaten seit dem Kaiserreich durch starke wirtschaftliche Zusammenarbeit erst mit dem osmanischen Reich und anschließend mit der Türkei seinen Einfluss in der Region zu sichern und auszudehnen. Damit einher geht die Sicherung von Handelswegen und der Zugang zu den Ressourcen der Region. Das macht Deutschland und die Türkei zu wichtigen Handelspartnern und zu Waffenbrüdern. Waffenbrüderschaft bedeutet auch immer die Weitergabe von militärischem Wissen und in diesem Fall eine Monopolstellung für deutsche Rüstungsexporte. 2018 nutzten das türkische Militär und seine Proxys deutsche Panzer beim Einmarsch in Efrîn und damit im Kampf gegen die Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens. Die Bilder gingen um die Welt und besonders in Deutschland lösten sie eine Welle der Solidarität mit den Angegriffenen aus.

Von der radikalen Linken bis in bürgerliche und teilweise konservative Kreise gab es Solidaritätsbekundungen mit der Selbstverwaltung. Zehntausende Menschen gingen auf die Straße und drückten ihre Wut gegen die Besatzungspolitik der Türkei aus. Die Rolle des deutschen Staates wurde schnell klar und man kann heute von einer breiten Solidaritätsbewegung sprechen, die viele Schichten der deutschen Gesellschaft umfasst. Einige Akteure der linksradikalen Bewegung wussten die Gunst der Stunde zu nutzen und organisierten unter dem Namen »Rheinmetall Entwaffnen« eine erste Aktion gegen den größten deutschen Rüstungskonzern. Sie griffen die Stimmung der damaligen Zeit auf und brachten den Protest auf eine neue Ebene, indem sie das oben erwähnte Werk in Unterlüß blockierten. Damit trugen sie einen Teil dazu bei, dass die deutsche Regierung Waffenexporte in die Türkei stoppte.

Die Ausgangslage hat sich verändert

Doch seitdem hat sich, vor allem mit der Ausrufung der Zeitenwende durch Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Rede am 27.2.2022 im Bundestag, der Fokus des deutschen Imperialismus geändert. Das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« kommentiert die Lage ein Jahr nach der Rede folgendermaßen: »Mit dem 100 Mrd. Paket haben die deutschen Imperialist:innen den größten Aufrüstungsfond aller Zeiten aufgelegt und streben an, zur militärischen Großmacht mit einer schlagkräftigen Angriffsarmee zu werden.« Parallel zur materiellen Aufrüstung läuft die Kriegsvorbereitung nach Innen. Ein Beispiel ist die Verteufelung von Kritiken an der deutschen Kriegspolitik und die weitere Einschränkung der Versammlungsfreiheit. Das zeigt sich auch in der Deligitimierung von pro-palästinensischen Protesten und Stimmen.

Eine Neuorientierung ist nötig

Auch das Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« hat seine Praxis geändert, denn der deutsche Imperialismus sichert seine Profite nicht mehr schwerpunktmäßig mit Waffenlieferungen an



Demonstrationen des Rheinmetall Entwaffnen Bündnisses wird von Seiten der Polizei häufig mit heftiger Gewalt begegnet, hier am 30. August 2025. Foto: Rheinmetall Entwaffnen

weit entfernte Staaten, sondern schürt den Krieg in Osteuropa gemeinsam mit den Verbündeten. Den eigenen Kriegseintritt nimmt er damit zumindest in Kauf. »Deutschland nutzt den Stellvertreterkrieg und eine vermeintliche abstrakte moralische Überlegenheit dafür aus, seine globalen wirtschaftlichen Interessen militärisch noch effektiver durchzusetzen.« analysiert das Bündnis. Damit rückt die direkte deutsche Kriegsbeteiligung in den Fokus. Auf diese imperialistische Machtprojektion wird mit Aktionen und Demonstrationen reagiert.

Auf den beiden letzten Camps in Kiel 2024 und Köln 2025 stand die gesamtgesellschaftliche Kriegsvorbereitung und die deutsche Aufrüstung im Fokus der Camps. Es wurden an den Aktionstagen Anwaltsbüros, Rüstungskonzerne, Bundeswehrkasernen, Rekrutierungsstellen und Banken blockiert und deren Arbeitsalltag gestört und es gab zusätzliche Aktionen.

In ihrem Bemühen den »Beruf« des Soldaten wieder gesellschaftsfähig zu machen rief die Bundesregierung vor zwei Jahren einen Veteranentag aus. Auch dagegen fanden in vielen Städten Proteste statt, die den geplanten Ablauf der Feierlichkeiten störten. Nebenbei konnte sich das Bündnis auch in die schon stattfindenden Proteste gegen Krieg und den Genozid in Palästina einbringen.

Braucht es eine breitere Unterstützung?

Um einer Antikriegsposition, mehr noch einer antimilitaristischen Position in der BRD mehr Gehör zu verschaffen, ist es unablässig Stück für Stück weitere Teile der Bevölkerung

für sich zu gewinnen. Das bedeutet die Verantwortung dafür zu übernehmen eine gesamtgesellschaftliche Antikriegsbewegung aufzubauen. Vielerorts ist in den letzten Jahren klar geworden, dass eine Position, die nur von einer radikalen Linken vertreten wird und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit nicht erreicht, im Abgrund der Geschichte verschwinden wird. Auch der radikalste Teil einer Antikriegsbewegung muss für große Teile der Gesellschaft anschlussfähig sein. Sonst bleibt er isoliert und wird nicht als Interessenvertretung der Bevölkerung wahrgenommen werden. Ein solches Bündnis kann zwar klar vermitteln, warum der Kriegskurs und Militarismus in Deutschland abgelehnt werden aber es ist notwendig sich von der radikalen (und bürgerlichen) Linken als einzigem Adressaten zu lösen. Weder das liberale Akademikermilieu noch eine starke politische Organisation ohne breite Verankerung, können dem Krieg langfristig allein etwas entgegenzusetzen. Die Grundlagen für diesen Wandel bringt das Bündnis durch seine Beständigkeit mit, denn auch in den Zeiten der großen Spaltungen in der radikalen Linken hat es kontinuierlich weiter gearbeitet.

Wen wollen wir ansprechen?

Dem Krieg langfristig etwas entgegenzusetzen macht es notwendig, dass sich die Gesellschaft im Bündnis »Rheinmetall entwaffnen« vertreten fühlt. Die Arbeiter:innen, werktätigen Massen und die Kritiker:innen der Sparpolitik und des Abbaus der Grundrechte könnten in »Rheinmetall Entwaffnen« ihre Positionen wiederfinden, die sie sich nicht getraut haben im herrschenden Diskurs offen vertreten. Die erfolgreiche

Verbindung einer Antikriegsposition und den Arbeiter:innen konnten wir in diesem Sommer in Italien und Spanien beobachten. Es waren vor wenigen Jahren im Hafen von Genua wenige Vertreter:innen der Arbeiterschaft, die eine Antikriegsposition einnahmen. Doch die darauf folgende harte Repression machte die imperialistische Politik der Regierung immer offensichtlicher. Im Sommer 2025 gab es zahlreiche Blockaden von Waffenlieferungen an Israel und einen landesweiten politischen Generalstreik. Das zeigt, dass sich der Widerstand einzelner Arbeiter:innen wie ein Lauffeuer ausbreiten kann. Auch in Deutschland sehen wir die ersten Beispiele des Widerstandes durch Arbeiter:innen, die sich gegen ihre Beteiligung an Krieg und Kriegsvorbereitungen positionieren. Das wohl bekannteste Beispiel ist der DHL Arbeiterprotest am Leipziger Flughafen. Die Wirkung solcher Proteste hat drei Ebenen, die alle sehr zentral für eine antimilitaristische Politik sind. Der Staat wird gezwungen zumindest oberflächlich seine Politik anzupassen, die Bevölkerung erkennt, dass die staatlichen Interessen nicht ihre sind und sie erkennt, dass sie selbst die Macht hat, dieses System zu verändern. Diese Wirkung legt einer Kriegspolitik einen großen Stein in den Weg, denn keine Regierung kann mehr sicher sein, dass die Heimatfront im nächsten Konflikt ruhig bleiben wird.

Ist das möglich?

In den letzten Jahren zeigte sich häufiger die Tendenz des »Rheinmetall Entwaffnen« Bündnisses Widersprüche in der



Eine Blockade im Zuge der Rheinmetall Entwaffnen Aktionstage 2019. Foto: Perspektive Kommunismus

Gesellschaft aufzugreifen und die Verbindung zu anderen Teilen der Antikriegsbewegung zu suchen. Dafür wurden auch Kompromisse in der Außenwirkung akzeptiert. So stärkte die gemeinsame Demo mit dem Kölner Friedensforums die Solidarität, denn auch die Friedensbewegung zeigte öffentlich ihre starke Solidarität mit dem von der Polizei angegriffenen revolutionären Teil der Demonstration. Diese Bündnispolitik bedeutet auch immer das eigene Auftreten anzupassen. Ob sich das Bündnis von der radikalistischen Ästhetik lösen kann und damit für breitere Teile der Gesellschaft anschlussfähig wird, bleibt jedoch abzuwarten.

Darüber hinaus

Klar bleibt, dass »Rheinmetall Entwaffnen« mit seinen radikalen Positionen richtig positioniert ist, um Maximalforderungen einer Antikriegsbewegung darzustellen aber niemals alleine eine antimilitaristische Position in der Gesellschaft breit verankern kann. Glücklicherweise finden sich entsprechend der welt- und innenpolitischen Lage überall Initiativen aus der radikalen Linken. Sie greifen an den Kristallisationspunkten der Aufrüstung und der gesellschaftlichen Militarisierung den Frust, die Angst und manchmal auch den bereits existierenden Widerstand auf. Ein Beispiel dafür ist die Initiative zur Abstimmung des neuen Wehrpflichtgesetzes bundesweit mit Schulstreiks zu reagieren und der auffällig hohe Anstieg der Kriegsdienstverweigerungen (s. Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstverweigerer - DFG-VK). Auch die Kriegsvorbereitung im Gesundheitswesen trifft auf breite Skepsis und immer stärkeren Widerstand, der sich vor allem im Verein der demokratischen Ärztinnen und Ärzte (VDÄ) bündelt, die im November einen Kongress in Dresden abhielten.

Damit stellt sich die Frage, wie all diese Initiativen zusammenfinden können. Der konkreteste Vorschlag für eine breite Zusammenarbeit wurde im Lower Class Magazine gemacht. Darin wird von lokalen Räten gesprochen, die alle Akteure der Antikriegsbewegung vereinen sollen. Diese sollen sich dann über die Regionen bis auf Bundesebene wiederum in Räten koordinieren. Ob das ein passender Vorschlag für die entstehende Bewegung ist, wird sich in der Praxis zeigen.



Aktuelle Lage in Peru und deren historischer Hintergrund

Strohhut-Piraten vs. Fujimori

Von Jimena, Studentin für Spanisch und Biologie auf Lehramt
an der Pontificia Universidad Católica del Perú (PUCP) in Lima

Die aktuelle Protestwelle der »Generación Z« in Peru, unter der Flagge der Strohhut-Piraten aus dem Manga »One Piece«, hat ihre Ursprünge in der ereignisreichen Geschichte des Landes. Diese Geschichte, die sich lange Zeit zwischen dem Guerillakrieg der »Kommunistischer Partei Perus« und dem Neoliberalismus Fujimoris bewegte, wird heute von der Jugend des Landes neu geschrieben.

»Nos están matando«¹ – unter diesem Motto werden am 14. November wieder tausende Menschen in Lima auf die Straße gehen. An diesem 14. November jährt sich zum fünften Mal die Ermordung von Inti Sotelo und Bryan Pintado, zwei jungen Peruanern, die 2020 während der Proteste gegen die Regierung infolge staatlicher Repression starben. Damit gehören sie zu einer Reihe von über 50 politischen Todesopfern der letzten Jahre in Peru, nicht eingerechnet die zahlreichen Morde durch organisiertes Verbrechen.

Seit mehr als zehn Jahren erlebt Peru immer wieder Protestphasen. Eine Regierungskrise jagt die nächste und das Vertrauen der peruanischen Zivilgesellschaft in die Parteien und Politiker schwindet mit jedem Skandal. Die politische Instabilität lässt sich nur durch die komplexe Verstrickung von Geschichte, Demografie und Geografie erklären. Die scheinbar inneren Konflikte haben internationale Implikationen: vom Goldabbau und Drogenhandel (sowie dem europäischen Konsum), über die Zerstörung des Amazonas bis hin zum Megaprojekt des Chancay-Hafens. Letzterer ist ein Ausdruck der Ausweitung chinesischer Machtpolitik, auf dem historischen Schlachtfeld zwischen »Westen« und »Osten«. Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten, als Folge des Kolonialismus und westlicher Hegemonie, ist zugleich Ursache und Symptom der politischen Fragilität der letzten Jahrzehnte.

Peru seit den 80ern

Die Ära des autoritären Fujimori-Regimes und des bewaffneten Widerstandes markierten ein Bevor und ein Danach in der Geschichte Perus. Die Phase des sogenannten »Conflicto armado interno« begann 1980 mit den ersten militärischen

Angriffen der »Kommunistischen Partei Perus – Leuchtender Pfad« (sp. Partido Comunista del Perú – Sendero Luminoso, PCP-SL), und endete mit der Absetzung Alberto Fujimoris im Jahr 2000. Die 2001 gegründete Kommission für Wahrheit und Versöhnung (sp. Comisión de la Verdad y Reconciliación, CVR) schätzt, dass in dieser Zeit rund 70.000 Menschen »verschwanden« oder getötet wurden. Am schlimmsten betroffen war die indigene Landbevölkerung, insbesondere in der Region Ayacucho, was eine historische Kontinuität der Gewalt und Marginalisierung dieser markiert. Etwa 30.000 der Opfer werden der PCP-SL zugeschrieben², die durch Autobomben in Lima und Massaker in Provinzen Angst verbreitete. Neben ihr war die zweite bewaffnete Widerstandsorganisation die Gruppe Movimiento Revolucionario Túpac Amaru (MRTA); beide standen in ideologischer Konkurrenz zueinander. Verheerend war die staatliche Antwort: Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung breitete sich systematische Gewalt aus.

1985 wurde Alan García von der sozialdemokratischen Aprista-Partei (PAP) gewählt, wobei diese sich auf die Alianza Popular Revolucionaria Americana, kurz APRA, bezieht. Die von Víctor Raúl Haya de la Torre gegründete Bewegung verstand sich als antiimperialistische Kraft, die eine politische Einheit Lateinamerikas und die Verstaatlichung von Land und Industrie forderte. García trat als junger, charismatischer Hoffnungsträger an, doch seine Amtszeit war durch die Zuspitzung des bewaffneten Konflikts und eine verheerende Hyperinflation in den Jahren 1987 bis 1992 geprägt. Enttäuscht wandte sich ein großer Teil der Bevölkerung von den linken Parteien ab, sodass 1990 Alberto Fujimori gewählt wurde.

Fujimori prägte mit seiner Mischung aus Staatsautoritarismus und Neoliberalismus den sogenannten Fujimorismo, eine ideologische Strömung mit ihm als zentraler Figur. Durch Marktliberalisierung und Investitionsförderung gelang es ihm, die Hyperinflation zu beenden, ohne jedoch die strukturelle Armut zu überwinden. Trotzdem brachte der wirtschaftliche

1 dt. »Sie bringen uns um«

2 Wir wissen nicht, wer diese Zuschreibung macht. In der Geschichte der Widerstandsbewegungen gegen Unterdrückung werden ja in der Regel alle Toten den Widerstandsbewegungen »zugeschrieben«. Und wir wissen auch nicht, welche von Paramilitärs angerichteten Massaker dem Sendero zugewiesen wurden.(Red.)



Konkrete Auslöser für Protestphase in Peru seit September 2025 waren unter anderem eine Rentenreform, ansteigende Gewalt und Unsicherheit und insbesondere die Situation der Schutzgelderpressungen von Busfahrer:innen. Foto: Munay Garcia

Aufschwung Zufriedenheit in Teilen der Bevölkerung und sollte noch über die Regierungszeit Fujimoris hinaus für eine anhaltende neoliberale Wirtschaftspolitik sorgen.

Er errichtete ein autoritäres Regime, das sich auf einer legal-juristischen Ebene durch seinen Putsch 1992 und die Verabschiedung einer neuen Verfassung 1993 äußerte. Der Kongress wurde aufgelöst und die Unabhängigkeit der Justiz suspendiert; stattdessen bildete sich eine Notstandsregierung und die militärische Präsenz wurde ausgeweitet. Die neue Verfassung implementierte die Abschaffung des Zwei-Kammer-Systems, sowie eine anti-demokratische Zentralisierung des Staates und ist bis heute in Kraft.

Auf Seiten der Exekutive wurden zahlreiche Massaker und Menschenrechtsverletzungen durch Einheiten peruanischer Sicherheitsbehörden durchgeführt, wie die der Grupo Colina. Diese wurde 1991 als geheimdienstliche und militärische Anti-Terror-Maßnahme formiert und war verantwortlich für die Massaker in Barrios Altos und La Cantuta, bei denen insgesamt 25 Zivilist*innen als vermeintliche Terroristen umgebracht wurden. Eine zentrale Rolle spielte der Chef des Geheimdienstes, Vladimiro Montesinos, der die Rolle eines de facto-Machthabers im Schatten Fujimoris hatte. Dabei mani-

festierten sich anti-demokratische und brutale Bestrebungen der Sicherheitsbehörden in dem sogenannten Plan Verde, der 1993 ans Licht der Öffentlichkeit kam und die strategische Planung des Putsches hin zu einer Zentralisierung der Macht vorsah; alles unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus. So kam es unter diversen Vorwänden, wie der Bekämpfung von Armut durch Kontrolle der Geburtenrate, zu Zwangssterilisationen von schätzungsweise 300.000 (meist armen und quechuasprachigen) Frauen.

Diese Ära der Gewalt prägt das kollektive Gedächtnis Perus bis heute. Als historische Konstante bleibt auch die extreme politische, wirtschaftliche und kulturelle Zentralisierung. Lima, die »Stadt der Könige«, 1535 von den spanischen Kolonisatoren gegründet, war von Beginn an ein künstliches Machtzentrum – anders als etwa Mexiko-Stadt, das auf der aztekischen Hauptstadt Tenochtitlan aufbaut.

Die topografische Vielfalt durch den Küstenstreifen, die Anden und den Amazonas sowie die enormen Dimensionen des Landes (das etwa viermal so groß wie Deutschland ist) machen totale Zentralisierung unsinnig. Die Infrastruktur, die Orte der Wissenschaft, die ökonomischen Perspektiven – alles zentriert sich in Lima und sorgt für eine große gesellschaftli-



In den Protesten Perus nehmen Frauen eine zentrale Rolle ein. Foto: Munay Garcia

che Spaltung zwischen Stadt und Land. Was aus Perspektive europäischer Ignoranz unter »Indigenen« zusammengefasst wird, drückt sich nur auf dem Gebiet des peruanischen Staates in mindestens 22 verschiedenen indigenen Sprachfamilien aus, und 55 anerkannten indigenen Bevölkerungen, alle mit eigenen Kosmvisionen und spezifischer gesellschaftlicher Organisation. Diese Vielfalt in allen Lebensbereichen erschwert den Aufbau eines zentralisierten Staatsapparats nach europäischem Modell. Das Ideal einer homogenen, nationalistischen Demokratie westlicher Prägung stößt hier an seine Grenzen. Und doch entstehen in den Zwischenräumen staatlicher Abwesenheit immer wieder neue Formen sozialer Organisation – Gemeinschaften, die dort, wo der Staat versagt, eigene Wege des Überlebens und Widerstands finden.

Mit dem Ende des Fujimori-Regimes und der scheinbaren Rückkehr zur Demokratie wuchs in der Gesellschaft die Hoffnung auf dauerhafte demokratische Stabilität. In den 2000ern kam es zum sogenannten »Boom de los commodities«: Viele Staaten Afrikas und Südamerikas profitierten vom Anstieg der Rohstoffpreise. Nachdem der Glaube an die Institutionen im ersten Jahrzehnt der 2000er in Peru durch wirtschaftlichen

Aufschwung wieder erstarkte, zeigten sich bald schon wieder die tiefen Verwerfungen einer Gesellschaft, die seit Jahrhunderten von Gewalt geprägt ist.

Von 2006 bis 2011 regierte Alan García ein zweites Mal, mittlerweile mit einer starken Hinwendung zum Neoliberalismus. Seine Regierung verabschiedete Gesetze, die den Zugang von Holz- und Ölkonzernen zu indigenem Land erleichterten. Dies führte ab 2008 zu starken Protesten, unbefristeten Streiks und Straßenblockaden in den Regenwaldgebieten des Landes. Nach 50 Tagen Streik kam es am 5. Juli 2009 nahe der Stadt Bagua zu einer Konfrontation zwischen der Polizei und indigenen Gemeinden, bei der 33 Menschen – Polizist:innen und Anwohner:innen – starben. Das »Massaker von Bagua« machte die sozio-ökologischen Konflikte Perus sichtbar und offenbarte den Widerspruch zwischen dem neoliberalen Nationalstaatsapparat und den indigenen Bevölkerungen des Amazonas und der Anden. In einem Artikel beschreibt Alan García die indigenen Gemeinden als »Perro del hortelano« (dt. Gärtnerhund) und lässt damit tief in die rassistischen Diskurse der peruanischen Gesellschaft blicken. Die Folge des gesellschaftlichen Rassismus ist die systematische Aberkennung indigener

Landrechte zugunsten der Privatwirtschaft und somit die sich weiter verschärfende ökologische Krise des Amazonas. Mit der Ausweitung extraktivistischer Industrien wie Holz- und Goldabbau, Fischfang und Kokaanbau wuchs die Präsenz organisierter Kriminalität, die das Leben indigener Gemeinschaften akut bedroht. Heute gilt der peruanische Amazonas als einer der gefährlichsten Orte der Welt für indigene Umweltaktivist:innen. Die Abwesenheit staatlicher Sicherheitskräfte – und ihre teils direkte Verstrickung in illegale Geschäfte – führte in den letzten Jahren zur Bildung autonomer Selbstverteidigungskomitees, wie beispielsweise die Organización Regional Guardia Indígena (ORGI) der Shipibo-Konibo, die teilweise auch das Ziel einer Autonomie der indigenen Bevölkerungen verfolgen und sich in Prozessen der staatlichen Anerkennung ihrer Selbstverteidigung befinden.

VON NEPAL ÜBER MAROKKO BIS
NACH PERU VERSAMMELN SICH
JUGENDLICHE UND NENNEN DIESE
BEWEGUNG »GENERATION Z«.

Jüngere Entwicklungen in Peru

Anfang der 2010er begann das Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs. 2011 trat Keiko Fujimori, die Tochter des Ex-Präsidenten, zum ersten Mal als Präsidentschaftskandidatin an und versammelte die weiterhin große Anhängerschaft des Fujimorismo hinter sich. So gewann zu dieser Zeit auch die »No a Keiko³« bzw. »Fujimori Nunca Más⁴«-Bewegung an Bedeutung. Im Kontext der »Marea Rosa« – dem Erstarken linker Regierungen in Lateinamerika ab den späten 1990ern, etwa unter Hugo Chávez, Evo Morales oder Lula da Silva, die versprachen, den Neoliberalismus zurückzudrängen – wurde Ollanta Humala gewählt. Mit seinem anti-neoliberalen Programm, das Bildungschancen für ärmere Jugendliche, eine Grundrente ab 65 und eine Verfassungsreform versprach, gewann er breite Unterstützung, vor allem unter Jugendlichen. Er enttäuschte jedoch die Hoffnungen vieler, als er einen Koalitionsvertrag unterschrieb, der die Beibehaltung der Verfassung von 1993 vorsah.

Während seiner Amtszeit formierten sich verschiedene Proteste gegen Megaprojekte, wie gegen die Mine von Yanacocha, oder gegen das »Ley Pulpín«-Gesetz, das Arbeitsrechte von Jugendlichen einschränken sollte. Sie markierten den Beginn der Protestwellen, die bis in die Gegenwart anhalten. Nach dem Amtsende von Humala kam es zu keiner vollständigen Legislaturperiode mehr. Zwischen 2016 und 2025 hatte Peru sieben verschiedene Präsidenten und mit jedem weiteren Wechsel scheinen Proteste weiter zu eskalieren. Das Verfahren der »Amtsenthebung wegen moralischer Unfähigkeit« (incapacidad moral) wurde vor 2000 nur zweimal seit der Unabhängigkeit 1821 angewandt; Fujimo-

ris Entlassung war der dritte Fall. Ab 2018 wurde es zur Routine. 2020 wurde der beliebte Präsident Martín Vizcarra des Amtes enthoben, und an seiner Stelle der kontroverse Manuel Merino vereidigt, was zu einem großen, landesweiten Aufschrei führte, bei denen der 22-jährige Bryan Pin-tado und der 24-jährige Inti Sotelo durch Folgen der polizeilichen Repression starben. 2021 wurde der Lehrer Pedro Castillo aus der nördlichen Provinz Cajamarca gewählt und 2022 nach dem Versuch, den Kongress verfassungswidrig aufzulösen, zwangsweise abgesetzt. Auch diese Absetzung war kontrovers und wird bis heute nicht von allen Staaten anerkannt. Seine Vizepräsidentin Dina Boluarte rückte nach – die erste Frau an der Spitze des Landes.

Im ganzen Land gingen Menschen ab Dezember 2022 auf die Straße, nicht nur wegen der politischen Instabilität, sondern auch wegen der wachsenden Kriminalität und Unsicherheit im Land. Es kam zur blutigen Niederschlagung der Protestbewegung und knapp 50 Personen starben durch Gewalt, die vor allem von den peruanischen Sicherheitsbehörden ausgehen; die meisten Opfer stammten aus Provinzen wie Puno, Apurímac, La Libertad und Ayacucho.

Die Protestbewegung der letzten Jahre charakterisiert sich durch eine stark periodische, spontane Mobilisierung, begleitet von einer organisierten sozialen Bewegung. Darunter sind auch die »Brigaden der ersten Linie«, die erste Hilfe, Deaktivierung der Tränengasbomben und Konfrontation mit der Polizei organisieren.

Durch den Zerfall des Parteiensystems in den 90ern entwickelte sich eine neue Jugendbewegung, die, ähnlich wie andere lateinamerikanische politische Bewegungen, den Fokus auf die Schaffung einer gemeinschaftlichen Lebenskultur (cultura de vida comunitaria) legte. In Lima drückte sich dies vor allem in der Formierung politisch-sozialer Organisation rund um die Hip-Hop- und Kunstszene aus, und in der Schaffung von sozialen Zentren in marginalisierten Teilen der Stadt. Nach der Enttäuschung durch traditionelle linke Parteien, insbesondere durch das gesellschaftliche Trauma der Wirtschaftskrise und der Verschärfung der Gewalt zur Zeit der ersten Amtszeit Garcías, finden Jugendliche ihre Hoffnung in den Kämpfen ihres Alltags wieder. Auch durch die Ursprünge der PCP-SL und der MRTA in sozialistischen Studentenkreisen wird die Schuld am bewaffneten Konflikt auf linke Ideologien projiziert – es kommt zu einer breiten gesellschaftlichen Ablehnung der »Linken«. In neuen Formen des Aufbaus einer sozialen Jugendbewegung stützte man sich ideologisch fortan auf die Ablehnung des Neoliberalismus und des Fujimorismo, der sich vor allem an der Kandidatur von Keiko Fujimori manifestiert. Eine

3 Nein zu Keiko!

4 Nie wieder Fujimori

besondere Stärke dieser Strömung waren die starken landesweiten Netzwerke, also die Vernetzung der Jugendlichen und der Kunstszene in den Provinzen.

Neben den Kunstszene bilden die Studierendenbewegung und der feministische Block zwei weitere Pfeiler der organisierten Jugendbewegung. Nachdem es unter dem Fujimori-Regime zur Auflösung aller studentischen Gremien gekommen war, formierten diese sich in den 2010ern neu; zunächst an der Universidad Nacional Mayor de San Marcos (UNMSM) und danach auch an anderen Universitäten. Das stark privatisierte Bildungssystem in Peru führt auch zu einer Spaltung zwischen Studierenden an den Privatuniversitäten und den öffentlichen. Unter den Privatuniversitäten nimmt nur die Pontificia Universidad Católica del Perú in großem Ausmaß an Mobilisierungen teil.

Neue Akteure im Widerstand

Im September dieses Jahres formierte sich erneut eine Protestbewegung unter der Jolly Roger-Fahne der Strohhut-Piraten aus dem Manga »One Piece«. Von Nepal über Marokko bis nach Peru versammeln sich Jugendliche und nennen diese Bewegung »Generation Z«. Doch in den meisten Fällen, so auch in Peru, bleibt es nicht nur bei der Mobilisierung von Jugendlichen, sondern erstreckt sich über mehrere Generationen. Die »Generation Z«-Bewegung steht im Kontext wachsender Unzufriedenheit mit autoritären Staaten und prekären Lebensbedingungen, sowohl regional als auch international, und insbesondere mit der unerschütterlichen Pro-Palästina-Bewegung.

Noch 2021, während des Wahlkampfes Castillo, folgte eine starke Fragmentierung und Entsolidarisierung innerhalb der Bewegung. Insbesondere Kontakte in die anderen Teile des Landes brachen in dieser Zeit ab und die Haltung gegen den Fujimorismo und Neoliberalismus wird schwächer. Nach einer Phase der Schwächung von politischer Organisation, bringt der Block »Generación Z«, der eine Zusammenarbeit von verschiedenen Kollektiven und unabhängigen Jugendlichen darstellt, frischen Wind in die organisierte Bewegung Limas.

In Peru steht die aktuelle Protestwelle im regionalen Kontext der Geschichte und Politik, wie auch im internationalen Kontext des ansteigenden Autoritarismus und der entsprechenden Antwort des Volkes. Konkrete regionale Auslöser für diese Protestphase seit September 2025 waren eine Rentenreform, Gesetze zur Bekämpfung organisierter Kriminalität, ansteigen-

de Gewalt und Unsicherheit, insbesondere die Situation der Schutzgelderpressungen von Busfahrer:innen und Korruptionsvorwürfe gegen Kongressabgeordnete.

Im Zentrum der momentanen Proteste stehen neben der »Generación Z« besonders die sogenannten »Transportistas«, also die Busfahrer:innen und Kontrolleur:innen, die der organisierten Kriminalität in den Stadträndern Limas fast hilflos ausgesetzt sind. Private Transportunternehmer werden von kriminellen Banden um hohes Schutzgeld erpresst. Wenn nicht gezahlt wird, sind die Opfer, aber meistens die Busfahrer:innen, auf der Straße. Die Wut der Bevölkerung kommt durch das fehlende Vorgehen der Regierung, mehr noch: In den letzten Monaten wurden Gesetze verabschiedet, die die Verfolgung organisierter Kriminalität noch weiter erschweren. Die Vermutung liegt nahe, dass ihr Einfluss bis tief in die Reihen der Kongressabgeordneten reicht.

Vom heißen Herbst in den Frühling der Erneuerung?

Der Oktober 2025 brachte die Absetzung einer der am meisten gehassten Persönlichkeiten der zeitgenössischen Geschichte des Landes, Dina Boluarte, oft auch genannt »Dina Asesina« (dt. Dina Mörderin), wegen ihres Durchgreifens während der Proteste 2022/2023. Ihr Nachfolger, José Jerí, musste sich vor seiner Verteidigung Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs stellen, mittlerweile gilt für ihn die Immunität. Bei den Protesten am 15. Oktober wurde ein junger Rapper, Mauricio Ruiz, Künstlername trvko, von einem Polizisten in Zivil erschossen. Seitdem erwachte im Angesicht der Staatsgewalt besonders die Hip-Hop-Bewegung wieder zum Leben und organisiert eine Protestkultur rund um das Gedenken an ihren ermordeten Freund, mit Wandbildern und Konzerten.

Im Frühling nächsten Jahres stehen Wahlen an, bei denen mehr als 40 Präsidentschaftskandidat:innen aufgestellt sind. Bei keinem tatsächlichen Gegenkandidaten gegenüber Keiko Fujimori gibt es Hoffnungen, dass sich die Lage des Landes in nächster Zeit verbessern würde. Vielmehr kann man eine Zuspitzung der verschiedenen Konflikte erwarten. Doch auch der gesellschaftliche Widerstand ist in Bewegung. Im ganzen Land liegt etwas in der Luft, das so schnell nicht verschwinden wird. Es gilt, sich mit der peruanischen Bevölkerung auf den Straßen zu solidarisieren!



SPENDEN ERBETEN
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- **Solidarität**
- **Öffentlichkeitsarbeit**
- **Unterstützung**
- **Mitglied werden**

Informationen:

AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45
Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle drei Monate.

Redaktion:

H. Deilke (V.i.S.d.P.), E. Millich

Kontaktadresse:

Kurdistan Report
c/o Civaka Azad
Franz-Mehring-Platz 1
10234 Berlin
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:

Dr. H. J. Schneider IBAN: DE41
2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:

Einzelexemplar: 3,- Euro
Abonnement
6 Exemplare 15,- Euro plus Portokosten

Titelbild:

Das Coverbild zeigt demonstrierende Jugendliche aus Rojava. Foto: Archiv

Rückseite:

Zum 10. Januar 2026 ruft die Kurdische Frauenbewegung in Europa zu einer Großdemonstration in Paris auf, um die Aufklärung der beiden Pariser Morde 2013 und 2023 zu fordern. Die Demonstration beginnt um 10 Uhr vor dem Bahnhof Gare du Nord (18 Rue de Dunkerque, 75010 Paris). Foto: TJK-E
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

1. Erste Ausgabe der »Junge Frauen Zeitung« erschienen

Perspektiven aus dem Bauch der weiblichen Gesellschaft

Redaktion der »Junge Frauen Zeitung«

Was bedeutet es, demokratische Medien zu machen, die auf der Frauenbefreiungsideologie basieren? Wie können wir mit der globalen Realität, in der unsere Identität als junge Frauen angegriffen und verwischt wird, unsere Perspektiven und Analysen ernst nehmen und auf eine demokratische Art teilen?

Wir als junge Frauen haben uns die Frage gestellt, wie wir es schaffen, eine Zeitung zu machen, die die verschleierte Angriffe durch den Staat klar und deutlich macht und gleichzeitig mit einer gewissen Ästhetik die Ethik als junge Frauen darstellt.

Die Identität der jungen Frauen, die im Westen durch den Liberalismus und die Homogenisierung Tag für Tag verloren geht, möchten wir mit unserer Zeitung in den Vordergrund drängen, indem wir in Dialoge gehen und in unserem Umfeld andauernd nach Perspektiven von anderen jungen Frauen suchen und diskutieren.

So kann man sich sicher sein, dass jeder einzelne Artikel und jedes Element der »Junge Frauen Zeitung«, nicht nur innerhalb der Redaktion, sondern auch in unserem Umfeld mit verschiedenen jungen Frauen diskutiert und aus dem Bauch der weiblichen Gesellschaft heraus geschaffen wurde.

Anhand dieser Fragen schaffen wir uns, neben technischen Angelegenheiten, Bildungen. Die Bildungen, die wir für uns als Redaktionsteam organisiert haben und organisieren werden, sind vielfältig und umfassend, und wir versuchen dabei unseren Fokus auf die Perspektive als Junge Frauen zu legen. Deswegen haben wir uns entschieden, dass das Redaktionsteam offen bleibt für alle junge Frauen, die Teil werden möchten.

Das Redaktionsteam ist offen für alle jungen Frauen und jederzeit per Mail erreichbar unter: jungefrauenzeitung@systemli.org. Wenn ihr an weiteren Ausgaben interessiert seid, kontaktiert uns per Mail.



-Demo-

Die Suche nach der Wahrheit geht weiter

LÊGERÎNA HEQÎQETÊ DEWAM DIKE

-MEŞ-



 **10.01.2026**  **10.00**



TJK-E
TÊGEHÊ JÊRÊ KURDÎ LI
EWROPÊ



TJK-F
TÊGEHÊ JÊRÊ KURDÎ LI
FRANSAYÊ



CDK-F
CONSEIL DÉMOCRATIQUE KURDE EN FRANCE

 **GARE DU NORD**

18 RUE DE DUNKERQUE 75010 PARIS